

Konferenz

Die »Linke Woche der Zukunft« startet am 13. September und sucht nach Strategien und Antworten für ein lebenswertes Morgen. 22

Kampagne

Unter dem Motto »Bezahlbare Miete statt fette Rendite« kämpft DIE LINKE ab September verstärkt für preiswerten Wohnraum in der ganzen Republik. 8

Seitenplus

Weil die August-Ausgabe unseres Magazins wegen der Sommerpause nicht erscheinen konnte, gibt es den DISPUT im September mit insgesamt 48 Seiten.





Seit Jahren explodieren die Mieten in den Ballungsräumen. Am 21. September lädt die Bundesregierung zum großen »Mietengipfel« und suggeriert Aktivität. Eingeladen sind vornehmlich Lobbyistinnen und Lobbyisten der Bauindustrie. Mieterverbände sind nur als Feigenblatt vorgesehen. Dass diese Runde etwas an den explodierenden

Mieten ändert, können wir nicht glauben. Deshalb startet DIE LINKE am 14. September die Kampagne »Bezahlbare Miete statt fette Rendite.« Mehr zu unserer Mietenkampagne findet ihr auf den Seiten 8 bis 10.

Der Start unserer Mietenkampagne findet im Rahmen der »Linken Woche der Zukunft« vom 13. bis 16. September in Berlin statt. Über vier Tage ist die »Linke Woche der Zukunft« ein Ort der Diskussion, des Austauschs, des Planens und des Vernetzens. Das Programm und Beiträge von Referentinnen und Referenten findet ihr im Heft ab Seite 24.

Viele von euch kennen unsere große sechsbarmige Pflegerin-Figur von unserer Pflegekampagne. Was viele von euch nicht wissen: Das Model der Figur war Kinderkrankenschwester. Später schulte sie um und wurde Mitarbeiterin im Karl-Liebknecht-Haus. Vor wenigen Wochen kündigte sie, um

ihre Mutter zu pflegen. Die ganze Geschichte findet ihr auf den Seiten 24 und 25.

Diese Doppel-Nummer des DISPUT wurde von Fabian Lambeck beantwortet. Er ist der neue DISPUT-Redakteur. Seine erste Ausgabe ist ihm gelungen, wie ich finde. Ich hoffe, sie gefällt euch ebenso!

Thomas Lohmeier ist Leiter des Bereichs Bürgerdialog, Medien, Öffentlichkeitsarbeit (BMÖ) in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN in Berlin

DISPUT 09/2018

VOR-GELESEN VON
THOMAS LOHMEIER

HAUSTÜRGESPRÄCHE

Klingeln, zuhören, überzeugen 4

PARTEIVORSTAND

Gremium mit großen Plänen 6

MIETENKAMPAGNE

Wir mischen uns ein 8

LANDTAGSWAHLEN

In Bayern und Hessen beginnt die heiße Phase 11

AUSGETRETEN

Mélenchon verlässt EL 17

SEENOTRETTUNG

Michel Brand war an Bord 18

WELTFRIEDENSTAG

Tobias Pflüger kritisiert EU 20

KONFERENZ

Linke Woche der Zukunft in Berlin 22



JEDEN MONAT

AUS DEM HAUS 5

PRESSEDIENST 40

DAS KLEINE BLABLA 41

FEUILLETON 43

NEU IM KINO 45

KULTUR 46

SEPTEMBERKOLUMNE 47

NSU-KOMPLEX

Viele Fragen bleiben offen 29

ASYLWILLKÜR

Erfahrungen auf dem Amt 31

PLÖTZLICH BÜRGERMEISTER

LINKER gewinnt in Schleswig-Holstein 33

POLIZEIWILLKÜR

Interview mit einem Dokumentarfilmer zum G20-Gipfel in Hamburg 38

BUCHREZENSION

Dem Sozialismus gehört die Zukunft 39

GESCHICHTE

Die SPD und der Panzerkreuzer 44

Foto: Lucas Wirl

IMPRESSUM DISPUT ist die Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE, herausgegeben vom Parteivorstand, und erscheint einmal monatlich über Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14–16, 10178 Berlin. **REDAKTION** Fabian Lambeck, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: 030 24009346, disput@die-linke.de. **GRAFIK UND LAYOUT** Thomas Herbell. **DRUCK** EVERSFRANK BERLIN GmbH | Ballinstraße 15 | Postfach 470355 | 12359 Berlin. **ABOSERVICE** Neues Deutschland, Druckerei und Verlag GmbH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon: (030) 29 78 18 00. **ISSN** 0948-2407. **REDAKTIONSSCHLUSS HEFT 9:** 10. August 2018. DISPUT 10/2018 erscheint am 14. September.

Rüdiger, was ist für Dich linke Kommunalpolitik?



Die Linke Wegberg

Wir sehen unsere zentrale Aufgabe darin, die Kommune zu einem lebenswerten Raum für alle, die hier leben zu machen. Die Interessen der Allgemeinheit dürfen nicht vernachlässigt werden und dazu bedarf es einer politischen Kraft, die die sozialen Themen in die Parlamente trägt. **Kann DIE LINKE in einer kleinen Stadt wie Wegberg etwas bewirken?** Sie kann Sprachrohr für diejenigen werden, deren Interessen unterzugehen drohen. Zudem kann sie, sofern sie mit Fraktionsstärke im Rat vertreten ist, dafür sorgen, dass soziale Themen nicht von der politischen Agenda gestrichen werden. **Welche Probleme gibt es in Wegberg, die mit links gelöst werden können?** Wegberg ist eine finanzschwache Kommune. DIE LINKE sieht ihre Aufgabe vor Ort darin, dafür zu kämpfen, dass das von den Mehrheitsfraktionen auferlegte Spardiktat nicht zu Lasten der Mittel- und Geringverdiener geht. Derzeit kämpfen wir für die dauerhafte Etablierung eines Streetworkers, für eine Gesamtschule, gegen eine Erhöhung der Theaterpreise, für alternative Fahrradrouten, für einen solidarischen Umgang mit Menschen, die vor Krieg und Armut fliehen und für die Barrierefreiheit. **Die Kommune ist klamm. Ist da überhaupt Spielraum für eine linke Kommunalpolitik?** Selbstverständlich. Niemand ist gegen eine solide Finanzpolitik. Es darf jedoch nicht passieren, dass lediglich auf Kosten der Bürger gespart wird. Die Kommune muss ihrer Aufgabe nachkommen und soziale Teilhabe für alle garantieren. **Seid ihr die Parias oder wird DIE LINKE als politische Kraft ernst genommen?** Nachdem wir eine Vielzahl von seriösen und gegenfinanzierten Anträgen in den Rat eingebracht haben, nehmen die anderen Parteien uns als politische Kraft wahr. Uns gelingt es im Rat, die anderen Parteien, vor allem SPD und Grüne, zum Handeln und zu klaren Positionen zu bewegen, indem wir Themen immer wieder öffentlichkeitswirksam ansprechen.

Rüdiger Birmann leitet zusammen mit Tobias Becker, Michelle Walter und Annette Dahmen Langela die Ortsgruppe der LINKEN im hessischen Wegberg

DISPUT fragt jeden Monat ein Mitglied unserer Partei nach dem vollen Ernst im richtigen Leben.

Wenn die Genossen klingeln

Die Workshops zu Haustürgesprächen sind spannende Momente einer Partei in Bewegung

VON ANNE STECKNER

Willi ist skeptisch. Ob jemand an der Tür mit ihm reden will? Und dann noch über Europa? Gleich wird die Gruppe genau dies ausprobieren: Rausgehen auf die Straße, bei unbekannten Menschen an der Haustür klingeln und das Gespräch mit einer Frage beginnen. Man weiß nicht, wer hinter der Tür steht. Die Kunst besteht darin, in kurzer Zeit eine persönliche Verbindung aufzubauen, die Neugier des Gegenübers zu wecken. Das ist gar nicht so schwierig. Dennoch sollte man nicht unvorbereitet in solche Gespräche stolpern. Denn gute Gesprächsführung, bei der wir wechselseitig etwas voneinander erfahren, kann man lernen. Dafür werden in der LINKEN Workshops angeboten, auf denen Haustürbesuche besprochen und geübt werden. Systematische Gespräche an der Tür sind ein zentraler Bestandteil der aufsuchenden Parteiarbeit: Wir warten nicht, bis mal jemand vorbeischaut. Wir gehen zu den Leuten.

Doch Gespräch ist nicht gleich Gespräch. Wollen wir im Wahlkampf möglichst viele Menschen mobilisieren, ihre Stimme für DIE LINKE abzugeben? Oder geht es darum, im Rahmen einer Kampagne Leute persönlich zu informieren und Unterschriften einzusammeln? Oder ist das Ziel, unser Gegenüber an der Türschwelle zu ermutigen, selbst aktiv zu werden, zum Beispiel bei einer neuen

Mieter_innen-Initiative im Stadtteil? Je nach Anlass variiert auch der persönliche Kontakt.

Diesmal geht es darum, im Vorfeld der Europawahlen 2019 in bundesweit stattfindenden Befragungen herauszufinden: Was denken Menschen, die DIE LINKE wählen würden, über die EU und Europa? Was erwarten sie von der LINKEN? Wir wollen von den Leuten etwas erfahren. Deswegen nehmen wir uns etwas mehr Zeit. Es geht darum, das Gespräch vor allem über Nachfragen zu führen. Eine Faustregel lautet: 70 Prozent Zuhören, 30 Prozent Sprechen.

Beim Gespräch hilft uns ein innerer Leitfaden. Der wird vorher aufgeschrieben. Kein Text zum Auswendiglernen, sondern eine orientierende Unterstützung, um an den Türen bei der Sache zu bleiben und den Leuten vergleichbare Fragen zu stellen. Mit diesem Gesprächsleitfaden finden in den Workshops Rollenspiele statt, in denen jede/r sich ausprobieren kann: Welcher Einstieg fühlt sich passend an? Welche Nachfragen sind hilfreich, wenn mein Gegenüber einsilbig bleibt? Wie kann ich in einer kniffligen Situation gut reagieren? Nicht selten wird der Leitfaden nach dem ersten praktischen Einsatz nochmal überarbeitet.

Wichtig ist mit dem ersten Besuch nicht zu lange zu warten. Am besten nach den Trockenübungen gleich rausgehen! Meistens sinkt

nach den ersten Gesprächserfahrungen die Hemmschwelle, man wird geübt und sicherer. Und dann macht es auch Spaß!

Zurück zu Willi: Die Gruppe des Workshops im Karl-Liebknecht-Haus trifft sich am Morgen zu letzten Besprechungen und einer kurzen gemeinsamen Einstimmung. Willi ist schon eine halbe Stunde früher gekommen, er will sich den Gesprächsleitfaden nochmal einprägen. Die Nervosität steigt. Die meisten Aktiven, die zum ersten Mal an die Türen gehen, sind anfangs aufgeregt.

Dabei reden wir ja jeden Tag mit Menschen, in ganz unterschiedlichen Situationen, auch mit uns Unbekannten. Gespräche an den Haustüren sind nur die eingeübte und strukturierte Form solcher persönlichen Kontakte. Sie basieren vor allem auf zwischenmenschlicher Neugier und einer kleinen Portion Mut. Nicht wenige stehen anfangs zu zweit vor der Tür und machen dann allein weiter.

Als die Gruppe nach zwei Stunden zurückkommt, haben alle etwas zu berichten: Vielfältige Reaktionen von ganz unterschiedlichen Menschen, manche Gespräche verliefen anders als erwartet. Und wenn auch nicht jeder Kontakt am Ende auf Zustimmung zur LINKEN hinauslief, waren es intensive Momente persönlicher Begegnung.

Dabei soll und wird es nicht bleiben. Geschulte Aktive können ihre Erfahrungen nun in die Partei eintragen und Interessierten in dezentralen Trainings vermitteln. Die Gespräche an den Türen werden dokumentiert und ausgewertet. Am Ende der bundesweiten Befragungen entsteht ein Mosaik ganz unterschiedlicher Antworten – eine Quelle von Informationen und Inspirationen für den Wahlkampf, die uns sonst verschlossen bliebe.

Interessierte melden sich unter: haustuergespraech@die-linke.de oder 030.24009-225 ◀

Foto: DIE LINKE



Der Bundesparteitag in Leipzig hat mich zum neuen Bundesgeschäftsführer gewählt. Ich bin seit 2005 Mitglied der LINKEN, war bisher in Wittenberg kommunalpolitisch aktiv und zudem stellvertretender Landesvorsitzender des Landesverbandes Sachsen-Anhalt. Ich bin mir der Verantwortung meiner Aufgabe bewusst und möchte sie mit all meinen Kräften gemeinsam mit Euch ausfüllen.

Die Welt steht buchstäblich auf der Kippe: Wir erleben einen gesellschaftlichen Umbruch. Nach der bleiernen Schwere und Ruhe der Merkel-Jahre findet mit dem Verfall der Sozialdemokratie und dem massiven Rechtsruck ein Umbruch historischen Ausmaßes statt, dessen Ausgang ungewiss ist.

Wir haben einen aufregenden und turbulenten Parteitag erlebt. Wir haben erlebt, dass wir in den zentralen Fragen – unseren Positionen für sozialen und demokratischen Fortschritt und im Kampf gegen die Kriegsgefahr – einig sind. Und wir haben gesehen, dass wir in anderen Fragen engagiert streiten können, ohne diese Einigkeit in den wesentlichen Punkten in Zweifel zu ziehen. Wir haben erlebt, dass unsere Mitglieder so selbstbewusst sind, Diskussionen nicht aus dem Weg zu gehen, sondern sie solidarisch und offen anzusprechen. Das macht mich stolz. Denn wir sind notwendig. Und von uns hängt viel ab. DIE LINKE darf als Teil der gesellschaftlichen Linken in Deutschland und Europa nicht nur reagieren. Sie muss sich als Partei in Bewegung aktiv für linke Alternativen einsetzen, damit aus dem Umbruch ein Aufbruch für fortschrittliche Gesellschaftsveränderung wird. Es geht darum selber aktiv zu werden, es geht um die Hoffnung, um den Mut zur praktischen Veränderung: Mit Kampagnen mischen wir uns in die wichtigen öffentlichen Debatten ein und unterstützen den Widerstand der



JÖRG SCHINDLER

Vom Umbruch zum Aufbruch

Betroffenen. Wir legen die Missstände offen und setzen die Bundesregierung unter Druck, endlich entschlossen im Interesse der Menschen zu handeln: Aktuell mit unserer Kampagne »Menschen vor Profite: Pflegenotstand stoppen« gegen den dramatischen Personalmangel in Krankenhäusern und Pflegeheimen und ab Herbst auch mit der Kampagne »Bezahlbare Miete statt fetter Rendite!«. Den Kampf um radikale soziale und demokratische Reformen ist unser Mittel gegen den Rechtsruck. Wir sagen, dass es im Interesse der Menschen anders laufen muss – und wir zeigen auch, wie es praktisch anders gehen kann. Dadurch wächst Hoffnung und Mut. Aber das kann man nicht an Parteiführung oder an Gremien delegieren. Das müssen wir selber machen. Wir, damit meine ich unsere zahlreichen Mitglieder. DIE LINKE ist eine Mitgliederpartei. Bei uns sind Mitglieder nicht dazu da, die Entscheidungen der Führung »abzunicken« und dann ergeben und stillschweigend die tägliche Arbeit im Ortsverband wegzutragen. Das ist mir ganz wichtig: Wir wollen

aktive Mitglieder statt passive Beitragszahler. Unsere Mitglieder wollen mitreden, statt nur zuzuhören, wie andere über sie reden. Und sie wollen sich engagieren. Und das macht unsere Partei aus, eine Partei in Bewegung braucht Mitglieder in Bewegung – und genau die haben wir – und es werden immer mehr. Gerade für junge Menschen, die die Gesellschaft verändern wollen, sind wir zur ersten Adresse geworden. Das wird die Partei verändern, und das ist gut so. Das wird auch die Gesellschaft verändern, das ist noch besser so. Wir wollen an den Fundamenten der Gesellschaft rütteln, um die alltäglichen Ungerechtigkeiten für die Menschen ins Gegenteil zu verkehren, denn so begegnen wir dem Rechtsruck nachhaltig. Dazu benötigen wir alle Generationen und alle Ethnien, denn das Land ist bunt. Was dieser Entwicklung abträglich wäre, ist eine Neuauflage der »Das Boot ist voll« Debatte, gerade aus den eigenen Reihen.

Ich freue mich, mit Euch gemeinsam die Partei zu gestalten und die Gesellschaft zu verändern. Gemeinsam werden wir auch in schwierigen Zeiten unserer Verantwortung gerecht werden. Durch konsequente Haltung, durch solidarische Politik, durch gemeinsame verbindende Praxis. Aus dem Umbruch zum Aufbruch.

Jörg Schindler ist
Bundesgeschäftsführer der LINKEN

Fotos: Mark Mühlhaus/attenzione,
DIE LINKE



Das Momentum nutzen

Der neue Parteivorstand hat Beschlüsse gefasst, um DIE LINKE weiter zu stärken und Wahlen zu gewinnen **VON KATHARINA DAHME UND KERSTIN WOLTER**

Die vergangenen Wochen waren geprägt vom Streit innerhalb der Bundesregierung über Abschottung, Abschiebungen und Grenzregime. Erkennbar ist, dass die politische Landschaft weiter nach rechts rückt. Das verlangt nach einer sozialen und solidarischen Alternative. Viele Menschen haben DIE LINKE aufgrund ihres sozialen Profils und ihrer klaren Haltung gegen rechts und für Solidarität gewählt. Durch Tausende Neueintritte sind wir jünger und vielfältiger geworden, wie nicht zuletzt der Parteitag gezeigt hat. »Partei in Bewegung« zu sein, ist nicht nur unser Ziel, sondern vielerorts schon Zustandsbeschreibung. Die Erfahrung langjähriger Mitglieder und neuer Aktiver wollen wir zusammenführen und ihre unterschiedlichen Zugänge für die kommenden Herausforderungen nutzbar machen.

Jens Spahn an der kurzen Leine halten ...

Unsere Kampagne gegen den Pflege-notstand ist sehr gut gestartet, über 300 Kreisverbände haben sich daran beteiligt. Zusammen mit den Beschäftigten, die zu Tausenden auf die Straße gegangen sind und Streiks organisiert haben, konnten wir öffentlichen Druck erzeugen, der Gesundheitsminister Spahn zum Einlenken zwang: Ab sofort soll jede zusätzliche Pflege-stelle in den Krankenhäusern finanziert werden. Die Tür ist einen Spalt breit aufgemacht. Wir werden uns aber nicht zurücklehnen, sondern den Druck erhöhen: Es braucht eine gesetzliche Personalbemessung, in der Altenpflege einen Pflegemindest-lohn von 14,50 Euro pro Stunde sowie einen flächendeckenden Tarifvertrag. Gerade in der Altenpflege wird es erst dann eine spürbare Verbesserung geben, wenn auch dort zusätzliche Stellen geschaffen werden – was die Regierung bislang nicht plant.

BGE-Beschluss

Die Haltung der LINKEN zu Konzepten und Forderungen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) ist hoch umstritten. Der Parteivorstand empfiehlt daher allen Mitgliedern, Gliederungen und Zusammenschlüssen dringend, den Mitgliederentscheid zum BGE und die dahin gehende Unterschriftensammlung nicht zu unterstützen. Sollte es zu einem Entscheid kommen, werden die Mitglieder aufgefordert, für die Offenhaltung der Parteipositionierung zum BGE und damit gegen das Begehren des Mitgliederentscheides, die Partei auf die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen festzulegen, zu stimmen.

So oder so sehen wir schon jetzt: Gesellschaftliche Bündnisse sind keine Selbstläufer, sondern Ergebnis kontinuierlicher Arbeit und Verankerung vor Ort, in Bewegungen, Initiativen und Gewerkschaften, und sie zeitigen Erfolge! Es lohnt sich, diese Erfahrungen vorbildhaft auf andere Kämpfe zu übertragen.

... und Horst Seehofer Beine machen!

Im September startet unsere Kampagne »Bezahlbare Miete statt fatter Rendite«, mit der wir deutlich machen wollen: Ein Bauminister muss bezahlbaren Wohnraum für alle bauen, statt Lager für Geflüchtete. Anstelle der wirkungslosen Mietpreisbremse wollen wir eine Obergrenze von 8,50 Euro pro qm für die Miete (auf dem pri-

vaten Markt). Den Mietenwahnsinn wollen wir stoppen und spekulierende Wohnungsunternehmen bestrafen und enteignen. Wo Wohnraum nicht genutzt wird, gehört Leerstand besetzt! Es geht dabei um eine weitreichende Perspektive: Wohnen darf nicht Markt und Profit überlassen werden. Viele Bürgerinnen und Bürger haben Sympathien für diese Forderungen, das haben zuletzt wieder viele Umfragen nachgewiesen. Unsere Kampagnen treffen den Nerv der Zeit und wir sollten dieses Momentum nutzen. Die Kampagne startet mit einer Demo in Berlin am 15. September. In den Wochen danach sollen in möglichst vielen Kreisverbänden erste Aktionen stattfinden.

Bayern erobern, Hessen verteidigen

Bei den Landtagswahlen am 14. Oktober in Bayern und am 28. Oktober in Hessen brauchen wir jede Unterstützung. Nur so kann es gelingen, erstmalig in den bayrischen Landtag einzuziehen und die CSU-Landesregierung zu ärgern. In Hessen stimmt die Ausgangslage optimistisch, dass wir das Ergebnis von 2013 noch ausbauen können. Gute Umfragewerte sollten uns jedoch nicht in Sicherheit wiegen: Bei den letzten Malen gelang der Einzug mit 5,4 und 5,2 Prozent jeweils nur knapp. Der Wiedereinzug ist also Handarbeit. Jede und jeder kann vor Ort mit anpacken und so zu guten Ergebnissen beitragen – oder sich Ideen abgucken! Denn 2019 stehen nicht nur die Europawahlen an, zeitgleich sind auch Landtagswahlen in Bremen. Im Herbst folgen dann Sachsen, Brandenburg und Thüringen, wo wir mit Bodo Ramelow weiterhin den Ministerpräsidenten stellen wollen. Bei insgesamt zehn kommunalen Wahlen im nächsten Jahr wollen wir die Verankerung vor Ort stärken und den Mitgliederzuwachs in stärkere Kommunalfraktionen übertragen.

Der AfD entgegengetreten.
Foto: DIE LINKE

Abrüsten statt aufrüsten!

Auftakt für unseren kämpferischen Herbst bildet der Weltfriedenstag am 1. September. In vielen Städten werden wir gegen die Erhöhung der Rüstungsausgaben protestieren und Unterschriften für die Petition »Abrüsten statt aufrüsten« sammeln, die bereits von über 70.000 Menschen gezeichnet wurde. DIE LINKE ist die einzige Partei, die lautstarken Widerspruch zu den Aufrüstungsplänen der Bundesregierung äußert. Gemäß des Zwei-Prozent-Ziels der NATO, dem CDZ, CSU und SPD zugestimmt haben, müssten die Militärausgaben bis 2024 auf jährlich 85 Milliarden Euro steigen – eine Verdoppelung des Etats. DIE LINKE sagt: Kitas und Krankenhäuser statt Killerdrohnen und Kampfbomber! Wir freuen uns daher auf einen Aktionstag mit bundesweiter Beteiligung!

Partei der Zukunft, Zukunft der Partei

Die Delegierten haben auf einem lebendigen Parteitag in Leipzig deutlich gemacht, dass sie gefragt werden, mitdiskutieren und entscheiden wollen. Sie erwarten, dass inhaltliche Kontroversen solidarisch miteinander geführt und Gemeinsamkeiten in den Vordergrund gestellt werden. Die auf dem Parteitag verabschiedete Fachtagung und gemeinsame Sitzung von Parteivorstand und Bundestagsfraktion zu linken Perspektiven auf Flucht und Einwanderung werden im November stattfinden.

Auch andere Zukunftsthemen wollen wir diskutieren, beispielsweise die Auswirkung der Digitalisierung auf Leben und Arbeitswelt, Arbeitszeitverkürzung und Demokratie in der Wirtschaft und in unseren Kommunen, sozial-ökologische Produktion und Lebensweise. Eine gu-

te Gelegenheit, um ins Gespräch zu kommen und gemeinsam Aktivitäten zu planen, ist die »Linke Woche der Zukunft« vom 13. bis 16. September in Berlin. Dort verbinden wir Politik und Kultur, Gesellschaftsanalyse und eingreifende Praxis, kollektives Handeln und gemeinsames Tanzen. Meldet euch jetzt an: www.linke-woche-der-zukunft.de

Bildet Banden!

Wir dürfen die Herausforderungen bei der Einbindung und Förderung der Tausenden neuen Mitglieder nicht unterschätzen. Wir wollen die Angebote politischer Bildung ausbauen, ebenso wie neue (mancherorts schon etablierte) Formen der organisierenden Basisarbeit. Unsere vier Modellprojekte in einkommensarmen Nachbarschaften verlaufen unterschiedlich, ermöglichen aber erste wichtige Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit. Die aufsuchenden Haustürgespräche benötigen gute Vorbereitung und Geduld, haben sich aber gerade im Vorfeld von Wahlen als Mittel der Mobilisierung und für das Gewinnen neuer Mitstreiterinnen und Mitstreiter als erfolgreich erwiesen. Die unterschiedlichen Erfahrungen wollen wir auswerten und Bewährtes weiterentwickeln. So planen wir auch erstmalig vergleichbare Pilotprojekte für die Entwicklung und Verankerung der Partei in der Fläche und freuen uns

über Anregungen aus den Landes- und Kreisverbänden.

Linke Alternativen zum Rechtsruck

Wer die Rechten und das verrohte Bürgertum stoppen will, muss linke Antworten auf den Neoliberalismus geben. Deshalb werden wir im Gespräch mit Bündnispartnern und Initiativen vorschlagen, den Kampf gegen rechts stärker mit sozialen Fragen zu verbinden. Wir wollen im täglichen Kampf Erfolge erzielen, damit die Menschen nicht nur um die Notwendigkeit eines Politikwechsels wissen, sondern auch daran glauben. Wir müssen aufzeigen, wie Jede und Jeder zum gesellschaftlichen Aufbruch beitragen kann. Die politische Polarisierung führt bei vielen Menschen zur Bereitschaft, sich zu positionieren und Partei zu ergreifen. Dies sollten wir als Chance begreifen und weiter offensiv um neue Mitglieder und Bündnispartner werben. Denn der gesellschaftliche Diskurs wird zwar von rechts dominiert, es gibt aber auch eine hör- und sichtbare Gegenbewegung. Der Protest gegen die AfD ist genauso entschlossen wie die Unterstützung für Seenotrettung und Solidarität. Wir sollten mehr über diesen Teil der Bevölkerung und ihre Visionen einer solidarisches Gesellschaft reden – und diese stark machen! ◀



Runter mit den Mieten

DIE LINKE startet ihre Mietenkampagne auf der Linken Woche der Zukunft



Miethaie zu Fischstäbchen Foto: DIE LINKE

Berlin, Hamburg, München: In den Ballungsräumen steigen die Mieten unaufhörlich. Aber das Problem betrifft nicht nur die Menschen in den Großstädten, auch Mieter in Jena, Greifswald oder Nürnberg müssen für ein Dach über dem Kopf immer tiefer in die Tasche greifen. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum und steigende Mieten führen in vielen Städten zu sozialen Auseinandersetzungen. DIE LINKE startet deshalb im September ihre Mietenkampagne. Der Auftakt ist am Freitag, 14. September, und wird begleitet von einer Demonstration in Berlin mit anschließendem Konzert. Im Laufe der Kundgebung soll ein Großtransparent mit unserem Mietenslogan presserwirksam entrollt werden. Idealerweise erreichen wir so mediale Aufmerksamkeit, aber in jedem Fall produzieren wir so kraftvolle Bilder für den Push der Kampagne in der Partei. In den Kreisverbänden sollen dann nachgelagert weitere Aktionen folgen. Der Kampagnenstartschuss fällt absichtlich auf der »Linken Woche der Zukunft«. Ziel ist es, gemeinsam mit Kongressteilnehmerinnen und -teilnehmern und weiteren Genossinnen und Genossen und Bündnispartnerinnen und -partnern eine gemeinsame Aktion zu machen. Zudem gibt es dort ein Vernetzungstreffen der mietenpolitisch aktiven Kreisverbände am Sonntag, 16. September, von 10 bis 12 Uhr. Ein paar Tage später, am 29. Septem-

ber, gibt es einen mietenpolitischen Ratschlag der Bundestagsfraktion in Stuttgart. Ende des Jahres, am 9. und 10. November wird in Göttingen unsere Aktionskonferenz stattfinden. Sie richtet sich vorrangig an mietenpolitisch Aktive auf Kommunal- und Landesebene. Wir wollen dort unter anderem planen, DIE LINKE als Partei der Mieterinnen und Mieter bei den Kommunalwahlen 2019 besser sichtbar zu machen. Wir planen zudem Mieterkonferenzen und eine Verankerung der LINKE als Mieterpartei bei den Kommunalwahlen 2019. Vor der nächsten Bundestagswahl soll es eine große Mieten-Demonstration geben. Diese bundesweiten Forderungen können mit landespolitischen und lokalen Kampagnenforderungen ergänzt werden, um besser auf lokal unterschiedliche Probleme und Konflikte zu reagieren. Die Mietenkampagne ist deshalb stärker dezentral angelegt: Wir wollen aktive Kreisverbände und Basis-Initiativen vernetzen und in der Organisation betroffener Mieterinnen und Mieter stärken. DIE LINKE soll noch stärker als Partei der Mieterinnen und Mieter verankert werden. Wir produzieren Kampagnenmaterialien, die vor dem Start in die Kreisverbände verschickt werden. Ende August wird die neue Kampagnenwebseite zur Mietenkampagne online gehen.

Wir als LINKE haben uns dabei auf vier Kernforderungen verständigt:

Jedes Jahr 250.000 Sozialwohnungen mehr!

Es fehlen mindestens 5 Millionen Sozialwohnungen. Wir wollen Sozialwohnungen bauen, kaufen und umwandeln. In vielen Städten hätte über die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner Anrecht auf einen Wohnberechtigungsschein. Dabei müssen Drehtüreffekte vermieden werden: Die Sozialbindung darf nicht auslaufen! Keine Sozialmiete über 250 Euro pro Person – warm.

Runter mit den Mieten! Mietwucher verbieten.

Wir wollen nicht nur Mietsteigerungen verhindern. Die extremen Mieterhöhungen der vergangenen Jahre müssen zurückgenommen werden! Bis es verbindliche Höchstmieten gibt, gilt unsere Forderung: Alle Mieterhöhungen stoppt!

Keine Spekulation mit Wohnraum! Immobilienkonzerne enteignen!

Wohnen darf nicht an der Börse gehandelt werden. Wohnungskonzerne wie VONOVIA und Deutsche Wohnen weisen wir in die Schranken.

Wie wir wohnen wollen: öffentlich, genossenschaftlich und gemeinnützig

Wohnungen müssen in wieder von der öffentlichen Hand gebaut werden. Nicht Markt und Profit stehen im Mittelpunkt, sondern der Bedarf der Menschen. ◀

Info

Aktive und Interessierte können sich mit einer Mail an mietenkampagne@die-linke.de schon jetzt für den neuen Kampagnenverteiler registrieren lassen.

Links wirkt wirklich

In der Wohnungspolitik übt die Bürgerschaftsfraktion der Hamburger LINKE seit zehn Jahren erfolgreich Druck auf den Senat aus **VON HEIKE SUDMANN UND MICHAEL JOHO**

Ein bisschen überrascht, ja, auch halbwegs zufrieden dürfen wir in Hamburg mit Blick auf die vergangenen Monate schon sein, wirkt sich doch die linke Opposition in der Stadt und in der Bürgerschaft spürbar positiv aus. Hamburgs Bevölkerung wächst zurzeit um 10.000 bis 20.000 Menschen pro Jahr. Immer wieder hat die Linksfraktion in der Bürgerschaft eingefordert, die Zahl der Wohnungsneubauten, insbesondere im ersten Förderweg, drastisch zu erhöhen. Übrigens nicht nur, um die neu Hinzuziehenden mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen, sondern um – wenigstens schrittweise – den bei zehntausend Wohneinheiten (WE) aufgelaufenen Mangel zu reduzieren. Nach jahrelangen Protesten der LINKEN legte der Senat nach und überschreitet inzwischen das geplante Ziel von 10.000 Baugenehmigungen pro Jahr.

Ein ähnliches Bild bietet sich bei den Sozialwohnungen. Seit Jahren kritisiert Hamburgs LINKE den anhaltenden Verlust von mietpreis- und belegungsgebundenen WE. Jahrelang wurde das Thema vom Senat kleingeredet anstatt gegenzusteuern. Die Zahl der Sozialwohnungen ist in immer höherem Tempo von 350.000 (Mitte der 80er) auf schlappe 79.000 (2017) geschrumpft. Trotz wachsender Bevölkerung und immer mehr Haushalten mit geringem Einkommen! Nur zögerlich und in viel zu ge-

ringem Umfang folgt der Senat den Forderungen der LINKEN und weitet den sozialen Wohnungsbau aus. Jüngst ist verkündet worden, dass pro Jahr statt zuletzt 3.000 nun 3.500 WE im ersten Förderweg entstehen und die vor Jahren halbierten Bindungsfristen bei Neubauten von 15 auf 20 Jahre wieder verlängert werden sollen (beim städtischen Wohnungsunternehmen ab 2019 sogar auf 30 Jahre). Diese wohnungspolitischen Korrekturen gehen zwar in die richtige Richtung, kommen aber viel zu spät und sorgen in der geplanten Dimension lediglich dafür, das Niveau an Sozialwohnungen zu halten.

Drittes Beispiel: die Mietenfrage. Laut Erhebung der ortsüblichen Vergleichsmiete sind die Mieten seit 2011 – dem Jahr des Regierungsantritts von Olaf Scholz (SPD) – alle zwei Jahre um 5,2 bis 6,1 Prozent angestiegen. Also deutlich schneller als die Einkommen und die Lebenshaltungskosten. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Denn die alljährliche Marktanalyse der Schülerinnen und Schüler des hiesigen Gymnasiums Ohmoor – dabei werden über zwei Monate tausende Inserate in Zeitungen und Internetportalen ausgewertet – kommt zu viel dramatischeren Zahlen. So sind die realen, auf dem Wohnungsmarkt geforderten Preise im Durchschnitt von 11,21 (2011) auf 13,24 Euro/qm netto-kalt (2018) angestiegen.

DIE LINKE hat ein ganzes Bündel von Maßnahmen zur Eindämmung der Mietenexplosion eingefordert, in Hamburg speziell in Richtung der städtischen Wohnungsgesellschaft SAGA. Obwohl das kommunale Unternehmen in den vergangenen Jahren Überschüsse in dreistelliger Millionenhöhe »erwirtschaftete«, erhöhte es nach jedem neuen Mietenspiegel in zehntausenden Fällen die Miete. Die Linksfraktion hatte vor einigen Wochen beantragt, die nicht (mehr) gebundenen SAGA-Mieten zu senken oder notfalls auch nur ganz geringfügig anzuheben, vielleicht um einen Cent pro Quadratmeter. So absurd es klingt, in die Mietenspiegel-Berechnungen gehen nur Mieten ein, die in den letzten vier Jahren verändert – also erhöht – worden sind. Bei der SAGA aber besteht die Chance, politischen Einfluss auszuüben. Und so kam es jetzt dazu, dass die zuvor abgelehnte Mietendeckelung immerhin einen Schritt vorangekommen ist: Für 96.000 frei finanzierte WE (von insgesamt 132.000) heißt es nunmehr, dass die Mieten alle drei Jahre nicht mehr um zulässige 15 Prozent (Kappungsgrenze!), sondern »nur« noch bis zu 5 Prozent erhöht werden.

Die genannten Beispiele zeigen, dass DIE LINKE in den letzten zehn Jahren – solange gibt es eine Linksfraktion in der Bürgerschaft – wohnungspolitisch richtig gelegen hat und den Senat unter Druck setzen konnte. Daran gilt es anzuknüpfen. Für mehr günstigen Wohnraum, für den Verzicht auf Verkäufe städtischen Bodens, für eine Stärkung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft und einen mit erheblich mehr Personal ausgestatteten Wohnraumschutz. Und für die Durchsetzung des Grundrechts auf Wohnen wider das Profitprinzip. ◀

Heike Sudmann ist Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und Michael Joho ihr Referent

Foto: DIE LINKE Hamburg



Eine Herkulesaufgabe

In Berlin will DIE LINKE den Mietmarkt regulieren und den Neubau von Sozialwohnungen ankurbeln **VON GABY GOTTWALD**

Die Hauptstadt wächst und der Anstieg der Mietpreise ist der höchste im Bundesgebiet. Die Bodenpreise explodieren und folglich auch die für Wohneigentum. Da können die Einkommen vieler Berlinerinnen und Berliner nicht mithalten. Die Angst vor Wohnungsverlust prägt die Debatte und die Verdrängung aus der Innenstadt gehört zum Alltag. Die rot-rot-grüne Koalition hat im Regierungs-

mens betragen. Im Bedarfsfall gilt eine Härtefallregelung. Modernisierungen sollen warmmietenneutral erfolgen, die Umlage wird auf sechs Prozent begrenzt.

Berlin braucht dringend mehr preiswerten Wohnraum durch Neubau und durch Ankauf von Wohnungen. Die Wohnungsbaugesellschaften haben hier Zielvorgaben. Die Hälfte der neuen Wohnungen erhalten WBS-Berechtigte für eine Miete von maximal 6,50 Euro pro Quadratmeter. Privaten Bauherren wird i. d. R. eine Quote von einem Drittel der Wohnungen zu diesen Konditionen für die Dauer von 30 Jahren abverlangt und ein Beitrag zur Finanzierung zusätzlicher sozialer Infrastruktur. Neu ist die Förderung von Genossenschaften. Die Bürgerbeteiligung erhält einen höheren Stellenwert.

Wer bauen soll, braucht Boden. In Berlin ist Bauland knapp und teuer. Da in den Vorjahren öffentliche Liegenschaften verschهربelt wurden, mangelt es heute an Steuerungsoptionen. Die Liegenschaftspolitik wird jetzt neu ausgerichtet. Wohnungsbau-gesellschaften erhalten Vorrang, der Verkauf erfolgt nur noch im Konzeptverfahren, vorrangig im Erbbaurecht. Die Ankaufspolitik zur Sicherung der Daseinsvorsorge wird ausgebaut.

Rund 85 Prozent der Berlinerinnen und Berliner wohnt zur Miete. Da der Bund sich verweigert, wirksame Regulierungen für den Mietmarkt zu erlassen, hat Berlin hier nur begrenzten Spielraum. Für den alten Bestand an Sozialwohnungen ist eine Richtsatzmiete in Vorbereitung. Hier lagen die Mieten in Vorjahren oft oberhalb des Mietspiegels, ein Berliner Spezifikum, da die alten Fördermodelle auf die Rentabilität privater Anleger ausgerichtet waren. Die Bruttowarmmiete wird auf 30 Prozent des verfügbaren Einkommens begrenzt, im Bedarfsfall ein Mietzuschuss gewährt.

In allen Bezirken finanziert der Senat eine gebührenfreie, offene Mieterberatung und in Kürze werden Trans-

Berlin wächst

Berlins Bevölkerung wuchs im Jahr 2016 um 60.000 Menschen, im vergangenen Jahr betrug das Plus 50.000. Der Wohnungsbestand stieg 2016 nur um etwa 14.000 Wohnungen, 2017 um knapp 15.800.



Gaby Gottwald ist Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und sitzt dort für DIE LINKE im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen

programm zur Umkehr geblasen und das Ressort für Stadtentwicklung und Wohnen an DIE LINKE übergeben – eine Herkulesaufgabe! Das Öffentliche zurück erobern, gleichzeitig regulieren und investieren, lautet die Devise, mit der die Senatorin der LINKEN, Katrin Lompscher, ans Werk geht. Im Fokus stehen zunächst die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften. Mittels eines Kooperationsvertrages wird die sozial orientierte städtische Wohnraumversorgung gestärkt. Neuvermietungen müssen zu 60 Prozent an Inhaber eines Wohnberechtigungsscheins (WBS) erfolgen, davon 25 Prozent an besondere Bedarfsgruppen. Die Miete darf nur zwei Prozent pro Jahr steigen und soll nicht mehr als 30 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkom-

ferleistungsbezieherinnen und -bezieher sowie Asylbewerberinnen und -bewerber einen für sie kostenfreien Rechtsschutz durch Mitgliedschaft in Mieterverbänden erhalten.

Der Senat unterstützt aktiv die Bezirke bei der Ausweitung von Erhaltungsgebieten nach dem Bausetzbuch, um preistreibende bauliche Veränderungen zu begrenzen. Nur in diesen Gebieten gilt die Genehmigungspflicht bei Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen und das Vorkaufsrecht der Bezirke. So kann der Bezirk bei spekulativen Hausverkäufen den Deal stoppen, wenn der Käufer sich nicht auf eine Vereinbarung einlässt, die die Umwandlung in Eigentumswohnungen und teure Modernisierungen für maximal 20 Jahre ausschließt. Weigert sich der Käufer, erwirbt eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft das Haus. Bei Bedarf gibt der Senat einen Zuschuss.

Berlin ist Hochburg des Tourismus. Plattformanbieter von Ferienwohnungen wie AirBnB haben hier ihren Hotspot. Der Senat hat daher das Gesetz gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum deutlich verschärft. Kurzzeitvermietungen müssen genehmigt werden. Nur Zweitwohnungen erhalten einen genehmigungsfreien Zeitraum von 90 Tagen im Jahr. Der preistreibende Handel mit privatem Wohnraum soll so eingedämmt, der Graue Markt mit Ferienwohnungen trockengelegt werden. ◀

Für ein gerechteres Bayern

DIE LINKE im Freistaat wächst rasant, nun muss der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde gelingen **VON TIM WOLLENHAGEN**

Als ich Anfang 2017 nach Bayern zog, war ich gespannt was mich dort als LINKER erwarten würde. Bayern war und ist als das Heimatland des politischen Konservatismus verschrien. Seit Gründung der BRD regiert hier die CSU. Ewigkeiten schien es, als könne DIE LINKE hier nicht wirklich Fuß fassen. Ich zog aus dem schönen Bonn in die zweitgrößte Stadt Bayerns, Nürnberg. Es war der Beginn der wohl aufregendsten Zeit meines Lebens. Schon nach kürzester Zeit durfte ich feststellen, dass Bayern durchaus linker ist, als es für einen Außenstehenden scheint. Es gab unglaublich viele junge Mitglieder in meinem neuen Kreisverband. Der bayerische Landesverband stand dem in nichts nach. Als die Bundestagswahl vor der Tür stand, lag Aufbruchsstimmung in der Luft. Wir starteten hoch motiviert in die Wahlkampfzeit und gaben unser bestes. Als die Nürnberger LINKE es schaffte, eine Promiveranstaltung mit über 3.500 Besuchern auf die Beine zu stellen, war mir eins klar: Hier in Bayern gibt es eine Menge Menschen, die mit der aktuellen Politik überhaupt nicht einverstanden sind. Es ist unsere Aufgabe diese Menschen abzuholen und mit ihnen gemeinsam für ein gerechteres Bayern zu kämpfen.

So gelang es uns ins Bayern, 450.000 Stimmen zu bekommen und mit sieben Abgeordneten in den Bundestag einzuziehen. Die Abgeordneten und ihre Wahlkreis- und Bürgerbüros, erleichterten uns die Arbeit. So konnten wir im riesigen Bayern unsere Strukturen stärken. Unser gestiegenes Ansehen machte sich auch an der Zahl der Neumitglieder bemerkbar. Allein 2017 traten über 1.000 Personen in die bayerische LINKE ein – der Großteil davon unter 35 Jahren.

Die Zuwachszahlen für 2018 sind aktuell auf einem ähnlich starken Niveau, wie im Vorjahr. Trotz der stark gestiegenen Mitgliederzahl stehen wir vor einer enormen Aufgabe. Wir müs-



Bei den Protesten gegen das Polizeigesetz war DIE LINKE mit dabei.

Foto: DIE LINKE Bayern

sen mit knapp 3.500 Mitgliedern ungefähr eine halbe Million Wähler überzeugen uns zu wählen, damit wir die Fünf-Prozent-Hürde meistern können. Doch es gibt immer wieder Ereignisse, die uns Mut machen. Im April dieses Jahres wollte die Bayerische Regierung das schärfste Polizeiaufgabengesetz seit 1945 erlassen. Viele Einwohner waren davon alles andere als begeistert und so kam es im gesamten Freistaat zu unzähligen Protesten. In allen größeren Städten gingen die Menschen zum ersten Mal seit Jahren wieder zu Tausenden auf die Straße, um sich so gegen einen bayerischen Überwachungsstaat und die Politik der CSU stark zu machen. Nur ein paar Mona-

te später sollte der Parteitag der AfD im bayerischen Augsburg stattfinden. Und auch hier standen die Bayerinnen und Bayern auf. 15.000 Demonstrierende versammelten sich in Augsburg und zeigten klare Kante gegen rechts. Erst vor wenigen Wochen fand eine weitere Großdemo in München statt. Unter dem Titel »#ausgehetzt« gingen ca. 35.000 Menschen gegen die rechte Politik der Söder-Partei auf die Straße. Das widerspenstige und widerständige Bayern lebt! Es ist eine der zentralen Aufgaben der LINKEN, diesen widerständigen Bayern ein politisches Zuhause zu geben und den Menschen als verlässlicher Partner zur Seite zu stehen. Dieser verantwortungsvollen Aufgabe wurden wir bei den letzten Protestbewegungen mehr als gerecht. Die Widerständigen erkennen immer stärker, dass die bayerische LINKE eine verlässliche Partnerin ist, wenn es darum geht, gemeinsam für eine gerechtere und solidarischere Gesellschaft zu kämpfen. Wir sind zurzeit in der finalen Vorbereitungsphase für die anstehenden Land- und Bezirkstagswahlen am 14. Oktober. Die Spitzenkandidaten, Eva Bulling-Schröter und Ates Gürpınar, sind gekürt, die Materialien gedruckt, die Mitglieder stehen in den Startlöchern und unsere politische Kampfansage ist klar: Wir wollen »Mehr für die Mehrheit!«

Mitgliederplus

2017 gewann DIE LINKE in Bayern mehr als 1000 neue Mitglieder, davon zwei Drittel unter 35 Jahren. Bei der Bundestagswahl erreichte die Partei 6,1 Prozent der Zweitstimmen. DIE LINKE tritt in allen 92 Stimmkreisen mit Land- u. Bezirkstagskandidaten an, alle möglichen 364 Listenplätze sind vergeben, somit gibt es flächendeckenden Wahlkampf in jedem Stimmkreis von Bayern.

Tim Wollenhagen ist Mitglied des Landeswahlbüros und Mitarbeiter der bayerischen Landesgruppe

Gestärkt in den Wahlkampf

Gemeinsam für ein soziales, ökologisches, friedliches und buntes Hessen – DIE LINKE steht vor dem Wiedereinzug ins Parlament **VON JAN SCHALAUKE**

Seit 19 Jahren regiert die CDU in wechselnden Konstellationen. Unter Roland Koch führte der Rechtsaußenverband einen rassistischen Wahlkampf gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft und betrieb brutalstmöglichen Sozialabbau. Und ausgerechnet dieser Hessen-CDU sicherten die Grünen nach der letzten Landtagswahl die Macht, in dem Volker Bouffier und Tarek al Wazir in Wiesbaden ein schwarzgrünes Bündnis schmiedeten. Rechnerisch wäre auch eine Koalition aus LINKEN, SPD und Grünen möglich gewesen. Sondierungsgespräche wurden geführt. Den Grünen war die Einhaltung der Schuldenbremse wichtiger, als über öffentliche Investitionen einen Politikwechsel einzuleiten.

Die schwarz-grüne Regierungsbilanz fällt düster aus: fehlende bezahlbare Wohnungen, unbesetzte Lehrerstellen, marode Schulen, ein unzureichender Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV). Hessen ist ein reiches Land, dennoch klappt die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander. Während 1.600 Personen ein Einkommen von über einer Million Euro jährlich beziehen, sind rund 900.000 Menschen von Armut betroffen oder bedroht und über 500.000 müssen für Niedriglöhne schuften.

Unter die Überschrift »Gemeinsam für ein soziales, ökologisches, friedliches und buntes Hessen« hat die hessische LINKE ihr Programm zur Landtagswahl am 28. Oktober gestellt. Der Kampf für soziale Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt. Dazu gehören die Bekämpfung von Armut, etwa durch einen Aktionsplan gegen Kinderarmut und Niedriglöhne, u. a. durch einen Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde bei öffentlichen Vergaben. Dazu zählt auch der Einsatz für eine sozial gerechte Bildungspolitik, durch den Ausbau von echten Ganztagschulen, Gebührenfreiheit in Kitas und bessere Bezahlung der Grundschullehrerinnen und Grund-

schullehrer. Angesichts des Mangels an bezahlbarem Wohnraum, vor allem in Ballungsräumen und Universitätsstädten, will DIE LINKE die Wohnungsvergung nicht allein dem Markt überlassen, sondern den Bau von 10.000 Sozialwohnungen und 2.000 Studierendenwohnungen im Jahr vorantreiben.

Unter dem Stichwort »sozial-ökologische Verkehrswende« setzt sich DIE LINKE zudem für den massiven Ausbau des ÖPNV ein. Mittel- und langfristig geht es darum, Fahrpreise zu senken mit dem Ziel eines Nulltarifs. Die öffentliche Infrastruktur ist nach

jahrelanger Kürzungspolitik oft marode. Ein milliardenschweres Programm für Investitionen in Schulen, Krankenhäuser und in den ÖPNV sowie gleiche Lebensverhältnisse in Stadt und Land ist notwendig. Das wäre finanzierbar durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine gerechte Erbschaftssteuer, was dem Land Hessen über 1,5 Milliarden Euro jährlich brächte. Als Richtschnur dient der LINKEN auch die Hessische Verfassung, die vom Geist antifaschistisch-demokratischer Neuordnung geprägt ist und bis heute sozialstaatliche und sozialistisch orientierte Bestimmungen enthält. Auch auf sie, die den Krieg ächtet, beruft sich DIE LINKE bei ihrem Engagement gegen Rüstungsexporte aus Hessen. Einen weiteren Schwerpunkt bildet der Einsatz für Humanität und Menschenrechte. In Zeiten der Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas durch Scharfmacher der CSU und der AfD ist es umso wichtiger, diesen Kampf zu führen.

DIE LINKE Hessen kann selbstbewusst in den Wahlkampf gehen. Dreimal gelang ihr in dem Flächenland der Sprung über die fünf Prozent. In Umfragen steht sie stabil bei 7 bis 8 Prozent. Der Landesverband hat mittlerweile über 3.000 Mitglieder. Vor allem viele junge Menschen schlossen sich in den letzten Monaten der LINKEN an. Über 150 linke Mandatsträgerinnen und Mandatsträger arbeiten in den Kommunen für unsere Ziele. Im Landtag zeigt die Arbeit unserer Fraktion, dass Druck von links Wirkung entfalten kann. Ohne DIE LINKE hätte es weder 2008 eine parlamentarische Mehrheit für die Abschaffung der Studiengebühren gegeben, noch wäre es zur Einsetzung des NSU-Untersuchungsausschusses gekommen. Bei den letzten drei Landtagswahlen musste DIE LINKE am Wahlabend gehörig zittern. Dieses Mal sind wir zuversichtlich, dass es in dieser Hinsicht nicht so spannend wird und wir erneut gestärkt in den Landtag einziehen. ◀



Aktiv auf der Straße und im hessischen Parlament

Foto: DIE LINKE Hessen

Auf dem Sprung

Am 28. Oktober wird der neue hessische Landtag gewählt. DIE LINKE hat gute Aussichten, erneut den Sprung ins Parlament zu schaffen. Jan Schalauske ist neben Janine Wissler Spitzenkandidat der LINKEN.

Die linke Antwort

Solidarität und soziale Gerechtigkeit statt menschenverachtender Hetze

VON BERND RIEKING



Klare Kante gegen Rassismus. Foto: DIE LINKE

Dieser Sommer könnte zur politischen Zäsur werden. Seit Wochen treiben Seehofer und die rechten Hardliner in der Union die Regierung vor sich her. Um die Koalition zu retten, hat Angela Merkel weiterer Aufrüstung der Grenzen gegen Schutzsuchende und Internierungslager für Flüchtlinge zugestimmt. Es ist noch offen, ob dieser Deal auf Kosten der Menschenrechte ausreicht, um die CSU wieder ins Boot zu holen.

Denn im Hintergrund arbeiten Teile der Union, der FDP und der Unternehmen an einer Abkehr vom Modell Merkel. Ihr Projekt ist ein autoritärer Kapitalismus, der wie in Österreich, Ungarn oder Italien im Ping-Pong-Spiel mit Rechtspopulisten regiert wird. Ein deutsches »Modell Kurz«. Hierzulande warten Jens Spahn und Co. auf den richtigen Moment für den weiteren Ausbau prekärer Arbeit, längerer Arbeitszeiten und weiterer Rentenkürzungen. Die AfD stimmt im Bundestag mit der CSU gegen die Abschaffung der verfassungswidrigen Hartz-IV-Sanktionen. Dies ist die politische Agenda des »verrohten Bürgertums«, vor dem der Soziologe Wilhelm Heitmeyer warnte. Seehofer, der die Abschiebung von Menschen in Kriegsgebiete als sein Geburtstagsgeschenk feiert, steht für diese Verrohung.

Die SPD fällt, auch unter der Führung von Andrea Nahles, weiter als glaubwürdige Stimme für soziale Gerechtigkeit aus. In diesen Tagen duckt sie sich einfach weg, wenn die Regierung von rechts unter Druck gesetzt wird.

In dieser Situation sind wir alle gefordert, Menschlichkeit und Menschenrechte zu verteidigen, klare Kante gegen Rassismus und rechte Hetze zu zeigen. Breite Bündnisse sind notwendiger denn je. Aber eine rein liberale Verteidigung von »offener Gesellschaft« und Menschenrechten reicht nicht aus. Der politische Liberalismus steckt in der Krise. Auch weil er verleugnet, dass wir hierzulande in einer Klassengesellschaft leben, deren Gegensätze sich wieder deutlicher zeigen. Die Dax-Vorstände verdienen 71-mal mehr als die Beschäftigten, die den Reichtum erarbeiten.

Wir können die Rechten und das verrohte Bürgertum stoppen, wenn wir es schaffen, den falschen Alternativen von Rechtsruck und Merkels »weiter so« eine linke Antwort entgegenzusetzen. Als Partei haben wir dafür den Ansatz der verbindenden Klassenpolitik entwickelt. Denn Neoliberalismus geht nicht mit offenen Grenzen einher, sondern mit Konkurrenzkampf, Rassismus und einem ständigen Gegen-Einander-Aus-

spielen der Lohnabhängigen. Dem setzen wir eine soziale Offensive für alle entgegen: einen höheren Mindestlohn und Stärkung von Tarifverträgen, soziale Absicherung für alle statt Hartz IV und Armutsrenten, Investitionen in gleiche Bildungschancen für alle Kinder und kostenfreie Kitas, gute Gesundheitsversorgung für alle und mehr Personal in der Pflege. Eine Obergrenze für Mieten statt für Menschen in Not.

Die Konfliktlinie Deutsche vs. Nicht-Deutsche führt am Ende in einen autoritären Kapitalismus. In den nächsten Jahren geht es um viel: Spaltung oder Solidarität, solidarische Einwanderungsgesellschaft oder Konkurrenzkampf und Abschtotung, soziale Gerechtigkeit oder Herrschaft der Super-Reichen, links oder rechts. Als LINKE stehen wir für Solidarität und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen, die hier leben, unabhängig davon ob sie einen deutschen Pass haben oder nicht.

Die ständige Hetze gegen Geflüchtete und »den Islam« erzeugt ein gruseliges politisches Konzert, das alle anderen Themen übertönt. Die Mehrheit der Bevölkerung hat aber längst die Nase voll davon, sie will, dass endlich was für soziale Gerechtigkeit getan wird. Hier versagt die Regierung völlig. Als Partei haben wir die Kampagnen für bezahlbare Mieten und mehr Personal in der Pflege gestartet. Es sind die Themen, von denen in Umfragen 70 bis 80 Prozent der Menschen sagen, dass sich die Politik stärker darauf konzentrieren sollte.

Die Proteste gegen den Pflegenotstand konnten Gesundheitsminister Spahn einen ersten Erfolg abringen: Ab sofort wird jede zusätzliche Pflegestelle in den Krankenhäusern finanziert. Ohne unseren Druck und die Beschäftigten, die zu Tausenden auf die Straße gegangen sind und Streiks organisiert haben, wäre das nicht möglich gewesen. Links wirkt. Als LINKE sollten wir diese Gemeinsamkeiten nach vorne stellen. ◀

Der Ungerechtigkeitsstaat

Deutschland muss mehr investieren – und endlich den Kampf gegen Kinderarmut aufnehmen **VON GESINE LÖTZSCH**

Deutschlands Steuersystem ist ungerecht: Mehr als ein Drittel der Steuereinnahmen werden über die Lohn- und Einkommensteuer realisiert. Auch die Energiesteuer, die fast 14 Prozent des Steueraufkommens ausmacht, zahlen alle Bürger. Deutlich geringer ist da der Anteil der Körperschaft- und Abgeltungsteuer, die Aktien- und Firmenbesitzer zahlen. Sie macht knapp sieben Prozent aus. Das heißt im Klartext: Die Bundesregierung bestraft mit ihrem Steuersystem die arbeitenden Menschen, die Rentner und Arbeitslosen. Gleichzeitig schont sie die Vermögenden. Das hat zu einer enormen Reichtumskonzentration in unserem Land geführt. Ein Prozent der Bevölkerung verfügt über ein Drittel des gesamten Eigentums.

Doch statt zu handeln, verweist die Bundesregierung auf den großen

Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung aufbringt, dann werden wir bald mehr für Rüstung ausgeben als für Arbeit und Soziales. Wer in Friedenszeiten mehr Geld für Waffen als für Arbeit ausgeben will, der kann doch nicht ernsthaft behaupten, dass er die Interessen der Menschen in diesem Land vertritt!

Die Bundesregierung behauptet, viel Geld in die Zukunft zu investieren. Doch ist es nicht bemerkenswert, dass die Bundeswehr 1,5 Milliarden Euro mehr erhält, aber die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft stagnieren? Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat Deutschland zu verstärkten Anstrengungen bei Strukturreformen sowie im Klimaschutz aufgefordert. Im Wirtschaftsbericht der OECD zu Deutschland heißt es, dass angesichts

die falsche Reaktion auf den von Donald Trump vom Zaun gebrochenen Handelskrieg. Um die Stabilität unseres Landes zu sichern, müssen wir mehr im Inland investieren und uns von unserer Exportabhängigkeit lösen. Es reicht eben nicht, Strafzölle vermeiden zu wollen. Wir brauchen einen Plan B. Das heißt für uns mehr Investitionen in soziale und ökologische Innovationen, in Bildung und Wissenschaft.

Die Fokussierung auf eine kleine Elite ist völlig falsch. Wir brauchen jedes Kind in unserer Gesellschaft. Wir brauchen jedes Talent. Deshalb müssen wir endlich mehr gegen Kinderarmut tun. Jedes fünfte Kind in unserem Land lebt in Armut. Daran wird auch das Familienentlastungsgesetz der Großen Koalition nichts ändern; denn Kinder, die von Hartz IV leben müssen, bekommen dadurch keinen Cent mehr.

Wir brauchen zudem mehr Zukunftsinvestitionen in Ostdeutschland. Das Wirtschaftswachstum in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen liegt weit unter dem Bundesdurchschnitt. Am düstersten ist die Lage in Sachsen-Anhalt. Mit einem Plus von nur 0,8 Prozent Wachstum ist es das Schlusslicht Deutschlands. Schon im Vorjahr war das Wachstum nicht über die Ein-Prozent-Marke hinausgekommen. Warum hat Verkehrsminister Scheuer keinen Plan, wie wir abgehängte Regionen mit schnellen Bahnverbindungen wieder an wachsende Regionen ankoppeln können? Natürlich wird die Bahn sagen, dass sich das für sie nicht rechnet. Aber für die abgehängten Regionen würde sich das rechnen. Ja, für unsere gesamte Gesellschaft wäre das ein großer Gewinn. Die Gleichgültigkeit und Ignoranz gegenüber Ostdeutschland ist nicht zu ertragen. Deutschland will ein Rechtsstaat sein, doch tatsächlich entwickelt sich das Land immer mehr zu einem Ungerechtigkeitsstaat. ◀



Foto: DIE LINKE

Sozialetat. Wenn wir uns aber den Einzelplan für Arbeit und Soziales anschauen und den Rentenzuschuss herausrechnen, dann ergibt sich ein ganz anderes Bild. Die Bundesregierung gibt für Waffen und Kriegseinsätze ungefähr genauso viel aus, wie für soziale Belange. Wenn die Große Koalition dann auch noch die Forderung von Donald Trump erfüllen will und tatsächlich zwei Prozent des

der guten Haushaltslage viel Spielraum für die Finanzierung wichtiger Aufgaben bereitsteht – etwa für den Ausbau von Kinderbetreuungs- und Ganztagsschulangeboten, für Erwachsenenbildung, Investitionen in Infrastruktur oder neue Technologien. Aber was macht die Bundesregierung? Sie will mittelfristig die öffentlichen Investitionen einfrieren. Das ist nicht zukunftsorientiert! Das ist

Kleine Anfragen ganz groß

Keine Bundestagsfraktion hakt so oft bei der Regierung nach wie die der LINKEN

VON PETRA SITTE

Fast jede zweite Rente liegt unter 800 Euro« – »Zoll leidet unter akuter Personalnot« – »1,7 Milliarden Überstunden im Jahr 2016« – »Deutschland lieferte 2017 erheblich mehr Kriegswaffen in die Türkei als in den Jahren zuvor.« Wenn in einer Nachrichtenmeldung Sätze wie diese auftauchen, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die Informationen »aus einer Anfrage der Linksfraktion im Bundestag« stammen.

Keine andere Fraktion im Bundestag nutzt das Mittel der Kleinen Anfrage so intensiv wie unsere – seit der letzten Bundestagswahl haben wir 492 davon gestellt, alle anderen Fraktionen zusammen 833 (Stand Ende Juli). Damit knüpfen wir direkt an die Arbeit der letzten Legislaturperiode an. Lange war ich Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion. Damals lief jede einzelne Anfrage über meinen Schreibtisch zur Unterschrift. Dabei habe ich direkt miterlebt, mit welcher Vielfalt von Themen und in welcher Detailtiefe wir die Bundesregierung befragen.

Für eine Oppositionsfraktion ist die Kleine Anfrage ein unverzichtbares Arbeitsmittel. Während unsere Anträge von der Koalitionsmehrheit einfach versenkt werden können, ist die Bundesregierung verpflichtet, auf Anfragen innerhalb einer festen Frist von zwei Wochen wahrheitsgemäß Auskunft zu geben. Damit haben wir die Möglichkeit, an Informationen zu gelangen, die wir direkt für unsere parlamentarische Arbeit verwenden können; Fragen und Hinweisen auf Missstände nachzugehen, die uns von außen erreichen; und Dinge öffentlich bekannt werden zu lassen, und dabei oft überhaupt erst einmal öffentliche Aufmerksamkeit auf bestimmte Themen zu lenken.

Auch anhaltend wichtige Themen kommen in der medialen Berichterstattung vor allem dann vor, wenn es dazu etwas Neues zu berichten gibt, am besten exklusiv und in Verbindung mit einer gut zitierbaren Zahl.



Foto: Deutscher Bundestag

In diesem Sinne kann das Stellen einer Kleinen Anfrage sogar zum Instrument der Öffentlichkeitsarbeit werden, wie bei einigen anfangs zitierten Beispielen. Eine so breite Resonanz haben aber natürlich nicht alle Themen, zu denen wir Fragen stellen. Vieles ist höchstens für eine begrenzte Fachöffentlichkeit von direktem Interesse, ohne deshalb für unsere politische Arbeit weniger wichtig zu sein. Teilweise machen wir mit unseren Kleinen Anfragen auch geradezu die Arbeit der Bundesregierung: Über viele Dinge sind überhaupt nur deshalb fortlaufende statistische Informationen öffentlich verfügbar, weil wir sie regelmäßig abfragen.

Dass die Bundesregierung dazu verpflichtet ist, Fragen pünktlich und vollumfänglich zu beantworten, heißt natürlich nicht, dass sie dieser Pflicht auch immer nachkommt. Sie bittet nicht nur oft um Fristverlängerung – was bei umfangreichen Abfragen durchaus nachvollziehbar ist – sondern beantwortet auch Fragen in einer Art und Weise unvollständig und ausweichend, die manchmal an eine Kunstform grenzt. Als Parlamentarische Geschäftsführerin gehörte es darum auch zu meinen Aufgaben, in vielen einzelnen Fällen Beschwerdebriefe an die Bundesregierung zu schicken.

Bleibt die Frage, warum unsere Fraktion, wie im Übrigen auch unsere Fraktionen in den Landesparlamenten, beim Schreiben von Anfragen so fleißig ist. Das hat sicher etwas mit der vorhandenen Kompetenz zu tun, insbesondere einer Vielzahl von fleißigen und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in der Fraktion und den Abgeordnetenbüros fachpolitisch arbeiten. Ebenso mit einer langen Erfahrung, was den Gebrauchswert Kleiner Anfragen angeht, die auch geteilt wird: So hat unter meinem Nachfolger Jan Korte vor kurzem erstmals eine interne Schulungsveranstaltung stattgefunden, um das Wissen über das Schreiben und den Umgang mit Kleinen Anfragen weiterzugeben. Es ist also davon auszugehen, dass wir auch in Zukunft mit dem gleichen Fleiß Kleine Anfragen stellen werden – wenn nicht die Bundesregierung auf die Idee kommen sollte, dem durch mehr Transparenz und eine bessere Kommunikationspolitik zuvorzukommen. Das allerdings erscheint zurzeit eher unrealistisch. ◀

Petra Sitte ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und war von Oktober 2013 bis Oktober 2017 Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion

Europa anders denken

Mit dem Onlineangebot »www.die-zukunft.eu« gibt es nun eine Plattform für die linke Debatte zur Umgestaltung der EU **VON UWE SATTLER**



Den Startschuss für die neue Plattform gaben Uwe Sattler, Martina Michels und Helmut Scholz (von links)
Foto: Uwe Sattler

Lernen wir aus unseren Erfolgen!« Was Francis Wurtz, der »Elder Statesman« der Linken in Europa, in seinem Grußwort zum Start der neuen Internetplattform »die-zukunft.eu« (<https://die-zukunft.eu/>) schrieb, dürfte einige Leserinnen und Leser überrascht haben. Aber der französische Kommunist, der seit der ersten Direktwahl 1979 bis 2009 dem Europäischen Parlament angehörte und zehn Jahre an der Spitze der Linksfraktion GUE/NGL stand, hat Recht: Es gibt sie, die Erfolge, an denen die Linken auf europäischer Ebene maßgeblich beteiligt waren: Ob die Ablehnung des »Anti-Produktpiraterie-Abkommens« (ACTA), ob Initiativen für fairen Handel, die Positionierung des EU-Parlaments für die Überarbeitung der Asylpolitik in Europa oder die Verhinderung der Privatisierung der Wasserversorgung.

Francis Wurtz verweist ausdrücklich auf die Ablehnung einer neoliberal ausgerichteten Verfassung für Europa im Jahr 2005 in Frankreich und der Niederlande. Vorausgegangen waren in den beiden Ländern breite Debatten. Auch in Deutschland hatten linke Kräfte und insbesondere die PDS die Diskussion darüber angeschoben, wie eine EU aussehen sollte, die tatsächlich die Interessen der vielzitierten europäischen Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt. Solche Debatten sind auch heute dringend notwendig, nicht nur angesichts der

im Frühjahr kommenden Jahres stattfindenden Wahlen zum Europaparlament und dem drohenden weiteren Erstarken von Rechtskräften. Denn Europapolitik fristet noch zu oft ein Mauerblümchendasein. Das gilt auch für Parteien, Nichtregierungsorganisationen, Bewegungen oder Teile der Zivilgesellschaft, die in Opposition zur herrschenden neoliberalen Politik stehen. Sie überlassen es Macron & Co., Visionen für Europa zu entwickeln. Gemeinsam mit verschiedenen Partnern hat »neues deutschland« nun eine Plattform ins Leben gerufen, auf der diese Debatten geführt werden sollen und die zugleich über strategische Vorstellungen der verschiedensten Akteure für ein anderes Europa informiert. Ganz bewusst steht die Plattform unter dem Motto »Die Zukunft« – diesen Titel trug die letzte von Willi Münzenberg im Exil publizierte Zeitschrift. Der antifaschistische Journalist und Herausgeber, der unter anderem die bekannte »Arbeiter Illustrierte Zeitung« (AIZ) verlegte, wählte als Untertitel: »Für ein neues Europa«.

Darum geht es den Autorinnen und Autoren auf www.die-zukunft.eu. »Die europapolitische Diskussion hat inzwischen die Stammtische erreicht und ist weit weg davon, nur eine Akademikerdebatte zu sein«, mahnt etwa der LINKE-Politiker und Vizepräsident des Landtags von Sachsen-Anhalt, Wulf Gallert, auf der Plattform. »Wir müssen den europapolitischen

Diskurs auf unseren Tisch ziehen, auch wenn es zu einigen Punkten DisSENS gibt.« Auch der Bundestagsabgeordnete und Obmann im EU-Ausschuss Andrej Hunko betont, dass DIE LINKE »die sichtbare Kritik an der aktuellen Struktur und Politik der EU mit der grundsätzlich notwendigen und wünschenswerten europäischen und internationalen Kooperation verbinden« müsse. Und Heinz Bierbaum, Vorsitzender der Internationalen Kommission der LINKEN, ruft die Partei dazu auf, »sich stärker als bislang in der Debatte um europäische Politik zu engagieren« und »zu einer konsistenten Position zur EU und zu Europa zu kommen«. Schließlich werde gerade auf die deutsche Linkspartei geschaut, wenn es um eine andere europäische Politik gehe. Walter Bailer, Koordinator von »transform! Europe«, der linken europäischen »Denkfabrik«, unterstützt diese Forderung und spricht von einer »variablen Geometrie« der heutigen europäischen Linken: »Die entscheidende Frage dabei ist und bleibt, ob aus dieser Pluralität der Ansätze mehr oder weniger linke Einheit in der politischen Aktion entsteht.«

Inzwischen haben zahlreiche Politikerinnen und Politiker auf www.die-zukunft.eu Stellung zu verschiedenen Aspekten der europäischen Integration genommen. Ob die Europaabgeordneten Martina Michels zum künftigen EU-Haushalt, Helmut Scholz zur Handelspolitik, Martin Schirdewan zur Währungsunion oder Cornelia Ernst zur Migration, ob der Gewerkschaftsvorsitzende Bernd Loescher zum Europäischen Öffentlichen Dienst oder der frühere EU-Kommissar Günter Verheugen zu neuen Feldern der Kooperation – die Liste der Autorinnen und Autoren wird sich in den kommenden Wochen noch erweitern.

Die Seite www.die-zukunft.eu könnte so zum Ort des Austauschs über ein neues Europa werden. Und wenn dies in praktische Politik mündet – gerne! ◀

Mélenchon sagt Adieu

Der Austritt der französischen Parti de Gauche schwächt die europäische Linke

VON OLIVER SCHRÖDER

Anfang Juli hat die von Jean-Luc Mélenchon gegründete französische Linkspartei, Parti de Gauche (PdG), ihren Austritt aus der Partei der Europäischen Linken (EL) beschlossen. Begründet wurde dies damit, dass sie nicht gemeinsam mit Parteien, die die Austeritätspolitik unterstützen – gemeint ist damit SYRIZA unter Alexis Tsipras, in einer Parteienfamilie vereint sein wollen. Mélenchon setzt seit 2016 nicht mehr auf die weiter existierende PdG, sondern auf das Projekt France Insoumise, und dies mit einigem Erfolg: Fast 20 Prozent Zustimmung zu seiner Präsidentschaftskandidatur und 17 Abgeordnete in der französischen Nationalversammlung stehen auf der Haben-seite. Seit einigen Monaten versucht er bereits in Europa Partner für ein »progressives Bündnis« zu finden, was ihm sowohl innerhalb als auch außerhalb der EL gelang. Zunächst erklärten die spanische Podemos (GUE/NGL-Fraktion) und der portugiesische Bloco de Esquerda (GUE/NGL- und EL-Mitglied) sich diesem Bündnis anzuschließen und auch die skandinavischen Parteien Vänsterpartiet (GUE/NGL, Schweden), Enhedslisten (Dänemark, GUE/NGL und EL-Mitglied) und Vasemmisto (Finnland, GUE/NGL und EL-Mitglied) wollen dort mitwirken, und zu den Europawahlen antreten. Inhaltlich geht es um eine »eine demokratische Revolution in Europa«

und darum, die »Zwangsjacke der europäischen Verträge abzustreifen«.

Der Bruch mit der EL durch Mélenchon kam freilich nicht überraschend: Im März hatte der Vorstand der EL einen Antrag der PdG zum Ausschluss von SYRIZA aus der Partei einstimmig abgelehnt, da dieser, so Gregor Gysi, Präsident der EL »kritische Auseinandersetzungen schätze, nicht aber Ausschlüsse«. Der Vorstand erkannte aber, dass erneut über die Regierungsbilanz von SYRIZA diskutiert werden muss – bei der nächsten Sitzung im September steht dies auf der Tagesordnung. Auch ist zu erwähnen, dass sich das Verhältnis zwischen Mélenchon und dem einstigen Bündnispartner der Französischen Kommunistischen Partei (FKP) von Pierre Laurent extrem verschlechtert hat. Wieso also gemeinsam mit der FKP in einer europäischen Partei sein, wenn man auch in der Nationalversammlung getrennt sitzt?

Die Spaltungstendenzen haben viel mit den Interpretationen rund um den »griechischen« Sommer 2015 und der Erpressung durch die Troika zu tun. Im Grunde hat die EU, die zu der Zeit eine massiv deutsch dominierte war, die Solidarität untereinander auf dem Altar der Sparpolitik geopfert und hat so die Kritik an ihr auch seitens der europäischen Linken verstärkt. Aber »Neustart für die EU«, so wie ihn auch DIE LINKE und die EL fordern, bedeu-

tet ja auch nichts anderes, als die Revision der bestehenden Verträge – und in Bezug auf die soziale Dimension, die Ablehnung aller Militarisierungstendenzen der EU, oder bei der Notwendigkeit eine neue, gerechte Handelspolitik zu schaffen – Gemeinsamkeiten überall. Natürlich gibt es Unterschiede, so bei der Beurteilung des Euros, oder was zu tun ist, wenn die Verträge nicht geändert werden können. Doch inhaltlich ist klar, dass die verschiedenen, unterschiedlich gewachsenen und pluralen Linksparteien – von links-grün bis kommunistisch – auf der gleichen Seite der Barrikade stehen, wenn man so will. Aber auch das Moment des politischen Einflusses spielt eine wichtige Rolle, so scheint Mélenchon eine dominierende Rolle innerhalb der europäischen Linken anzustreben und auch die Gründung einer weiteren europäischen Linkspartei neben der EL ist nicht ausgeschlossen.

Es wäre aber schade, wenn die uns bekannten Spaltungsprozesse wieder die Oberhand gewännen, und der Effekt eintritt, der stets mit Spaltungen einhergeht – der einer Schwächung. Dies gilt übrigens nicht nur für Europa. Wichtig ist es demnach, keine Brücken abzureißen, im Gespräch zu bleiben und jetzt schon für die Fortsetzung einer deutlich gestärkten Fraktion GUE/NGL im europäischen Parlament zu arbeiten. Es geht nur gemeinsam – und dazu gehört auch, die Unterschiede auszuhalten und die Gemeinsamkeiten zu betonen. Das Europäische Forum, welches vom 9. bis 11. November in Bilbao stattfinden wird, bietet hier eine Bühne für den Versuch, die Kräfte gegen den Neoliberalismus und die Rechtsentwicklung zu bündeln. Dies ist bitter notwendig – denn von wem, wenn nicht von uns, sollen die Impulse für eine positive Entwicklung Europas kommen? ◀

Mélenchon wollte Alexis Tsipras (mitte) aus der EL werfen
Foto: DIE LINKE



Oliver Schröder ist Bereichsleiter Internationale Politik in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Menschlichkeit über Bord!

Als Bundestagsabgeordneter auf dem Seenotrettungsboot »Lifeline« **VON MICHEL BRANDT**

Vor einigen Wochen war ich für einige Stunden an Bord der »Lifeline«, um mir selbst ein Bild der Lage zu verschaffen. Das Rettungsschiff der NGO »Mission Lifeline« befand sich mehrere Tage auf Hoher See, etwa 25 Seemeilen von der maltesischen Küste entfernt. Die Küste war fast in Sichtweite, trotzdem konnte das Schiff nirgendwo festmachen, weil der Besatzung die Einfahrt in einen europäischen Hafen verwehrt wurde. Die Hauptmotivation meines Aufenthaltes bestand darin, mehr Aufmerksamkeit für die Seenotretterinnen und Seenotretter sowie die Geflüchteten zu schaffen und dadurch Druck auf die europäischen und deutschen Verantwortlichen auszuüben. Die Bilder, die sich mir auf dem Schiff boten, waren dramatisch: Menschen lagen dicht an dicht an Deck. Viele waren sehr schwach, krank und unterernährt – darunter Kinder. Einige an Bord haben eine mehr als zweijährige Flucht hinter sich. Sie wurden in libyschen Internierungslagern gefoltert oder misshandelt und waren traumati-

siert. Auch Krätze verbreitete sich auf dem Schiff durch die dramatischen hygienischen Bedingungen in den unmenschlichen libyschen Lagern. Der Kapitän erzählte mir, dass ein Schutzsuchender unter Tränen zu ihm gesagt hat, dass er lieber von Bord springen würde, anstatt sich von der sogenannten libyschen Küstenwache aufgreifen zu lassen. Nach sechs endlosen Tagen der Irrfahrt konnten die Menschen von der Lifeline endlich an Land gebracht und medizinisch versorgt werden. Die Bundesregierung hat dazu leider keinen Beitrag geleistet. Der Fall der Lifeline zeigt, dass das Leben dieser Menschen in vollem Bewusstsein aufs Spiel gesetzt wurde, um politische Interessen durchzusetzen.

Der Juni 2018 war mit 629 Ertrunkenen im Mittelmeer der tödlichste Monat seit fünf Jahren. Seitdem Malta und Italien zivile Rettungsschiffe am Auslaufen hindern und ihre Rettungsschiffe beschlagnahmen, ist die Zahl der Toten dramatisch angestiegen. Die Besatzungen müssen dem Sterben im Mittelmeer hilflos zuse-

hen. Dabei sind sie die letzte Bastion der Menschlichkeit an den Außengrenzen Europas. Sie sind nur deshalb so unermüdlich im Einsatz, weil die europäischen Staaten seit Jahren keine Rettungsschiffe mit klarem Mandat zur Seenotrettung einsetzen.

Lager in Afrika

Beim EU-Migrationsgipfel Ende Juni wurde eine neue Dimension der europäischen Abschottungspolitik erreicht: Es war keineswegs die Rede von einem staatlich organisierten zivilen Seenotrettungsprogramm, um das Sterben im Mittelmeer endlich zu stoppen. Stattdessen beschlossen die EU-Staats- und Regierungschefs, die Mannschaftsstärke der europäischen Grenzschutzagentur Frontex von 1.500 auf 10.000 aufzustocken. Das sind über 600 Prozent! Die Budgets für Militäreinsätze wie die NATO-Mission »Sea Guardian« oder Operation »EUNAVFOR MED« steigen rasant an, obwohl sich beispielsweise Sea Guardian in den letzten drei Jahren an keiner einzigen Rettungsaktion beteiligt hat.

Gleichzeitig wurde beim EU-Migrationsgipfel beschlossen, dass es sogenannte »Ausschiffungsplattformen« in afrikanischen Ländern geben soll. Das bedeutet konkret, in Ländern wie Tunesien, Marokko und Algerien Auffanglager zu errichten, in die Geflüchtete zurückgebracht werden sollen, die im Mittelmeer aufgegriffen wurden. Die Asylanträge sollen dann nicht mehr auf europäischem Boden, sondern in nordafrikanischen Ländern gestellt werden. Bisher hat sich kein einziges nordafrikanisches Land bereit erklärt, solche Plattformen zu beherbergen. Und das aus gutem Grund: Sie wollen als Durchreiseland für Migrantinnen und Migranten nicht die Sündenböcke für Europas gescheiterte Migrationspolitik sein. Auffanglager gibt es jedoch bereits, beispielsweise in Niger: Seit



Oktober 2017 werden dort im Lager in Agadez Asylanträge geprüft. Weniger als ein Prozent der Anträge werden dort in der Regel genehmigt. Das bedeutet, dass 99 Prozent der Migrantinnen und Migranten dann offiziell nicht mehr auf legalem Weg auf das europäische Festland dürfen.

Die europäischen Verantwortlichen liebäugeln auch mit Auffanglagern in Libyen, obwohl es mittlerweile kein Geheimnis mehr ist, dass dort Geflüchtete eingesperrt, gefoltert, vergewaltigt, oder versklavt werden. Die EU befürwortet es nicht nur, Menschen in diese Lager zurückzuschicken, sondern arbeitet aktiv mit der sogenannten libyschen Küstenwache zusammen, um die Geflüchteten von der Überfahrt nach Europa abzuhalten. Sogenannt, weil es keine

Mehr als
1.500
Geflüchtete ertranken
seit Januar dieses
Jahres im
Mittelmeer.

funktionierende staatliche libysche Küstenwache gibt. Es handelt sich um dubiose Milizen-Gruppen, die aus eigenen Macht- und Profitinteressen handeln und keinerlei rechtsstaatlicher Kontrolle und Informationspflicht unterstehen. Die EU benutzt diese Milizen als »Türsteher Europas«. Bis 2020 soll in Libyen sogar eine unabhängige Leitstelle zur Seenotrettung mit Unterstützung Italiens aufgebaut werden. Damit wird es noch einfacher, die Verantwortung auf Libyen auszulagern.

Die Beschlüsse des EU-Migrationsgipfels richten sich auch gegen zivile Seenotretterinnen und -retter. Alle auf dem Mittelmeer operierenden Schiffe werden dazu verpflichtet, sich an die Anweisungen der sogenann-



Das Schicksal der Geretteten lässt niemand kalt: Michel Brandt auf hoher See
Foto: Michel Brandt

ten libyschen Küstenwache zu halten. Damit versucht die EU, auch die zivilen Seenotretterinnen und -retter zu zwingen, mit diesen Milizen zu kooperieren und selbst gegen das Zurückweisungsverbot von Geflüchteten (Non-Refoulement) nach Libyen zu verstoßen. Die Kriminalisierungskampagnen zeigen, dass die EU sie am liebsten gänzlich von der Seenotrettung abhalten möchte. Natürlich wäre es wünschenswert, wenn Seenotretterinnen und -retter nicht mehr operieren müssten. Denn es kann kein Dauerzustand sein, dass private Organisationen die Rettung im Mittelmeer anstelle von Staaten übernehmen. EU-Mitgliedsstaaten und private Handelsschiffe sind nach dem Völkerrecht bindend zur Hilfe verpflichtet. Deswegen fordert DIE LINKE eine staatlich organisierte zivile Seenotrettung im Mittelmeer, mit klarem Mandat Geflüchtete sicher an europäische Häfen zu bringen.

Sand im Getriebe

Die EU arbeitet keineswegs an einer Lösung für sichere und legale Fluchtrouten nach Europa. Stattdessen gehen Entwicklungen in Europa und in Deutschland, hin zu autoritären und nationalistischen Sicherheitsstaaten, in denen Menschenrechte plötzlich ohne weiteres verhandelbar sind, in einem rasanten Tempo vor-

an. Dabei ist eines klar: Höhere Zäune, tiefere Gräben und mehr Überwachung werden Geflüchtete nicht davon abhalten, zu fliehen. Abschottung bringt gar nichts, denn Grenzen haben überhaupt keinen Einfluss darauf, ob Leute sich auf den Weg machen oder nicht. Der Unterschied ist allerdings, ob sie lebend ankommen oder auf dem Weg sterben.

Wir brauchen eine breite Bewegung gegen die Festung Europa und müssen Sand ins Getriebe der europäischen Abschottungspolitik schütten. Wir müssen die Zäune und Mauern einreißen, damit das Sterben an den europäischen Außengrenzen endlich aufhört. Was wir stattdessen brauchen ist ein offenes Europa, solidarische Städte und sichere Häfen. DIE LINKE fordert sichere Fluchtwege nach Europa, ein Ende der Kriminalisierung von Seenotrettung und ein staatlich organisiertes ziviles Seenotrettungsprogramm mit klarem Mandat. DIE LINKE fordert auch, dass die Zusammenarbeit mit der sogenannten libyschen Küstenwache endlich beendet wird. Wir zeigen Solidarität mit den Helferinnen und Helfern auf dem Mittelmeer. Seenotrettung ist kein Verbrechen! Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für alle! ◀

Michel Brandt ist Bundestagsabgeordneter der LINKEN und Obmann im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

1. SEPTEMBER



Heraus zum Antikriegstag!

Den zwei Prozent der NATO 100 Prozent Widerstand entgegensetzen VON TOBIAS PFLÜGER

Die nackten Zahlen und Beträge einer Haushaltsdebatte im Bundestag können manchmal nicht ausdrücken, was konkret hinter den Ausgaben steckt, die da getätigt werden. Im Falle der kürzlich beschlossenen Aufstockung des Verteidigungshaushaltes der Bundesrepublik sind aber tatsächlich schon Zahlen erschreckend: 38,5 Milliarden Euro schwer wird er 2018 sein. 2019 sind wir dann schon bei 42,9 Milliarden Euro. Im Windschatten der Forderungen von US-Präsident Trump, der auch hier lautstark krakeelt, rückt die Bundesregierung immer näher an die Forderung der NATO heran, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Militärisches auszugeben. Selbst wenn es bei den aktuell angestrebten 1,5 Prozent der Bundesregierung bleibt, heißt das, dass bis ins Jahr 2024 ganz konkret 60 Milliarden Euro in die Töpfe des Militärs und der Rüstungsindustrie fließen. Man möchte gar nicht anfangen zu rechnen, für wie viele Kinder man über Jahre hinweg Kita-Plätze ausfinanzieren könnte oder für wie viele tausend zusätzliche Pflegekräfte man in Deutschlands Krankenhäusern mit diesen unvorstellbaren Summen sorgen könnte. Stattdessen präsentiert Verteidigungsministerin von der Leyen ein Schreckensszenario nach dem anderen, um die Milliarden zu rechtfertigen. Deutschland möchte für die Drohgebärden in Rich-

tung Russland die Speerspitze sein. Dafür wird ein neues NATO-Kommando- und Logistik-Hauptquartier (Joint Support and Enabling Command/JSEC) in Ulm geplant, um schnell Truppen ausrüsten, versorgen und befehligen zu können. Und es gibt nun von ein Programm der Europäischen Union (»Military Mobility«) mit dem Straßen, Schienen und Brücken so ausgebaut werden sollen, dass sie militärisch genutzt werden können z.B. für Panzer, die gen Osten geschickt werden. Hier soll nicht etwa Geld in die teilweise marode zivile Infrastruktur gesteckt werden, sondern es soll die Infrastruktur militärisch nutzbar gemacht werden! Anstatt alles zu tun, um die Konflikte mit Russland zu entschärfen, dreht die Bundesregierung mit an der Eskalationsschraube. Damit muss Schluss sein! Statt Säbelraseln braucht es Diplomatie!

Armee der Europäer

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr nehmen nicht ab, im Gegenteil: Die Missionen in Afghanistan und in Mali wurden personell aufgestockt und bleiben hochgefährlich. Der Auslandseinsatz in Litauen (Enhanced Forward Presence) wird dem Bundestag gar nicht erst zur Mandatierung vorgelegt, er gilt als einsatzgleiche Verpflichtung.

Hinzu kommen (auch auf intensives Drängen der Bundesregierung) neue Missionen unter EU-Flagge. Stichwort EU: mit dem Projekt PESCO (»Ständige Strukturierte (militärische) Zusammenarbeit«) wird gerade die europäische Kooperation unter 26 EU-Staaten intensiviert. Dazu gibt es ab sofort einen eigenen EU-Rüstungsfonds. Zudem wird der EU-Haushalt erstmals in einem Teilbereich vertragswidrig als Militär-Haushalt ausgewiesen. Ursula von der Leyen nennt das Ziel eine »Armee der Europäer«. Dies ist der weitere Ausbau der EU zur Militärmacht und eine Militarisierung der Außenpolitik. Der Theaterdonner von Donald Trump beim NATO-Gipfel kommt der Bundesregierung da sogar gelegen, denn allen ist klar, dass Deutschland nicht auf vier Prozent des BIP aufrüsten wird. Die beschlossene Aufrüstung der Bundeswehr und der Europäischen Union ist aber heftig, fällt im Theaterdonner aber nicht so auf.

Wohin fließt nun das Geld, das im Militärbereich ausgegeben werden soll? Ein Gutteil soll in investive Ausgaben, sprich vor allem in Rüstungsprojekte fließen. Bei vielen dieser Rüstungsprojekte ist es so, dass das kapitalistische Grundmuster zu greifen scheint, wenn etwas nicht funktioniert, wird es einfach teuer neu bestellt. Die Waffen und Rüstungsgüter, die die Bundeswehr anschafft, so ist

es den Unterlagen der einzelnen Beschaffungsprojekte zu entnehmen, sollen dann auch in den Export. Rüstungsexporte sind deshalb die dunkle Seite der Beschaffungen der Bundeswehr.

Und diese Waffen aus Deutschland finden sich nun auf dem ganzen Globus. Am berüchtigtsten waren in diesem Jahr sicherlich die Leopard-Panzer von Rheinmetall, die den völkerrechtswidrigen Angriff der Türkei auf die kurdischen Gebiete in Nordsyrien anführten und Tod und Zerstörung hinterließen. Weniger präsent, aber genauso tödlich: Kleinwaffen und Munition wurden 2017 im Wert von 42,7 Millionen Euro exportiert u. a. vom Hersteller »Heckler und Koch«.

Deutschland ist ein Kernland der Rüstung, mit der laufenden Militarisierung und Eskalation gibt es deshalb hierzulande riesige Herausforderungen, nicht nur am Antikriegstag.

Im in Leipzig beschlossenen Friedensantrag heißt es unter anderem:



»DIE LINKE ist gegen die »Modernisierung« von Atomwaffen. Wir fordern ein Ende der »nuklearen Teilhabe« und den sofortigen Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland. Die Bundesregierung muss dem Atomwaffenvertragsvertrag endlich beitreten.«

Krieg beginnt hier

Wir kämpfen für den Frieden und wollen den Export von Waffen und Rüstungsgütern verbieten. Die Umbrüche in der Weltordnung, die Militarisierung von weltweiten Konflikten, die Aufrüstungspolitik der Europäischen Union machen diese Forderungen

gen dringlicher denn je. Wir wollen eine starke Friedensbewegung und arbeiten als LINKE in der Friedensbewegung mit.

Als Ansatzpunkt für Proteste sind Rüstungsstandorte und militärische Einrichtungen der Bundeswehr und der US-Armee geeignet. »Krieg beginnt hier«, denn Waffen werden an bestimmten Orten hergestellt und der Einsatz der Bundeswehr oder anderen Militärs wird an bestimmten Orten geübt. DIE LINKE beteiligt sich an Protesten vor Ort, auch gegen Werbespektakel der Bundeswehr.

Lasst uns anfangen, den Waffenlieferungen aus Deutschland etwas entgegenzustellen, den bunten Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr einen Strich durch die Rechnung machen, den Protest gegen NATO-Eskalation und EU-Militarisierung auf die Straße tragen, denn Krieg beginnt hier! ◀

Thomas Pflüger ist Parteivorstandsmitglied der LINKEN



Das Morgen schon im Heute

Auf der »Linken Woche der Zukunft« wollen wir nach vorne schauen

Wie wollen wir leben? Wie sehen die Städte der Zukunft aus? Wie retten wir das Klima? Was wollen wir produzieren und wie? Wie wird Digitalisierung gerecht? Was muss passieren, damit die Arbeit ums Leben kreist? Wie stellen wir uns den Rechten in den Weg? Was tun wir gegen Aufrüstung und Waffenexporte? Wie machen wir Politik vor Ort, in Europa? Wie werden wir mehr? Wie verändern wir die Welt? Zwischen dem 13. und 16. September machen wir eine »Linke Woche der Zukunft«. In der Zeit wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung auch über:morgen stattfinden. Durch diese Woche der Zukunft ziehen sich verschiedenen Fragen und Stränge: Wie sieht die Arbeit der Zukunft aus und wie wird sie gerecht verteilt – zwischen den Geschlechtern, zwischen den Überarbeiteten und denen in unfreiwilliger Teilzeit oder Erwerbslosen, also den Menschen, die gern mehr arbeiten würden?

Wir sprechen über gerechte Pflege und eine verbindende Klassenpolitik von unten. Wir fragen nach dem Umbau der Wirtschaft, der Umverteilung von Reichtum und beleuchten die Tatsache, dass sich nur die Reichen einen armen Staat leisten können. Wir stellen dem digitalen Kapitalismus unseren Alternativen entgegen. Wir planen einen sozialen und

ökologischen Umbau, eine Transformation der Kriegswirtschaft und eine Demokratisierung der Wirtschaft. Wir zeichnen das Bild einer Zukunft, in denen das Öffentliche allen gehört und es wirklich etwas zu entscheiden gibt. Wir benennen die Gegner und sagen Ungleichheit, Spekulation, Austerität, Aufrüstung und Kriegstreiberei den Kampf an. Im Mittelpunkt stehen dabei linke Politik und Organisation: internationaler Austausch, sozialistische Kommunalpolitik, Formen der Selbstorganisation, die Verknüpfung von Partei, Parlament und Bewegung.

Event, Labor, Debattenraum und Polittreffen

Die »Linke Woche« wird keine herkömmliche Konferenz sein, auf der vor allem berühmte Menschen und Fachleute über Theorie, Analysen und die Herausforderungen der Zukunft sprechen. Wir wollen gute Analysen und Strategien, aber sie werden nur wirksam, wenn sie sich verbinden mit den Fragen »Was tun?« und »Wer tut es?«. Wie übersetzen wir die Analysen in die politische Praxis? Wie lernen wir von guten Erfahrungen und Strategien? Wie können Ver-

bindungen zwischen Aktiven entstehen, wie bauen wir Bewegungen von unten auf? Das soll auf der Konferenz ebenfalls im Fokus stehen. Die »Linke Woche der Zukunft« wird Event, Labor, Debattenraum und Polittreffen sein. Neben Podiumsdiskussionen und Vorträgen wird es deshalb Workshops zur gemeinsamen Arbeit geben und Labore und Vernetzungstreffen, in denen der Austausch zwischen den Beteiligten im Mittelpunkt steht. Wir verbinden Politik und Kultur, Gesellschaftsanalyse und eingreifende Praxis, die Partei und ihr Umfeld, kollektives Handeln und gemeinsames Feiern, Strategie und Theater. Wir wollen nach Berlin und in das politische Tagesgeschehen ausstrahlen.

Wir wollen diskutieren und 3D-drucken, planen und programmieren, lernen und Erfahrungen teilen, feiern und vernetzen.

Wir bieten ein Tribunal zum Pflegenotstand, Diskussion und Vernetzung zu Klassenkampf im Plattform-Kapitalismus, ein feministisches Labor, einen Crash-Kurs zum linken Organizing, Aufstehen gegen Rassismus, Kämpfe um Zeit und Gerechtigkeit. Lesungen zu Literatur und Klassenkampf, einen Mittagstalk mit Gregor Gysi und einen Poetry Slam zum Leben mit Mindestlohn. Wir reden über die Rolle von Theater und Kultur im Kampf gegen rechts. Wir planen den sozial-ökologischen Umbau, eine Verkehrswende jenseits von Diesel und Elektroauto und für lebenswerte Städte. Mieterinitiativen, Pflegekräften, Kämpferinnen und Kämpfer für kürzere Arbeitszeiten werden sich vernetzen. Wir reden über die Demokratie der Zukunft und wie wir uns die Politik und die Zukunft zurückholen.

Wir laden ein zu einem Abend umsonst und draußen mit Musik, Kultur und Politik für bezahlbares Wohnen. Die klassische Kinderbetreuung wird durch ein inhaltliches Programm für Kinder ergänzt. ◀

Foto: DIE LINKE



Eine neue Klassenpolitik

Der Soziologe **KLAUS DÖRRE** plädiert für eine Mosaik-Linke, die Projekte vorantreibt, die an der Lebenswirklichkeit der Menschen ansetzen

Die Vermögensungleichheit in Deutschland nimmt zu, prekäre Arbeit ist auf dem Vormarsch und trotzdem profitiert vor allem die neoliberale AfD vom Unmut der Bürgerinnen und Bürger. Was läuft da falsch?

Die meisten Menschen sind davon überzeugt, dass man an den grundlegenden Ungleichheiten nichts ändern kann. Je ohnmächtiger man sich fühlt, desto wahrscheinlicher ist, dass man auf Botschaften hört, die den Verteilungskampf zwischen oben und unten in einen Kampf zwischen Innen und Außen umdeuten, also zwischen Migranten und einem als homogen imaginierten deutschen Volk.

Müssen die Parteien des linken Spektrums also eine radikale, aber gleichzeitig umsetzbare und glaubwürdige Umverteilungspolitik auf ihre Agenda setzen? Wie in den neoliberalen Musterstaaten USA und Großbritannien, wo es den linken Politikern Bernie Sanders und Jeremy Corbyn gelungen ist, eine radikale Kapitalismuskritik bis weit in den Mainstream hineinzutragen?

Es geht nicht nur um Radikalität. Die äußerste Rechte stellt auch die Systemfrage. Auch viele Bürgerinnen und Bürger sagen: »Mit dem System stimmt was nicht«. Das ist von Sanders aufgegriffen worden, der im Wahlkampf immer wieder betonte, er sei ein »Democratic Socialist«. Genauso gut hätte er sagen können: »Ich komme direkt aus der Hölle«. Das hätte in den USA den gleichen Provokationsgehalt. Doch was passierte: Immer mehr junge Menschen googelten diesen »Democratic Socialism« und konnten sich, verbunden mit dem Versprechen einer freien Bildung, für die Idee begeistern. Es



Foto: FSU Jena

war plötzlich attraktiv, eine grundlegende Alternative zu versprechen. Bei Corbyn war es ähnlich.

Sind diese Politikansätze und das Vorgehen der beiden Charismatiker auch auf die Bundesrepublik übertragbar?

Wenn man, so wie ich hier in Jena, auf den Trümmern des staatsbürokratischen Sozialismus sitzt, dann weiß man, dass es nicht damit getan ist, einfach wieder über den Sozialismus zu sprechen. Ich glaube aber, dass man diesen Begriff mit neuem Leben füllen muss. Grüne, SPD und DIE LINKE erscheinen aus unterschiedlichsten Gründen vielen Wählern nicht mehr als Option, weder um ihren Protest auszudrücken noch als wirkliche Alternative.

Kann man in den alten Parteienformen weitermachen? Braucht es da nicht eine Bewegung à la Podemos oder eine Neugründung wie La France insoumise?

Was man als allererstes braucht, ist das, was Hans-Jürgen Urban mal als Mosaik-Linke bezeichnet hat. Also ein Zusammenwirken unterschiedlicher linker Strömungen, die ihre eigene Identität und ihre Unterschiede nicht aufgeben dürfen. Die

lernen müssen, so miteinander zu kommunizieren, dass es DIE LINKE insgesamt stärkt und dass eine Grundrichtung der Veränderung sichtbar wird. Wir brauchen Projekte, die an der Lebenswirklichkeit ansetzen und die deutlich machen, dass die Linke wirklich etwas verändern will. Das kann ich in Deutschland aber nicht erkennen.

Welche Projekte könnte eine solche Mosaik-Linke denn vorantreiben?

Wir brauchen eine neue Klassenpolitik. Konkret denke ich hier an die Produktivitätsgewinne durch die Digitalisierung. In diesem Kontext müssten wir wieder über Arbeitszeitverkürzung reden. Kurze Vollzeit für alle, wie sie die IG Metall in der letzten Tarifrunde ins Spiel gebracht hat. Das ist so ein Beispiel für Klassenpolitik, die man machen müsste. Weil die Arbeitszeit verklammert ist mit anderen gesellschaftlichen Konfliktlinien, wie etwa der Sorgearbeit. Im Zusammenhang mit der Digitalisierung und dem technischen Fortschritt muss DIE LINKE auch Lösungen anbieten, wie die zu erwartenden Arbeitsplatzverluste verhindert oder abgefedert werden können. Dazu gehört auch, Konzepte zu entwickeln, mit denen man die Digitalisierungsrendite der Konzerne abschöpfen kann. Wir müssen über Wirtschaftsdemokratie reden. Dann die Frage der Umverteilung, die sich nicht nur in Deutschland stellt, sondern auch in Europa und der Welt. Wir müssen umverteilen – von oben nach unten, von den Stärksten zu den Schwächsten, vom Zentrum zur Peripherie. Wir brauchen eine glaubwürdige Migrationspolitik. Und das sind nur einige von vielen Projekten, die auf die Agenda der LINKEN gehören.

Fragen: Fabian Lambeck

SORGEARBEIT
NEUE KLASSENPOLITIK

KURZE VOLLZEIT FÜR ALLE

SOZIALISMUS
UMVERTEILEN

Rednerinnen/Redner

Gökay Akbulut (MdB), **Jan van Aken** (PV DIE LINKE), **Ingrid Artus** (Univ. Erlangen-Nürnberg), **Tobias Bank** (DIE LINKE Brandenburg/PV), **Dietmar Bartsch** (Vorsitzender Fraktion DIE LINKE. im Bundestag), **Christine Buchholz** (MdB), **Klaus Dörre** (Univ. Jena), **Alex Demirović** (RLS), **Christian Fuchs** (Univ. Westminster), **Dave Gibney** (Righ2Water, Irland), **Thomas Goes** (Univ. Göttingen), **Gregor Gysi** (Präsident der Europäischen Linken), **Andrej Holm** (Stadtforscher), **Katja Kipping** (Parteivorsitzende DIE LINKE), **Rhonda Koch** (LINKE.SDS), **Jon Lansman** (Gründer von Momentum und Parteivorstand Labour Party), **Emily Laquer** (Interventionistische Linke), **Sabine Leidig** (MdB), **Volker Lösch** (Theaterregisseur), **Birgit Mahnkopf**, **Andrea Maihofer** (Univ. Basel), **David McNally** (Univ. York, Canada), **Nicole Meyer-Ahuja** (Univ. Göttingen), **Martina Renner** (MdB), **Falk Richter** (Regisseur und Autor), **Bernd Riexinger** (Parteivorsitzender DIE LINKE), **Laura Roth** (Barcelona en Comú), **Ulrich Schneider** (Der Paritätische), **Katina Schubert** (DIE LINKE LV Berlin), **Nick Srnicek** (Autor von Plattform-Kapitalismus), **Bhaskar Sunkara** (Jacobin Magazin), **Keeanga-Yamahatta Taylor** (Univ. Princeton, Autorin »From #BlackLivesMatter to Black Liberation«), **Tarik Tesfu** (Blogger), **Hilary Wainwright** (Magazin redpepper), **Harald Weinberg** (MdB), **Cédric Wermuth** (Sozialdemokratische Partei der Schweiz), **Felix Wiegand** (Univ. Frankfurt/M.), **Steve Williams** (Transformative Organizing), **Anne Wizorek** (feministische Bloggerin), **Harald Wolf** (DIE LINKE), **Winnie Wong** (#FeelTheBern/People For Bernie)

Mit Aktiven von **Ver.di**, **Netzwerk Steuergerechtigkeit**, **BASTA**, **Aufstehen gegen Rassismus**, **Interventionistische Linke**, **DIE LINKE**, **IG Metall**, **Initiative Selbstbestimmt leben**, **Flüchtlingsrat**, **#aufschrei**, **Bizim Kiez**, **Abrüsten statt Aufrüsten**, u.a.

Das komplette Programm mit ausführlichen Veranstaltungsbeschreibungen, Terminen und der Anmeldung findet sich unter:
www.linke-woche-der-zukunft.de

Veranstaltungsort:

FMP1, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin



Auftakt

SOLIDARITÄT DER VIELEN ODER AUTORITÄRER KAPITALISMUS? FÜR EINE NEUE INTERNATIONALE DER HOFFNUNG

Bernd Riexinger (Parteivorsitzender DIE LINKE) **Winnie Wong** (Gründerin der Initiative »People for Bernie Sanders«)

Klaus Dörre (Univ. Jena)
u.a.

Wie können wir die Entwicklung hin zu einem autoritären Kapitalismus stoppen und Einstiege in eine menschenwürdige, global gerechte und freie Zukunft schaffen?

Fem.Lab

DAS FEMINISTISCHE LABOR AUF DER LINKEN WOCHEN DER ZUKUNFT

Statt uns in die Maße 90-60-90 pressen zu lassen, heißen unsere Zahlen 100-50-10:

Seit 100 Jahren dürfen Frauen in Deutschland politisch mitmischen und von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Die 68er Bewegung hat vor 50 Jahren gezeigt: Wir wollen nicht nur den Kapitalismus, sondern auch die Vormachtstellung der Männer überwinden. Und vor 10 Jahren hat die globale Finanzkrise offen gelegt, dass der neoliberale Kapitalismus auf sein Ende zusteuert. Es liegt an uns mitzuentcheiden, wohin die Reise geht. Eins ist klar: Ohne uns Frauen wird sich niemand auf den Weg machen. Wir zeigen den Trumps, Höckes und Erdogans dieser Welt, dass sie mit ihrer unsozialen und rassistischen Macho-Politik nicht weit kommen werden. Im Fem.Lab werden wir mit euch und vielen weiteren Feminist*innen aushecken, wie wir für eine gerechte, eine solidarische und friedliche Zukunft streiten wollen – und werden.

Theater

TRIBUNAL GEGEN PFLEGENOTSTAND

Eine Inszenierung von Volker Lösch.

Im Rahmen der Reihe über: *MORGEN* der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Abschluss

WIE WIR DIE ZUKUNFT GEWINNEN

Katja Kipping

(Parteivorsitzende DIE LINKE)

Nick Srinicek

Autor von Plattform-Kapitalismus)

Alex Demirović

(Hrsg. von »Transformation der Demokratie – demokratische Transformation.«) u.a.

Reden wir über eine neue soziale Politik, die auf Freiheit wie auf Gleichheit und Solidarität setzt.

Bezahlbare Miete statt fatter Rendite!

KAMPAGNENAUFNAHME

In vielen Städten explodieren die Mieten. Während Immobilienkonzerne damit fette Rendite einfahren, wird die Belastung für Mieterinnen und Mieter immer unerträglicher. Wir bauen Druck auf. Wir vernetzen und organisieren Mieterinnen und Mieter, Basisinitiativen und aktive Kreisverbände.

Der Startschuss für unsere Mietenkampagne ist am:

Freitag, 14. September 2018

Demonstration

16.30 Uhr, Franz-Mehring-Platz

Kundgebung

18.30 Uhr, Hermann-Stör-Platz

Konzert

21 Uhr, Hermann-Stör-Platz

weitere Veranstaltungen

- Sozialistische Kommunalpolitik: Erfahrungen aus Deutschland und Europa
- »New Kids im historischen Block: Wie die am stärksten von Neoliberalismus Betroffenen Politik, Strategie und Organisation übernehmen.«
- Partei in Bewegung: Vernetzung LINKS in der Pflege, Abrüstung und Friedensbewegung, aktiv gegen rechts, stadtpolitisches speed-dating, Populismus und Organizing.
- 50 Jahre nach 68
- Wie wir das Öffentliche zurückgewinnen und Ungleichheit bekämpfen
- Organisation, gemeinsam, von unten.
- Crashkurse: Je eine Stunde zu Klassen, Kapitalismus, Marx, sozial-ökologischem Umbau, Utopie, Feminismus.

Kultur

- **Poetry-Slam** mit Jean-Philippe Kindler.
- **Kultur** gegen rechten Kulturkampf.
- **Lesungen:** Literatur und Klassenkampf; »Monsters of the Market«.
- **Performance:** Fräulein Bernd und Bibiana Arena.
- **Film:** »Juventa« Seenotrettung
- **Feministisches Training:** Wir nehmen uns den Raum.

Orga

Die Teilnahme an der Linken Woche der Zukunft ist frei. Es können keine Kosten für die Anfahrt und die Unterbringung erstattet werden. Bitte wendet euch ggf. an eure Landes- und Kreisverbände, ob sie Kosten ganz oder teilweise übernehmen können. Für eine Kinderbetreuung wird gesorgt.

Anmeldung erbeten unter:

www.linke-woche-der-zukunft.de

über: MORGEN

- Der doppelte Kampf: gemeinsam für Aufwertung und gute Arbeit in den sozialen Dienstleistungen.
- Arbeit, die zum Leben passt statt Niedriglohn und Dauerstress.
- Bedürfnisgerecht und demokratisch: Linke Alternativen für Pflege und Gesundheit.
- Für die Vielen. Verbindende Klassenpolitik und kulturelle Praxis
- »Nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten«: Wie Gemeingut weggekürzt wird und was wir dagegen tun können.
- Konkret vor Ort: ÖPNV zum Nulltarif: Was die Kommunen tun können.
- Quer durch Europa: Kämpfe um Gute Arbeit an den Hochschulen.
- Zukunft ist friedlich: Waffenexporte verbieten, Rüstungsindustrie umbauen.
- Schutz vor Abschiebungen und das Recht auf Bleiben.
- Klassenkampf im digitalen Kapitalismus. Die Plattform als neue Fabrik?
- Strategien gegen den Rechtsruck

über:MORGEN ist eine Veranstaltungsreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Kinder

KINDERPROGRAMM

- **Zukunftsatelier:** Wir malen unsere Zukunft bunt! Auf Bannern, Transpis, Wänden.
- **Zukunftsstudio:** Aus alt mach neu, aus langweilig mach schick.
- **Zukunftsreportage:** Wir suchen junge, unerschrockene Reporterinnen und Reporter.
- **Konzert:** Suli Puschban
- **Kinderdemo:** »Wir holen uns die Zukunft!«

Ich möchte weitere Informationen über die Linke Woche der Zukunft 2018 erhalten.

Vorname:

Name:

E-Mail:

Datenschutz:

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung verarbeitet und nur zum angegebenen Zweck bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/seitenfuss/datenschutz

Bitte einsenden an:

DIE LINKE, Linke Woche der Zukunft, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin oder registrieren auf: **www.linke-woche-der-zukunft.de**



Heute hier, morgen dort

Wir brauchen eine nachhaltige Verkehrswende, denn es ist nicht egal, wie wir unterwegs sind **VON MATTHIAS BÄRWOLFF**

Mobilität ist eines der wenigen Topthemen, das seit geraumer Zeit Platz in den Nachrichten und Talkshows einnimmt, ohne dass es substantielle Vorschläge seitens der etablierten Parteien und Lobbyverbände gäbe. Dieselskandal, neuste Absatzzahlen, die Pkw-Maut, Hybrid- und Elektrofahrzeuge: Der Kern unseres Mobilitätsproblems bleibt dabei unberührt, über eine soziale und ökologische Verkehrswende wird nur am Rande gesprochen.

Das Auto, samt seiner dahinterstehenden Zulieferindustrie, deren Wertschöpfungsketten, Innovationszyklen und der nötigen Infrastruktur stehen im Zentrum der Debat-

Durchbruch verhelfen kann. Dazu muss aber der Blick vom Mobilitätsobjekt weg, hin zum Mobilitätssubjekt, nämlich den Bewohnerinnen und Bewohnern, gelenkt werden.

Mobilität für alle

Alle Menschen sind unabdingbar auf Mobilität angewiesen, dabei entscheidet insbesondere der soziale Status und das verfügbare Einkommen über die Art und Weise, der Mobilität. Gerade Haushalte mit geringen Einkommen müssen einen überproportional großen Anteil ihres Einkommens für Mobilität aufbringen. Der ÖPNV stellt dabei das Rückgrat der urbanen Mobilität dar, aber auch hier stiegen die Preise in den vergangenen Jahrzehnten erheblich. Hinzu kommt, dass zentrale Wohnlagen immer teurer werden, das Zentrum der Stadt für Menschen mit geringen Einkommen kaum als Wohnort in Frage kommt, anders als die peripheren Großwohnsiedlungen.

Um Verkehr effektiv zu vermeiden, müssen Städte und Gemeinden die verkehrlichen Aspekte in viel stärkerem Maße bei der Stadtplanung beachten. Dezentrale, wohnortnahe Versorgung, Fußläufigkeit, gute Anbindung an den ÖPNV bzw. an Radwegenetze müssen dabei als Kriterien betrachtet werden. Wo Schule, Kita und Kaufhalle in der Nähe sind, wird Verkehr aktiv vermieden. Um auch Menschen mit geringen Einkommen und diejenigen, die auf Sozialtransfers angewiesen sind, Mobilität zu ermöglichen, muss auch im öffentlichen Nahverkehr endlich eine Diskussion um Preise und die Rolle der Daseinsvorsorge geführt werden. Das Beispiel Wien zeigt, dass eine aktive Fahrpreispolitik durchaus möglich ist. Hier kostet die Jahreskarte 365 Euro. Mit den heutigen Regelsätzen im Hartz-IV-System sind Monatskarten nur selten zu

finanzieren und auch Verkehrsunternehmen wie die Berliner BVG, die Sozialtickets anbieten, sind eher die Ausnahme als die Regel.

Hier aber würde ein Umdenken vielen Menschen und auch unseren Städten helfen! Die Finanzierung des ÖPNV ist defizitär und kompliziert organisiert – von der EU über den Bund bis in Länder und Gemeinden vielfach gesetzlich geregelt. Das Geld kommt am Ende vom Bund bzw. von den Nutzerinnen und Nutzern. Weitere Finanzierungsquellen sind oftmals die kommunalen Stadtwerke, die zur Querfinanzierung herangezogen werden können, sofern diese noch nicht privatisiert sind. Die Vereinfachung der Finanzierungsstrukturen und der rechtlichen Vorgaben würde mehr Spielräume für einen Ausbau des ÖPNV eröffnen. Die Stadt Erfurt geht hier mit gutem Beispiel voran. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sollen ab dem Schuljahr 2019 generell kostenlos den ÖPNV nutzen können. Ermöglicht wird das durch die Zusammenfassung aller bisherigen Geldflüsse der Schülerbeförderung und der Jugendhilfe. So profitieren gerade die Jüngsten vom ÖPNV. Mit dem Sozialticket, einem Zuschuss für Menschen mit geringen Einkommen zur Monatskarte in Höhe von 20 Euro, macht die Stadt Erfurt deutlich, dass öffentliche Mobilität als Schlüssel für soziale und kulturelle Teilhabe begriffen wird. Für eine nachhaltige Verkehrsvermeidung sind dies zwar nur kleine Schritte, aber sie weisen in die richtige Richtung. Eine nachhaltige Verkehrswende zugunsten der öffentlichen Mobilität bräuchte vor allem mehr finanzielle Unterstützung. ◀

Matthias Bärwolff ist Vorsitzender der LINKEN im Erfurter Stadtrat und nimmt zusammen mit Harald Wolf und Sabine Leidig an der Podiumsdiskussion »ÖPNV zum Nulltarif« am 15. September um 14 Uhr teil



Foto: DIE LINKE

ten. Ein anderer Zugang zur Frage nach Mobilität kann aber auch die Stadtentwicklung und soziale, kulturelle sowie wirtschaftliche Teilhabe sein. Dieser Zugang fragt zuerst nach den Mobilitätsbedürfnissen derjenigen, die sich von A nach B bewegen wollen oder müssen. Danach erst ist die Frage zu klären, wie insbesondere urbane Lebensqualität im Hinblick auf Mobilität aussehen kann und wie die Stadtentwicklung als aktive politische Gestaltungsebene hier einer anderen Mobilität zum

Es gab viel Solidarität

JULIA KAISER über die Streiks an den Universitäten in Barcelona und deren Verbindung zu den feministischen Kämpfen der spanischen Frauen

Julia, Du hast für ein Jahr in Barcelona studiert und dort auch die Arbeitskämpfe an den Universitäten miterlebt, wo die schlecht bezahlten Dozenten für höhere Löhne kämpften. Wie liefen die Streiks ab?

An der Hauptuniversität wurde für vier Tage gestreikt, dann gab es aber immer wieder rotierende Streiks an den einzelnen Fakultäten. Da ging man auf die Straße, da haben sich Studierende solidarisiert mit dem, was passiert ist. Parallel gab es eine Projektwoche, wo über das Recht auf Streik, über Feminismus und Bildung diskutiert wurde. Das war der Rahmen.

Das klingt alles bekannt. Gab es auch Unterschiede zur hiesigen Streikkultur?

Das interessante war, dass es dort eine Politik der ersten Person gibt. Dass ganz selten nur Gewerkschaften zwischen den betroffenen Menschen, also den Dozierenden an der Uni, und den Kämpfen vermitteln. Stattdessen gab es an jedem Institut und an jeder Schule Versammlungen, wo Menschen aus verschiedenen Gewerkschaften, aber auch viele Unorganisierte dabei waren. Auf diesen Versammlungen wurde debattiert, was passieren soll und wurden Entscheidungen getroffen. Das habe ich als sehr, sehr fruchtbar empfunden. Weil es so ganz normal geworden ist, dass man sich trifft, etwa in der Pause oder nach der Arbeit oder der Vorlesung. Es waren nicht kleinere Grüppchen, die dis-

kutierten, was passieren sollte, sondern im Prinzip waren immer alle eingeladen, ganz basisdemokratisch mitzudiskutieren über die Bedingungen und über die nächsten Schritte. Ich glaube, dadurch ist die Beteiligung so hoch gewesen. Darüber sollte man auch hier diskutieren, wie das klappt, dass sich so viele Menschen betroffen fühlen und deshalb sagen: »Ich gehe zur Versammlung, um hier tatsächlich mitzuentcheiden«. So haben die Menschen nicht das Gefühl, dass eine Gewerkschaft oder ein kleiner Ausschuss für sie mitbestimmt. »Ich will mitreden«, war die Losung und deshalb gingen auch so viele auf die Straße.

Gab es Kontakt zwischen den Streikenden und anderen Protestgruppen? Also etwa Solidaritätskampagnen?

Die größte Verbindung lag zwischen Feminismus, also Kämpfen von Frauen, und dem Bildungssektor. Weil am 8. März diese riesige Protestwelle durch Spanien ging und im ganzen Land Frauen gestreikt haben. Zu dieser Zeit gab es viele gemeinsame Aktionen. Da haben sich beispielsweise Frauen an der Uni fotografieren lassen, um darauf aufmerksam zu machen, dass sie an den Universitäten unterrepräsentiert sind. Nach dem Motto: Ich stehe hier als Frau und zeige, wie viel ich im Monat verdiene. Die Fragen von Arbeit, gerechter Bezahlung und Feminismus wurden da zusammengedacht.

Das klingt so, als seien die Streikenden nicht isoliert ge-

wesen, sondern Teil einer breiteren Bewegung und vor allem von der Bevölkerung akzeptiert und unterstützt worden ...

Ja, das Thema Bildung ist in Spanien seit 2010 sehr präsent und auch die Kämpfe um Bildung waren sehr vielfältig und groß. Die Bevölkerung ist den Protesten gegenüber positiv gestimmt, weil so viele Schülerinnen und Schüler, Dozierende, Lehrkräfte an Schulen und eben auch die Eltern von den Bedingungen an den Bildungseinrichtungen betroffen sind. Deshalb gab es ziemlich viel Solidarität.

Auch in Berlin wurde in diesem Jahr an der Universität gestreikt. Studentische Hilfskräfte forderten mehr Lohn. Lässt sich die Situation in Deutschland mit der in Spanien vergleichen?

Die Situation ist nur bedingt vergleichbar, weil dort ein Großteil des Lehrpersonals von extrem prekären Arbeitsbedingungen betroffen ist. Bis zu 40 Prozent der Lehrkräfte verdienen im Monat knapp 500 Euro. Es geht also tatsächlich um einen sehr großen Teil der festangestellten Dozierenden und nicht wie hier um studentische Hilfskräfte.

Fragen: Fabian Lambeck

Die Aktivistin Julia Kaiser ist Rednerin beim Workshop »Quer durch Europa: Kämpfe um Gute Arbeit an den Hochschulen« am 14. September um 10 Uhr

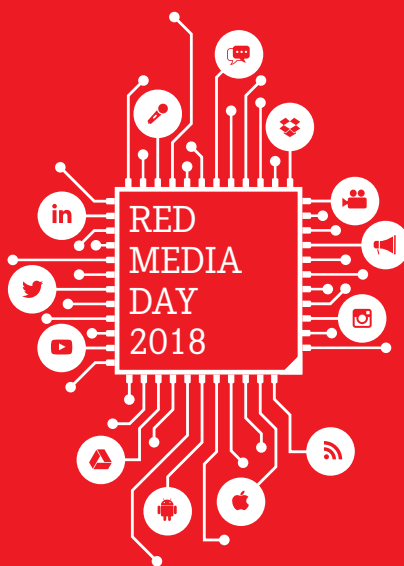
Medienkompetenz für Linke

Der Red Media Day bietet Weiterbildungen auf allen Ebenen und Kanälen der politischen Kommunikation und wird in die »Linke Woche der Zukunft« begleiten VON JÖRG STAUDE

Der Red Media Day (RMD) hat eine erstaunliche Entwicklung genommen. Ausgehend von einem reinen Weiterbildungstag »dockte« der RMD letztes Jahr an den sozialökologischen Kongress der LINKEN in Essen an. Was in den Workshops zuvor in Theorie geübt wurde, konnte im Anschluss in der Praxis getestet werden. Im Ergebnis entstanden nicht nur Texte und Fotos, sondern auch ein eindrucksvolles Video über den Kongress. In diesem September legt der Red Media Day eine Schippe drauf. Nach dem Weiterbildungstag am 13. September 2018 nehmen die Teilnehmenden die diesjährige »Linke Woche der Zukunft« ins mediale Visier. Geplant ist nicht nur, per Social Media über die vier Tage voller Debatten und Events zu berichten. Produziert werden soll auch ein mehrseitiges Blatt, das dem »neuen deutschland« beigelegt wird – ein Schritt weiter zu Professionalität in der Weiterbildung. Auch das Debattenprogramm beim RMD selbst kann sich sehen lassen: Mit Tom Stroh-schneider von »Oxi« diskutieren wir über die Medienkrise und die Zukunft linker Medien. Des Weiteren gibt es ein Special zur Europäischen Datenschutzgrundverordnung – dem Schrecken aller, die mit ihren Angeboten im Netz unterwegs sind.

Sich einmal im Jahr auf dem RMD intensiv im Medienbereich weiterzubilden, ist aber deutlich zu wenig. Noch immer haben Medienkompetenz und Medienbildung – im Vergleich zu anderen Bildungsangeboten innerhalb der LINKEN – einen zu geringen Stellenwert, vor allem wenn man sich die kommenden Landtagswahlen vor Augen führt. Die werden 2019 gerade im Osten über die langfristige Politikfähigkeit der LINKEN entscheiden. Klar: Sich Weiterbildung »anzutun«, ist nicht immer nur eine Frage des Wollens. Wer politisch wirklich aktiv ist, ist froh, wenn mal an einem Wochenende nichts ansteht, was Familie und privates Le-

ben einschränkt. Mediale Weiterbildung hat aber einen besonderen Wert. Hier kommt es darauf an, auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Was nützen die neuen modern gestalteten Webseiten, die sich DIE LINKE, die Linksfraktion im Bundestag und auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung eingerichtet haben, wenn es darauf



Grafik: LiMA

keine ansprechenden und spannenden Inhalte gibt? Die schöne Form allein begeistert auf Dauer niemanden. Zum Glück sind auch in der LINKEN die Zeiten vorbei, wo man die Zahl der Likes bei Facebook oder auf anderen Plattformen mit gewonnenen Wählerstimmen gleichsetzte. Da ist, aufgrund auch der Datenskandale bei den Social-Media-Konzernen, Ernüchterung eingekehrt. Zu einer erfolgreichen Politikvermittlung gehört es eben, alle Wege zu nutzen, die zum mehr oder weniger interessier-

ten Bürger führen. Wer medial vieles bringt, wird manchmal etwas bringen.

Die Linke Medienakademie tut hier einen neuen Schritt, um ihre Angebote Interessierten besser bekannt und nutzbar zu machen. Wer weiß schon, dass die LiMA inzwischen mehr als 80 verschiedene Workshops, Seminare und andere Weiterbildungsthemen im Portfolio hat: Schreiben, journalistisches Texten für Print und Online, Produktion von Audio, Video, Foto und Grafik, Schulung in Rhetorik und Präsentation sowie Social Media; Kenntnisse und Fertigkeiten auf den Gebieten Texten, Print-, Online- und Audio-Medien, von Grafik und Gestaltung, von Podcast und Video, Rhetorik und sozialer Kommunikation; über den Umgang mit sozialen Medien, Medienrecht und vieles andere mehr.

Oft begegnete uns zuletzt die Frage, wo man diese Angebote finden und darauf zugreifen kann. Wir planen deshalb, bis in den Herbst den gesamten Leistungskatalog der LiMA in einem Online-Tool detailliert zu präsentieren und für Parteien, Verbände, Gruppen, Initiativen und Aktivisten leicht zugänglich zu machen. In einer ersten Stufe wird das Online-Angebot vor allem Informationen über die Inhalte, Referenten und Bildungsziele der einzelnen Veranstaltungen umfassen. In einer zweiten Stufe wollen wir eine Online-Buchung ermöglichen. Interessenten können sich dann ein individuelles, auf ihre jeweiligen Bedürfnisse abgestelltes Weiterbildungsprogramm zusammenstellen. Mediale Weiterbildung in Form des Red Media Days, die sich explizit an links-, alternativ- und basisdemokratische Kräfte wendet, wird künftig ebenfalls nur einen Klick entfernt sein. ◀

Jörg Staude arbeitet für die Linke Medienakademie e. V.

Anmeldungen unter:
www.die-linke.de/redmediaday

Viele Fragen bleiben offen

Das vorläufige Ende des NSU-Prozesses darf nicht das Ende der Aufarbeitung sein

VON KATHARINA KÖNIG-PREUSS

Seit November 2011 findet auf unterschiedlichsten Ebenen der Aufklärungsprozess rund um die rechtsterroristische Gruppierung »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) statt. Für zehn Morde, davon neun aus rassistischen Motiven, drei rassistisch motivierte Sprengstoffanschläge sowie mehrere Banküberfälle ist der NSU verantwortlich. Für das Gericht in München, Sicherheitsbehörden und Teile der Politik ein isoliertes Trio, welches dreizehn Jahre angeblich unbehelligt agieren konnte. Für Angehörige der Ermordeten, Nebenklägerinnen und Nebenkläger, Journalistinnen und Journalisten, antifaschistische Recherchegruppen und viele Menschen, die sich in den vergangenen Jahren mit dem NSU-Komplex befassten, ist hingegen offensichtlich, dass es sich um ein Netzwerk handelt, welches nicht nur aus drei Personen bestand und das die Aufklärung auch mit dem Ende des Prozesses nicht abgeschlossen sein kann.

Nach mehr als fünf Jahren Verhandlung wurden im NSU-Prozess am 11. Juli 2018 die Urteile gegen die fünf Angeklagten Beate Zschäpe, Ralf Wohlleben, André Eminger, Holger Gerlach und Carsten Schultze gesprochen. Die Einordnung des NSU als isoliertes Trio durch das Gericht hätte ebenso wie die Entlassung von Eminger und Wohlleben aus der Untersuchungshaft zu Empörung führen müssen, die jedoch weitestgehend ausblieb. Mit dem Urteil waren mehrere Signale verbunden. So wurde deutlich, dass die Betroffenenperspektive vom Gericht ausgeblendet wurde. Weder fand institutioneller Rassismus Beachtung oder wurde im Urteil thematisiert noch wurden die Fragen der Angehörigen als entscheidend markiert und bearbeitet.

Die Neonaziszene hingegen verstand das Urteil weitestgehend als Sieg. Insbesondere weil mit dem Urteil deutlich wurde, dass – zumindest vorerst – keine weiteren Ermittlungen und Prozesse zu befürchten sind.

Ebenso wurden die Verwicklungen von Verfassungsschutzbehörden in den NSU-Komplex faktisch als irrelevant eingestuft, gar durch Nichtthematisierung im Urteil komplett ausgeblendet. Und dies obwohl durch Untersuchungsausschüsse, engagierte Journalistinnen und Journalisten, Nebenklägerinnen und Nebenkläger, Antifaschistinnen und Antifaschisten die Rolle der Geheimdienste in Teilen öffentlich bekannt wurde. Mehr als 30 V-Leute im Umfeld des NSU-Kerntrios, frühes Wissen bei Verfassungsschutzbehörden über den Ort des Untertauchens, Waffenbeschaffung des Kerntrios, Informationen über das Unterstützernetzwerk im Untergrund – all dies führte jedoch bisher nicht zu entsprechenden Konsequenzen für die Geheimdienste. Im Gegenteil: sie gehen gestärkt aus dem NSU-Komplex hervor. Trotzdem die Nebenklage im NSU-Prozess großartiges leistete und versuchte, sowohl das Netzwerk des NSU als auch die Verwicklungen des Verfassungsschutzes durch Beweisanträge zu thematisieren, wurden die durch Recherchen bekannt gewordenen Erkenntnisse sowohl durch die Bundesanwaltschaft als auch die Richter weitestgehend abgelehnt.

Was wussten die Geheimdienste?

Das Urteil ist gesprochen, Revision wurde sowohl von der Bundesanwaltschaft (nur gegen den Teilfreispruch von André Eminger) als auch von allen Angeklagten eingelegt. Während Wohlleben und Eminger sich, eingebettet in Neonazi-Strukturen, wieder in Freiheit befinden, bleiben die entscheidenden Fragen der Angehörigen weiterhin offen:

Wie groß war der NSU und sein Netzwerk? Wer hat wie bei der Auswahl der Tatorte und Opfer mitgewirkt? Was wussten die Geheim-

dienste, ihre V-Leute und die Polizeibehörden zu welchen Zeiten über den NSU? Hätten die Taten des NSU mit diesem Wissen verhindert werden können? Warum waren die polizeilichen Ermittlungen nach allen gegen Migrantinnen und Migranten gerichteten Morden und Anschlägen von rassistischen Unterstellungen und



Der NSU-Prozess hat viele Menschen aufgeschreckt Foto: DIE LINKE

einer Kriminalisierung von Opfern und Angehörigen geprägt? Diese Fragen sind bis heute nicht beantwortet.

Zumindest zu versuchen, die Antworten zu finden, ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die mit dem Prozessende nicht abgeschlossen sein kann. Eine Aufgabe, die mit dazu beitragen kann, ähnliche Taten zu verhindern. Eine derartige öffentliche Aufarbeitung garantiert den Angehörigen, dass die Deutungshoheit über den NSU-Komplex nicht beim Gericht liegt. ◀

Katharina König-Preuss ist Abgeordnete der Linksfraktion im Thüringer Landtag und dort Sprecherin für Antifaschismus

Die AfD im Visier

Das bundesweite Bündnis »Aufstehen gegen Rechts« lädt zur Aktivenkonferenz am 1. und 2. September nach Frankfurt am Main



Foto: Christian Schneider, Aufstehen gegen Rassismus

Fast ein Jahr nach dem Einzug der AfD in den Bundestag möchten wir diskutieren: Woher kommt die AfD und wo steht sie heute? Welche Inhalte verfolgt sie? Welche politischen Kräfte vereint sie und in welchem politischen Umfeld bewegt sie sich? Zudem wollen wir bilanzieren, welche Strategien sich im Kampf gegen die AfD bewährt haben und was nicht funktioniert hat. Wir wollen auch darüber reden, mit welchen Inhalten, Aktionsformen, Forderungen und Formaten wir uns der AfD in Zukunft entgegen stellen können und wie wir neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewinnen. Eingeladen sind alle Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, die sich gegen Rechts, Rassismus und die AfD engagieren oder aktiv werden möchten.

Der Widerstand ist ungebrochen

Die AfD ist längst zum Sammelbecken und parlamentarischen Arm für Neo-Konservative, Identitäre, rechte Burschenschafter, Hooligans und Stiefelnazis geworden. Dass Seehofer, Söder und die CSU mit ihren Angriffen auf den Islam und Geflüchtete die Koordinaten nach rechts verschieben, stärkt den neofaschisti-

schen Flügel der AfD um Höcke, Pöggendorf und Gauland. Deutlich wurde dies beim Parteitag der AfD in Augsburg, wo Gauland zum Sturz »eines ganzen Systems« aufrief. Und der Höcke-Flügel erwirkte, dass die AfD darüber diskutiert, sich stärker national-sozial zu profilieren – wobei die AfD natürlich alle ausschließt, die in ihrem völkischen Verständnis nicht »deutsch« sind und die nicht ihrem reaktionären Menschenbild entsprechen. Gleichzeitig ist der Widerstand gegen Rassismus ungebrochen: Mindestens 70.000 Menschen haben am 27. Mai in Berlin gegen einen bundesweiten Aufmarsch der AfD protestiert, 5.000 gingen am 30. Juni in Augsburg gegen den Parteitag der AfD auf die Straße. 50.000 protestierten in München unter dem Motto »#ausgehetzt«. Und in Hessen sind zahlreiche Organisationen und Initiativen in der breiten landesweiten Kampagne »Keine AfD in den hessischen Landtag« aktiv.

Die kommenden Monaten bringen weitere Herausforderungen: Die Mobilisierung gegen die AfD bei den nächsten Wahlen (2018: Hessen, Bayern 2019: Europa, Sachsen, Brandenburg, Thüringen), sowie der in Augsburg vereinbarte AfD-Parteitag zur sozialen Frage in Dresden im Frühjahr 2019. All dies und mehr wird Thema sein bei der Aktivenkonferenz von »Aufstehen gegen Rassismus« in Frankfurt am Main. Bereits am Vorabend der Konferenz organisiert der DGB Hessen-Thüringen ein Podium mit Aktiven des Bündnisses »Keine AfD in den hessischen Landtag« und Beiträgen von Dr. Ulrich Schneider (Paritätischer Wohlfahrtsverband), einer Schüleraktivistin gegen Abschiebungen, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und anderen. Offiziell eröffnet wird die Konferenz dann am Samstag, 1. September, vom renommierten Publizisten und Soziologen Andreas Kemper, der die Entwicklung der AfD analysieren wird. Weiter geht es am Nachmittag mit

Workshops zur Rolle von völkischem Nationalismus, Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus bei der AfD sowie zu ihrem Frauenbild, zur sozialen Frage und Gewerkschaftsfeindlichkeit. Am Abend ist dann Zeit, um das Konzert »Rock gegen Rechts« in Frankfurt zu besuchen.

Am Sonntag, 2. September, wollen wir uns ab 10 Uhr in Workshops mit der Weiterentwicklung des Widerstands gegen die AfD auch angesichts der bevorstehenden Wahlen auseinandersetzen. Bei einem internationalen Abschlusspodium werden Ulrike Schmidt und Weyman Bennet von »Stand Up to Racism« aus Großbritannien, Sandoz Szoke vom Roma-Parlament Ungarn, Hamado Dipama vom Bayerischen Flüchtlingsrat sowie ein Aktivist der Plattform für eine menschliche Asylpolitik aus Österreich sprechen. ◀



Der Tagungsort

Die Aktivenkonferenz findet statt im DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69 in Frankfurt am Main. Weitere Infos zum Programm und Ablauf, zur Anmeldung, zu Übernachtungsmöglichkeiten, Mobilisierungsmaterial etc.: www.aufstehen-gegen-rassismus.de/aktivenkonferenz/



Im Juni 2018 las man von noch einem Skandal um das Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge. Erneut sollen tausende von positiven Asylbescheiden überprüft werden. Ich sitze vor einem negativen Bescheid eines Freundes, der genauso skandalös weil unbegründet ist, wie die zu überprüfenden positiven Bescheide in Bremen. Wenn ich an den negativen Bescheid in meiner Hand denke, befallen mich Zweifel, ob Deutschland noch ein Rechtsstaat ist. Der Asylsuchende ist Jurist aus Afghanistan, wo er politisch engagiert war, sowohl in der nationalen Politik als auch für Menschenrechte. Ich lernte ihn 2015 bei einem Seminar kennen, wo er Deutschland für seine Humanität lobte. Als Jurist versteht mein Bekannter die Notwendigkeit von Beweisen und bewahrte seine Ausweise, Zeugnisse und andere Dokumente sehr sorgfältig auf. Er kann nachweisen, dass er politisch engagiert war, wo er berufstätig war und warum diese Tätigkeiten zu Verfolgungen von mehreren Seiten führten. Nach der Menschenrechtskonvention, die auch Deutschland unterzeichnet hat, sollte er das Recht auf Asyl zuerkannt bekommen.

Trotz seines gut dokumentierten Berichts, wird seine Ablehnung damit begründet, er habe nicht dafür sorgen können, dass »kein vernünftiger Zweifel« an seiner Geschichte besteht. Die Sachbearbeiterin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) glaubte nicht, dass er von den Taliban verfolgt wurde, obwohl er einen entsprechenden Drohbrief vorlegte. Die Auswirkungen dieser Verfolgung auf sein Leben seien »unsubstantiiert dargestellt«. Sie

Willkür auf dem Amt

Ob ein Asylsuchender einen positiven Bescheid erhält, hängt auch von den Launen der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter ab.

EIN TATSACHENBERICHT.

schrieb auch, dass er »einen strukturierten Vortrag gegeben hat«, ohne zu erwartende »Sprünge, Hinweise auf Nebensächlichkeiten« usw. »die für eine Darlegung eines tatsächlich individuell Verfolgten typisch sind«. Deswegen gilt er als unglaubwürdig. Vergaß sie, dass er sich als ausgebildeter Jurist natürlich strukturierter ausdrücken kann als viele andere Menschen? Ich frage mich, ob sie im umgekehrten Fall einen »erwarteten« sprunghaften Vortrag nicht genauso als Begründung benutzt hätte, ihn abzulehnen. Stellenweise wirkt ihr Begründungstext so wenig schlüssig und unbeholfen, dass man ihn lächerlich finden würde, wenn er nicht über das Wohl und Wehe eines realen Menschen entscheiden könnte.

Leider hatten wir den Eindruck, dass die Entscheidung dieser Mitarbeiterin bereits feststand, bevor der Asylsuchende das BAMF betrat.

Mein Bekannter überlebte in seiner Heimat mehrere Bombenanschläge und verlor viele Verwandte und Freunde bei Attentaten. Dennoch wurde unsere Bitte, mit der Anhörung eine Person zu betrauen, die in der Arbeit mit traumatisierten Menschen ausgebildet ist, abgelehnt. Sein Recht auf einen Beistand wurde erst verwehrt. Der Mandant wurde unterbrochen, stellenweise wurde ihm verboten zu sprechen. Mitten in der Anhörung hörte die Sachbearbeiterin auf mitzuschreiben, beugte sich vor und ließ die Haare übers Gesicht fließen. Zum Schluss versuchte die Anhörerin mit Hilfe eines Sicherheitsmanns, ihn unter Druck zu setzen, das unstimmige Protokoll zu unterzeichnen. Die Rechtsanwältin legte eine offizielle Dienst- und Fachaufsichtsbeschwerde ein, die von einem Angestellten beim BAMF ohne Begründung abgelehnt wurde. Für die Rückübersetzung brauchte der Mandant einen zweiten Termin. Die Rechtsanwältin informierte das BAMF darüber, wann sie im Urlaub sein würde. Genau in diese Zeit setzte das Amt den Termin für die Rückübersetzung und weigerte sich, trotz mehrmaliger Bitten, ihn nur um wenige Tage zu verschieben.

Nach derart willkürlichem Vorgehen muss man fragen, ob nicht nur alle Asylbescheide überprüft werden müssen – sondern auch alle Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter. Wie kann es sein, dass in einem Rechtsstaat eine einzelne Person solche Macht über das Schicksal anderer Menschen besitzt? Warum gibt es niemanden, der die Richtigkeit des Vorgehens dieser Mitarbeiterin prüft und ihren Begründungstext gegenliest? Mein Bekannter wird bei der Rückkehr in sein Herkunftsland sofort ermordet. Wer ihn zurückschickt, macht sich daran mitschuldig. ◀

Die Autorin ist der Redaktion bekannt, möchte aber anonym bleiben

Unvollendete Gleichstellung

Eine Große Anfrage der LINKEN in Sachsen-Anhalt zeigt, wie notwendig eine verbindliche Frauenquote ist **VON EVA VON ANGERN**

Gleichstellung – ein noch unvollendetes Projekt!?«: Der Titel der Großen Anfrage meiner Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt war bewusst gewählt. Auch wenn die Antworten in der Tendenz bekannt sind, ist es doch wichtig, die genauen Fakten und Zahlen zu kennen. Die Anfrage liefert diese Daten. Gerade bei einem ressortübergreifenden Querschnittsthema wie der Gleichstellungspolitik ist das wesentlich, um nicht aus dem Bauch heraus zu argumentieren und dem »Männerkartell« in die Parade fahren zu können.

Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit sind linke Kernthesen, weil sie die Frage beantworten, wie wir gemeinsam leben wollen. Und: Gleichstellung von Mann und Frau ist ein Staatsziel, fest verankert im Grundgesetz. Ein Blick in den Landtag von Sachsen-Anhalt genügt, um die Probleme zu sehen: Unter den 87 Abgeordneten sind gerade mal 19 Frauen. Nur ein Fünftel des Parlaments ist weiblich! Vor allem im konservativen Lager und rechts außen sind Frauen unterrepräsentiert. Das macht sich negativ bemerkbar, etwa bei der Debatte, aber noch viel mehr in den Beschlüssen und Gesetzen. Es fehlt an der Durchsetzung des Gebots der »fairen demokratischen Teilhabe« (Art. 21 i.V.m. Art 20 I, II GG). Der staatliche Auftrag

zur Durchsetzung der Gleichberechtigung ist klar verfehlt. Sachsen-Anhalt ist damit im parlamentarischen Vergleich trauriges Schlusslicht.

Da verwundert es nicht, dass die Landesregierung mit ihrem Anspruch, die Hälfte der Führungspositionen mit Frauen zu besetzen, gescheitert ist. Es fehlen schlicht diejenigen Frauen, die an den Schlüsselstellen politischen Druck entfalten könnten.

2016 absolvierten in Sachsen-Anhalt 5.118 Frauen und 4.608 Männer erfolgreich ihr Hochschulstudium. Dennoch werden in jedem Jahr etwa doppelt so viele Männer auf eine ProfessorInnenstelle berufen wie Frauen. Halten wir fest: Die Mehrheit der Absolventinnen und Absolventen ist weiblich. Zudem erreichen Frauen oft auch die besseren Abschlüsse. Dennoch kommen sie nicht in den Führungspositionen an. Gründe dafür gibt es viele: Neben dem Männerkartell, das gerne auch mal von Frauen kopiert werden könnte, stoßen die Absolventinnen oft an die sogenannte »Gläserne Decke«. Teilzeitarbeit wird zum Karrierekiller. Traditierte Rollenmodelle sorgen dafür, dass Frauen beruflich oft weniger präsent sind, weil sie sich um die Kinder kümmern müssen. Hinzu kommt die fehlende Bereitschaft von Frauen, sich ein Karrierenetzwerk aufzubauen.

en. Nach wie vor ist der Anteil der Frauen in Teilzeitbeschäftigungen viermal so hoch wie bei den Männern. Trotz besserer Schul-, Berufs- und Hochschulabschlüsse! Für viele der betroffenen Frauen ist Altersarmut so unausweichlich.

Unsere gleichstellungspolitischen Forderungen sind aktueller denn je und es ist gut und wichtig, dass die vielen außerparlamentarisch engagierten Frauen uns unterstützen. Wir brauchen ein Parité-Gesetz, also eine verbindliche Frauenquote für Parlamente, Ämter und Gremien. Als wesentlicher Schlüssel der politischen Gestaltungsmöglichkeit muss jeder Haushalt geschlechtergerecht ausgestaltet werden. Die Diskussion um die Frage, ob Gleichstellungsbeauftragte in Sachsen-Anhalt auch männlich sein können, beantworten wir mit einem klaren »Nein«. Solange die strukturelle Benachteiligung weiblich ist, müssen Gleichstellungsbeauftragte weiblich sein. Schließlich engagieren wir uns für die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention. Gewalt an Mädchen und Frauen zu bekämpfen, ist eine wesentliche gesellschaftliche Aufgabe. Dies gilt selbstverständlich für alle in Deutschland lebenden Mädchen und Frauen.

In den kommenden Wochen und Monaten werden wir das umfangreiche Datenmaterial in den von uns abgefragten Themenfeldern Arbeitsmarkt, Frauen im Ehrenamt, Gesundheit, Partizipation, Frauen und Mädchen mit Behinderungen sowie Frauen im Strafvollzug für weitere parlamentarische Initiativen aufarbeiten. Die Gleichstellung von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt ist unvollendet. Doch wir machen weiter Druck! ◀

Foto: DIE LINKE



Eva von Angern ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende sowie gleichstellungs- und rechtspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag Sachsen-Anhalt



Foto: DIE LINKE Schleswig-Holstein

Genosse Jensen hat viel vor

Das Parteibuch der LINKEN, dazu ortsansässig in Schleswig-Holstein: Da ist die Wahl zum ehrenamtlichen Bürgermeister ein geradezu historisches Ereignis. Die Rede ist von Hartmut Jensen, seit 2007 Mitglied bei den LINKEN, gelernter Kfz-Mechaniker und Maschinenschlosser und nun Bürgermeister von Schwabstedt, eines kleinen Luftkurorts zwischen Nord- und Ostsee. Mit knapper Mehrheit setzte sich der 57-Jährige gegen den bisherigen Amtsinhaber von der FDP durch. Die dafür notwendigen Stimmen kamen von CDU, SPD und der LINKEN. Ein ungewöhnliches Bündnis, »das wohl auch nur bei uns im Ort funktioniert«, glaubt Jensen.

Das Bündnis mit CDU und SPD funktioniert nach seinen Worten auf Augenhöhe. »Dafür benötigen wir keinen Vertrag, da gilt unser Wort und Handschlag«, führt er weiter aus. Die Bürgermeisterwahl war der zweite linke Coup in der 1.400 Einwohner zählenden Gemeinde am Unterlauf der Treene. Einen Monat zuvor landete DIE LINKE bei den Kommunalwahlen hier aus dem Stand heraus bei 19,2 Prozent! Dabei gab es im Wahlkampf nicht das klassische Aufregerthema, es herrschte vielmehr »Wechselstimmung«, so die Analyse des neuen Bürgermeisters, der jeden Mittwoch bei sich zur Bürgersprechstunde einlädt. Von den 13 Sitzen in der Gemeindevertretung hat die CDU vier Sitze, die SPD ei-

Zu Besuch beim ersten Bürgermeister der LINKEN in Schleswig-Holstein
VON DIETER HANISCH

nen, die FDP und die Wählergemeinschaft WGS haben je drei Sitze, DIE LINKE zwei Sitze.

Die erste Klippe hat Jensen nach sechs Amtswochen auch bereits umschiff: Der örtliche Handels- und Gewerbeverein hatte sich mit der ehemaligen Gemeindevertretung überworfen. Der allseits so beliebte wie mit weit über 10.000 Besuchern bestens frequentierte Bauernmarkt stand daher auf der Kippe. Nun haben sich der Handels- und Gewerbeverein sowie das kommunale Gemeindeparlament wieder verbunden. »Eine Gemeinschaftsleistung«, mehr will Jensen dazu gar nicht sagen. Es ging aber nach seinen Worten um vertrauensvolle Gespräche und nicht um irgendeinen Streitmodus.

Überhaupt setzt Jensen auf Diplomatie statt Hemdsärmeligkeit. Er will ein moderner Bürgermeister sein und keiner »Schlafstadt« vorstehen. Das bedeute Investitionen statt schwarze Null und Stillstand. »Genau das war die Wechselwählerstimmung, von der ich sprach. Ich bin nun der Bürgermeister für alle hier im Ort und will naturgemäß so viele wie nur irgend möglich mitnehmen«, lautet Jensens Anspruch. Der neue Bürgermeister beschäftigt sich in seiner Freizeit am liebsten mit seinem Motorrad oder buddelt im Garten. Auch das Fitnessstudio besucht er regelmäßig. Er ist Gewerkschaftsmitglied bei ver.di und hat sich mit den örtlichen Koalitionären CDU und SPD darauf verständigt, keine Privatisierungen mehr vorzunehmen und alle tarifrechtlich Angestellten langfristig abzusichern.

»Wir sind zwar nicht ganz so bekannt wie das »Holländerstädtchen« genannte Friedrichstadt, aber hier lässt es sich ebenso aushalten«, wirbt der im benachbarten Ramstedt geborene Jensen für seine Region. Und wenn man ihm so zuhört, wie er ins Schwärmen gerät, würde man ihm auch problemlos den Job als Tourismusbeauftragter zutrauen. Seit 1986 lebt er in Schwabstedt und ist die personifizierte Bodenständigkeit. Neben dem Bürgermeisterposten hat er inzwischen auch das gemeindeübergreifende Amt des Schulverbandsvorstehers übernommen.

Jetzt will Jensen mehr. In Schwabstedt soll es demnächst einen Ortsverein der LINKEN geben. »Doch das wird erst nach dem Bauernmarkt etwas«, räumt er ein. Seine To-do-Liste ist lang. Priorität haben derzeit die Vorstellungstermine bei Initiativen und Verbänden vor Ort. »Da kann ich den Seniorentreff doch nicht einfach warten lassen«, sagt der 57-Jährige und es ist deutlich herauszuhören, mit welchem Eifer er bei der Sache ist. Dabei hat er Zeit, denn die Wahlperiode reicht bis 2023. ◀

»Mir blieb keine andere Wahl«

Die »sechsbarmige Petra« musste ihren Job aufgeben, um die eigene Mutter pflegen zu können **VON FABIAN LAMBECK**

Als »sechsbarmige Petra« wurde sie zum Symbol der Pflegekampagne der LINKEN. Was viele nicht wissen: Petra Greulich, so ihr richtiger Name, ist keine Schauspielerin, die die Partei für ein Foto-Shooting engagiert hat, sondern tatsächlich ausgebildete Kinderkrankenschwester. Petra kennt die Zustände in Pflegeeinrichtungen aus eigener Erfahrung. »Für mich war irgendwann klar, da kann ich nicht weitermachen«, sagt die Berlinerin heute. »Schon 1992 haben wir von Pflegenotstand gesprochen«, erinnert sich Petra. Ständig fehlte Personal, was auf einer Kinderstation besonders fatal ist. »Mehr als Fiebermessen und Wickeln war da nicht drin. Keine Zeit, die von ihrer Mutter getrennten Kinder ordentlich zu betreuen«. Die älteren Kollegen hatten sich ein dickes Fell zugelegt, doch Petra konnte irgendwann nicht mehr. Sie wechselte in die Praxis eines Kinderarztes und ging später in die Familienpflege. So kümmerte sie sich um den Haushalt, wenn etwa die Mutter im Krankenhaus lag. Auch hier unhaltbare Zustände, zu wenig Zeit für zu viele Menschen. Schließlich sattelte sie um und machte eine Weiterbildung im Bereich Büromanagement. So landete sie über ein Praktikum bei der LINKEN und betreute bald die Poststelle des Karl-Liebknecht-Hauses. Doch seit ein paar Wochen sucht man sie dort vergebens, denn Petra ist nun wieder Pflegerin – in eigener Sache. »Meine Mutter ist 82 Jahre alt und Alkoholikerin. Sie hat zwar verschiedene Therapien hinter sich, ist jedoch immer wieder rückfällig geworden«, erläutert sie im Gespräch mit DISPUT. In letzter Zeit hat die Mutter körperlich massiv abgebaut, isst nicht mehr richtig und vernachlässigt Körperpflege und Wohnung. »Bislang habe ich mich quasi nebenberuflich um meine Mutter gekümmert, doch ich bin einfach an meine Grenzen gekommen«, so Petra. Zumal Hilfe nicht in Sicht ist. Denn die Gutachter der Krankenkas-

se kamen zu dem Ergebnis, dass die Mutter kein Pflegefall ist. »Sie hat in dem Gespräch mit dem Gutachter alles anders dargestellt und geäußert, dass sie Hilfe braucht«, so Petra. Viele Angehörige kennen das Problem. Ob aus Scham oder verletztem Stolz: Viele wollen sich nicht anmerken lassen, wie hilfebedürftig sie tatsächlich sind.

Petra kümmert sich

Dabei hätte Petras Mutter Hilfe dringend nötig. Vor zwei Jahren stürzte sie schwer und brach sich dabei den Arm. Obwohl die Mutter Gips trug und sich somit nicht einmal selbst versorgen konnte, bewilligte die Krankenkasse keine häusliche Pflege. Immer noch stürzt sie regelmäßig. Da Alkoholismus laut Gesetz kein Grund für einen Pflegegrad ist, muss Petra ihre Mutter weiterhin alleine unterstützen.

Offenbar hat der Gesetzgeber das Problem bislang nicht auf dem Schirm. Dabei sind die Fallzahlen enorm. Die Bundesdrogenbeauftragte warnte jüngst: »9,5 Millionen Menschen in Deutschland konsumieren Alkohol in gesundheitlich riskanter Form«. Etwa 1,3 Mio. Menschen gelten als alkoholabhängig, andere Organisationen schätzen die Zahl auf 1,8 Millionen. In einer alternden Gesellschaft wird Alkoholismus zwangsläufig auch zu einem Massenphänomen unter Menschen im fortgeschrittenen Alter. Das deckt sich mit den Beobachtungen der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS), wonach »Alkoholmissbrauch und -abhängigkeit auch im höheren Alter keine Seltenheit« sind. Bis zu 400.000 ältere Menschen in Deutschland geht es so wie Petras Mutter, schätzt die DHS. Die Sucht im Alter wird aber selten wahrgenommen oder aber vom Umfeld schweigend hingenommen. Gleichzeitig ist die Bereitschaft der Betroffenen, professionelle Hilfe anzunehmen, äußerst

gering. Das Eingeständnis, Alkoholiker zu sein, empfinden viele Ältere als beschämend, resümiert die DHS.

Angehörige wie Petra fühlen sich alleingelassen. »Mir blieb keine andere Wahl als meine Stelle bei der LINKEN vorerst aufzugeben«, empört sich die ehemalige Krankenschwester. Denn häusliche Pflege ist ein Vollzeitjob. Am frühen Morgen beginnt der »Arbeitstag« mit dem Zubereiten des Frühstückes. Dann kümmert sich Petra um Einkäufe und Arztbesuche, wobei sie versucht, die Mutter mitzunehmen. Dann wird geputzt und gekocht. Es ist nicht absehbar, ob und wann Petra zurück ins Büro kann.

Die sechsbarmige
Petra ist das Symbol
der Pflegekampagne
Foto: DIE LINKE

**Zwischen
vier und
fünf
Millionen
Menschen
werden in
Deutschland
von Angehörigen
gepflegt,
schätzt das
Deutsche Zentrum
für Altersfragen**



Lückenhaftes System

Ein Umzug ins Pflegeheim kommt für die Mutter nicht infrage. »Gegen ihren Willen werde ich sie nicht in so eine Einrichtung stecken«, sagt Petra. Ärzte empfahlen ihr, es doch einmal mit betreutem Wohnen zu versuchen. Das garantierte mehr Autonomie. Tatsächlich fand man ein Mehrgenerationenhaus am Stadtrand von Berlin, wo alte Leute, Behinderte und junge Mütter unter einem Dach leben. Petras Mutter zeigte Interesse, doch dann begann sie wieder zu trinken und wollte von den Umzugsplänen nichts mehr wissen. In einer WG wäre aufgefallen, dass sie Alkoholikerin ist. Was Pet-

ra besonders ärgert, ist die Tatsache, dass die MDK-Gutachter nur die Aussagen der alten Menschen berücksichtigen. »Dabei müssten sie doch wissen, dass sich die zu Begutachtenden oft besser darstellen. Sie müssten mehr auf das hören, was die Angehörigen sagen«, fordert Petra und will sich jetzt Rat holen bei einem Pflegestützpunkt. Das sind kostenlose Beratungsstellen zum Thema Pflege, wo Angehörige und Betroffene Hilfe finden.

»Seit ihrer Einführung im Jahr 1995 ist die Zahl der Leistungsempfänger der sozialen Pflegeversicherung von rund 1,1 Millionen auf mittlerweile 3,3 Millionen gestiegen.« Schon jetzt weiß sie, dass sie

sich nicht auf die Pflegeversicherung verlassen kann. »Viele glauben ja, dass diese Versicherung später alle Kosten abdeckt. Doch dem ist nicht so«. Ein Pflegeplatz im Heim bei einem Pflegegrad 1 kostet in Petras Fall rund 2.300 Euro, davon übernimmt die Versicherung nur einen Bruchteil. Den Löwenanteil muss der oder die Betroffene von der eigenen Rente bestreiten. Reicht die nicht, prüft das Sozialamt, ob die Kinder hier herangezogen werden können. »So oder so: Das Pflegesystem in Deutschland hat viele Lücken«, so Petra und macht sich auf den Weg in die Wohnung der Mutter. Denn bald ist Abend-
brozeit. ◀



Der Nachhall der Krise

In Zeiten von rechten Fake News muss DIE LINKE radikal sagen, was ist

VON ALEX DEMIROVIĆ

Die kapitalistische Gesellschaft ist von zahlreichen Krisen durchzogen. In der großen Wirtschaftskrise der Jahre 2007 bis 2009 verdichteten sich für einen Moment die Krisendynamiken. In den folgenden Jahren kam es zu mehreren Wellen großer, weltweiter Proteste. Für das Bürgertum war das Auslöser einer Selbstbewusstseinskrise, es musste feststellen, dass der Rückhalt des Kapitalismus in der Bevölkerung gering war. Der Feuilletonchef der FAZ, Frank Schirrmacher, hielt fest, dass die pragmatische bürgerliche Politik durch eine große Leere gekennzeichnet und falsch sei, während die Analysen der LINKEN richtig gewesen seien. Das Bürgertum hat auf diese Herausforderung seinerseits mit Entschiedenheit und mit einer deutlichen Verschiebung nach rechts reagiert, um seine Demoralisierung und Krise zu überwinden.

Diese rechte Verschiebung (innerhalb des Machtblocks) wird organisiert von autoritär-populistischen Kräften. Es bemühen sich bürgerliche Kräfte mittels eines populistischen Kurzschlusses, eine Allianz mit Teilen des Kleinbürgertums und einem kleineren Teil prekariisierter Subalternen herzustellen. Dieses Bündnis wird geführt von einer modernisierten Rechten. Populistisch werden Kritik am bürgerlichen Lager, Erwartungsunsicherheit und Unzufriedenheit aufgegriffen und Angst und Wut geschürt, die Gefühle von vernünftigen Einsichten abgespalten. Die Kritik an Kapitalismus und Herrschenden wird umgearbeitet in eine Kritik an der »politischen Klasse«. Ihr wird vorgeworfen, dass sie das Volk verrate und sich allein dafür interessiere, ihre Macht für die eigene Selbstbereicherung zu nutzen. Das »Volk« wird zu einem ideologisch-politischen Hebel zur Bildung der Allianz. Die Rechte nimmt in Anspruch, unmittelbar dessen Interessen zu verkörpern. Das Volk gilt als national, kulturell und bio-

logisch einheitliche und konstante Größe. Migranten gelten als die Ursache für alle sozialen (und ökologischen) Probleme. Diese Kräfte verfolgen das nationalistische Ziel, ihre jeweiligen Staaten wieder stark und groß zu machen. In Deutschland will die AfD sich das Land wieder zurückholen, indem sie die politische Klasse von der Macht verdrängen, die Einwanderer ausweisen, die traditionelle Familie und damit die männliche Kontrolle über die Frauen wieder herstellen möchte. Sie kritisiert deswegen »1968« als das symbolische Jahr, in dem eine Art kulturevolutionäre Zeitenwende stattgefunden hat.

Die entscheidende Aufgabe der LINKEN

DIE LINKE hat die Aufgabe, radikal zu sagen, was ist und die Einheit von Denken und Gefühl herzustellen. Sie wird nicht zuletzt deswegen von der Rechten angegriffen. Das bürgerliche Lager ist bemüht, eine Art Gleichgewicht zwischen der Linken und der Rechten herzustellen. Verharmlost wird, dass mittels des autoritären Populismus bürgerliche Kräfte nun auch direkt mit radikalen rechten, faschistischen Gruppierungen verbunden sind. Die Wahrheit wird geleugnet oder verdreht. Täglich lässt sich beobachten, wie in der Politik und den Medien ein einseitiges, halb-wahres, falsches Verständnis von Wirklichkeit hergestellt oder diese geleugnet wird. Dass Deutschland eine Einwanderungsgesellschaft ist, wird von der politischen Propaganda der Konservativen immer wieder verdrängt oder religiös verzerrt, wenn allein über die Frage diskutiert wird, ob der Islam nun zu Deutschland gehört oder nicht. Die Weltwirtschaftskrise wurde als unvorhersehbarer »schwarzer Schwan« dargestellt. Trump hat die wissenschaftliche Beobachtung der klima-

schädlichen Gase einstellen lassen; der systematische Betrug der Automobilindustrie gegenüber Gesetz, Umwelt, Konsumentinnen und Konsumenten bleibt folgenlos; die schädlichen Folgen der großindustriellen Landwirtschaft werden immer wieder zur Seite geschoben. Mit Dreistigkeit werden Flüchtlinge enthumanisiert, humanitäre Hilfe und alltägliche Solidarität wird in die Nähe von organisierter Kriminalität gerückt. Das wirtschaftliche Modell der Hartz-Reformen wird als erfolgreich schöngeredet, die Schattenseiten der vermeintlich geringeren Arbeitslosenzahlen, nämlich Prekarisierung, Verarmung, Überlastung, hohe Gesundheitsrisiken, Wohnungsnot und Altersarmut werden in den Medien zwar angesprochen, doch bleibt dies zusammenhanglos. Allenfalls wird etwas mehr Ausgleich gefordert. Selbst von vielen Linken werden diese Gesichtspunkte vernachlässigt und die kapitalistische Reichtumserzeugung durch Ausbeutung in den Betrieben, also Mehrarbeit, Lohndruck, Leistungsverdichtung, Konkurrenz, Kontrollen, lange Berufswege, gesundheitliche Risiken sowie verschlechterte Sozial- und medizinische Leistungen nicht oder zu wenig angesprochen. An allen diesen Punkten hat DIE LINKE ihre entscheidende Aufgabe, nämlich für vernünftige Maßstäbe einzutreten, auf die Tatsachen und die Zusammenhänge hinzuweisen sowie Räume für Selbstverständigung und Organisation zu ermöglichen.

Auch wenn die Rechte in Anspruch nimmt, jeweils die eigene Nation und das eigene »Volk« zu stärken, so ist sie international stark vernetzt. Die AfD kooperiert in Teilen mit der faschistischen Szene in Deutschland, Österreich oder Italien. Steve Bannon, der sich als bekenntender Rassist äußert, will zur Organisation der europäischen Rechten beitragen. Sie alle wollen – mit Unterstützung von Trump und Putin – die Europäische



Karikatur: Klaus Stüttmann

GEDANKENSTRICH

Union zerstören. Das bestimmen-
de Merkmal der Politik des autori-
tären Populismus ist, dass sie keine
zukunftsweisenden Konzepte hat. Ih-
re Strategie besteht in der Leugnung
der zentralen Probleme: die geringe
Profitabilität des Kapitals und man-
gelnde Innovationen, der Klimawan-
del, die Knappheit der Ressourcen,
die Kriege, die globalen Ungleich-
heiten, die Migration, die Armut, die
Krankheiten. Anstatt grundlegend
im Sinn einer gebotenen großen
Transformation umzusteuern, ver-
sprechen diese Kräfte, es könne alles
so weitergehen. Sie wollen Retro-Po-
litik machen und ernst machen mit
der geistig-moralischen Wende. Die
Rechte will drastische weitere Sen-
kungen der Einkommens-, Vermö-
gens-, Unternehmenssteuern, die De-
regulierung der Finanzmärkte, eine
neue Welle der Hochrüstung, radika-
le Einschnitte in den Sozialsystemen,
einschließlich der Privatisierung von
Gesundheits- und Altersvorsorge, die
weitere Nutzung fossiler Energie. Der
Freihandel wird teilweise mit neuen,
multilateralen Verträgen ausgebaut,
teilweise werden bestehende Verträge
durch Androhung von Protektionis-
mus unter Druck gesetzt, um die Vor-
machtstellung der USA zu stärken. Es

geht um Akkumulation durch Betrug
und Unsicherheit.

Einstehen für das Wahr-Sagen

Deswegen werden die Medien und
die Gerichte angegriffen; deswegen
auch die EU, weil hier – auch wenn
sie aus linker Sicht oft genug proble-
matisch sind – allgemeine Regeln ver-
folgt werden. Die Europäische Union
wird in der Form der neoliberalen Ver-
fassung nicht aufrechtzuerhalten sein.
Sie selbst hat den Betrug, die Korrup-
tion, die Umweltzerstörung, die Dere-
gulierung der Finanzmärkte und aus-
teritätspolitisch vorangetriebene For-
men der Ausbeutung gefördert. Den-
noch ist eine neu konstituierte EU in
einer geopolitischen Lage unerläss-
lich, in der die Demokratie und die
Rechte der Lohnabhängigen weltweit
von vielen Seiten bedroht werden. Es
lohnt die Anstrengung, ein demokrati-
sches Europa zu bewahren und herzu-
stellen, weil es sich als besonders er-
folgreich in der Bewältigung der Pro-
bleme erweisen könnte.

DIE LINKE ist in dieser Kräftekon-
stellation ein Pol, als solcher gibt sie
eine Orientierung. Sie sollte einste-

hen für das Wahr-Sagen, für die Ver-
nunft, für die Erkenntnis der Zusam-
menhänge, dafür, dass Solidarität er-
forderlich ist. DIE LINKE hat die Auf-
gabe, nüchtern für eine Lösung der
Probleme und eine große Transforma-
tion einzutreten. Es geht also nicht um
eine technische Lösungen, nicht allein
um Detail- und partikuläre Lösungen,
sondern darum, Verhältnisse herzu-
stellen, unter denen sich diese konkre-
ten Probleme nicht mehr stellen. Aus
der Dynamik der vielseitigen transfor-
matorischen Prozesse heraus gelingt
dies nur, wenn sie auch die ökonomi-
schen Antriebskräfte, die profitgetrie-
bene Akkumulation und das Lohnar-
beitsverhältnisse erfassen und verän-
dern. In der Geschichte der europäi-
schen Aufklärung gibt es dafür einen
Namen: Sozialismus. Dabei handelt es
sich nicht um einen Wert, der zusätz-
lich zur Lösung von Problemen noch
hinzukommt. Es handelt sich viel-
mehr um die Bezeichnung jener Ten-
denz, jener Strömung, die für all jene
Veränderungen der Verhältnisse im
Sinne einer freien Organisation des
Zusammenlebens steht. ◀

Dieser Beitrag ist ein Auszug aus
einem Referat, dass Alex Demirović auf
der Klausur des Parteivorstandes hielt.

Grundrechte außer Kraft

Interview mit dem Regisseur MARCO HEINIG über seinen Dokumentarfilm zum G20-Gipfel und das rigorose Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden

Foto: Hamburger Gitter

Der Film »Hamburger Gitter« beschäftigt sich mit den Ausschreitungen am Rande des G20-Gipfels, der im Juli 2017 in Hamburg stattfand. Ist euer Film eine Krawall-Doku?

Nein, wir haben uns nicht in erster Linie mit den Ausschreitungen beschäftigt. Wir haben vielmehr geschaut, wie sich die Innenpolitik in Bezug auf Großproteste verändert hat. Welche verschärften Gesetze und welche Polizeitaktiken angewendet wurden gegen jene, die in Hamburg auf der Straße waren. Uns hat interessiert, ob sich da grundsätzlich etwas verändert hat, ob sich die Polizei mehr rausnimmt. Das ist der Schwerpunkt unserer Interviews.

Und zu welchem Ergebnis kommen eure Interviewpartnerinnen und Interviewpartner?

Es ist ja in den vergangenen Jahren fast schon »normal« geworden, dass Grundrechte während solcher Großevents außer Kraft gesetzt werden. In Hamburg kam alles zusammen: Verschärfte Polizeigesetze und Strafprozessordnungen, erweiterte Befugnisse in Bezug auf elektronische Überwachung, aber auch besonders harte Strafen und extrem lange U-Haftzeiten. Die Behörden haben nicht locker gelassen bei der Verfolgung von Aktivisten. So erfolgte das Verbot des linken Onlineportals »Indymedia« als Reaktion auf die Krawalle. Oder die Einrichtung eines Internet-Prangers, wo man insgesamt 200 Leute mit Fotos abgebildet hat und zur Jagd auf sie aufgerufen hat, obwohl noch keine Straftaten nachgewiesen worden waren. So eine Öffentlichkeitsfahndung wird normalerweise als Mittel

nur bei allerschwersten Verbrechen eingesetzt. Diese Fahndung war auch der Auslöser für uns, den Film zu machen.

Ist das Vorgehen der Behörden eine Blaupause für kommende Proteste?

Das ist zu befürchten. Niemals zuvor wurden Antiterror-Einheiten gegen Demonstranten eingesetzt. Solche Tabubrüche können schnell Standard werden, wenn es keine Proteste dagegen gibt. Auch das Ausschöpfen von dem, was Polizeigesetze ermöglichen. So wurden Busse mit »Demonstrantinnen und Demonstranten in die Gefangenensammelstelle gefahren, bevor sie die Proteste überhaupt erreicht hatten. Das ist durch die Rechtsverschärfungen der letzten Jahre ermöglicht worden. In Hamburg hat das eine neue Qualität erreicht, weil so viel ausprobiert wurde.

Was war denn neu in Hamburg?

Der Einsatz von Gesichtserkennungssoftware, das Tracken vermeintlicher Rädelsführer – bis hin zu den umfangreichen Hausdurchsuchungen bei vermeintlichen Flaschenwerfern. Wo man sich als Beobachter fragt, was soll bei diesen Durchsuchungen gefunden werden? Wenn jemand einen Gegenstand geworfen haben soll, wird man den in dessen Wohnung ja wohl kaum finden.

In welchem Zusammenhang steht das harte Vorgehen der Polizei mit den Verschärfungen der Polizeigesetze, die in vielen Bundesländern gerade laufen. Und etwa in Bayern zu Massenprotesten führten? Werden diese »Tests« wie in Ham-

burg auch durchgeführt, um zu schauen, was man davon in die Gesetzestexte übernehmen kann?

Das kann man nur mutmaßen. Es sind ja hier zwei Bereiche betroffen: Die Polizeigesetze und die Strafprozessordnung. Es geht darum, die Unschuldsvermutung auszuhebeln. Also immer mehr Mittel einzusetzen gegen Bürger, denen man aufgrund ihres Aussehens unterstellt, dass sie Straftaten begehen könnten.

Ihr habt auch Polizisten vor die Kamera bekommen. Wie sehen die ihr eigenes Agieren?

Ähnlich wie die Bevölkerung, ist auch die Polizei gespalten in zwei Lager. Die einen begrüßen das härtere Vorgehen, andere Polizisten sehen das mit Sorge. Wir haben vor allem mit denen gesprochen, die das kritisch sehen, weil sie bereit waren, vor die Kamera zu treten.

Mit Heribert Prantl von der »Süddeutschen Zeitung« habt ihr einen der wohl profiliertesten Journalisten Deutschlands als Interviewpartner gewinnen können. Wie bewertet er als studierter Jurist das Vorgehen der Behörden?

Er wendet sich vor allem gegen die Öffentlichkeitsfahndung und kritisiert das als Pranger. Zudem stört er sich an der Hilfssheriffrolle der Medien und dem ungeprüften Übernehmen von Polizeimeldungen. Prantl sieht die Aufgabe der Medien nicht darin, die Polizei bei der Fahndung zu unterstützen.

Interessierte Gruppen können den Film »Hamburger Gitter« über die Webseite www.hamburger-gitter.org bestellen.

Der Sozialismus hat Zukunft

In seinem neuen Buch analysiert Klaus Steinitz Vergangenheit und Gegenwart, um zukünftige Alternativen aufzuzeigen **VON DR. BERND IHME**

Viefältige Krisenprozesse werden gegenwärtig von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen. Dies schlägt sich in Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten nieder. Viele Menschen sind der Meinung, dass der Kapitalismus die Probleme und Konflikte nicht lösen kann, aber zugleich sehen sie keinen Ausweg, keine Alternative. Könnte die Ausarbeitung einer realistischen Alternative für einen zukunfts-fähigen Sozialismus dazu beitragen, die vorhandene Lücke schließen?

Klaus Steinitz stellt sich in seinem Buch »Zukunftsfähiger Sozialismus im 21. Jahrhundert« dieser Problematik. Er begründet Herausforderungen an eine sozial-ökologisch nachhaltige gesellschaftliche Produktionsweise, die eine Alternative zum Kapitalismus darstellen könnte. Seine Vorstellungen von einem solchen zukunfts-fähigen Sozialismus leitet er nicht aus abstrakten Modellen bzw. ewig geltenden Wahrheiten ab. Er geht vielmehr davon aus, dass es sich beim Kapitalismus um ein dynamisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem handelt, das nicht schlechthin von heute auf morgen an seinen inneren Widersprüchen zugrunde geht. Der Weg zu einer menschlicheren, demokratischen, sozialen und solidarischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wird sich nur als eine langwierige Entwicklung über eine Vielzahl von kleineren und größeren Schritten eines transformatorischen Prozesses vollziehen. Im Buch werden Vorstellungen und Konzepte entwickelt, die nicht der Weisheit letzter Schluss sein wollen, sondern die, entsprechend gesellschaftlicher Veränderungen und neuer Erkenntnisse, ständig überprüft und weiterentwickelt werden müssen.

Die vom Autor vorgenommene Charakterisierung eines zukunfts-fähigen Sozialismus bezieht auch eine differenzierte Charakterisierung des untergegangenen Staatssozialismus ein. Gleich nach der Wende schien niemand mehr etwas vom Sozialis-

mus hören zu wollen. Und auch heute bemühen sich Politiker und Medien tagtäglich darum, Sozialismus vor allem auf Diktatur, Spitzelsystem, zentrale Planung, Bürokratie, Misswirtschaft und Umweltzerstörung zu reduzieren. Einer solchen undialektischen und bornierten Sichtweise stellt der Autor seine Auffassung entgegen, dass es bei allen Mängeln und Unzulänglichkeiten auch Erfahrungen und Einsichten aus dem gescheiterten Staatssozialismus gibt, die in Konzepten eines modernen Sozialismusverständnisses Berücksichtigung finden sollten. Klaus Steinitz benennt Ergebnisse und oft auch widersprüchliche Erfahrungen auf einer Vielzahl von Gebieten, von der Herstellung sozialer Sicherheit, Gleichheit und Gerechtigkeit eines effektiven Bildungs- und Ausbildungssystems, über komplexe Planungsprozesse und eine effektive genossenschaftliche Landwirtschaft bis zu Fortschritten in der Verwirklichung der Gleichberechtigung der Geschlechter. Natürlich lässt sich einst

Bewährtes nicht einfach auf die heutige Zeit übertragen, sondern muss den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung tragen.

Ein neues System

Zur Charakterisierung der Herausforderungen an einen zukunfts-fähigen Sozialismus des 21. Jahrhunderts widmet sich Klaus Steinitz Fragen der Entwicklung der Produktivkräfte, der Vergesellschaftung von Eigentumsverhältnissen, der Herausbildung einer nachhaltigen gesellschaftlichen Produktions- und Betriebsweise, notwendiger Demokratisierung, eines qualitativ neuen Systems der Regulierung der Wirtschaft bis hin zu gleichberechtigten und solidarischen internationalen Beziehungen. Dabei werden die Anforderungen charakterisiert, die sich aus neuen Zusammenhängen und Entwicklungsprozessen ergeben sowie auftretende Probleme und Widersprüche gezeigt und Ansätze zu deren Lösung entwickelt. Alles in allem bemerkenswerte und inspirierende Ausführungen.

Forderungen nach Umverteilung des Reichtums und Beschränkung der Macht des Kapitals treffen heutzutage den Nerv vieler Menschen. Insbesondere bei einem Teil der Jugend scheint Sozialismus wieder »in« zu sein. Die vorliegende Schrift vermittelt wertvolle Anregungen und Argumente, um sich intensiver mit Vorstellungen über einen modernen, zukunfts-fähigen Sozialismus zu beschäftigen und für seine Realisierung zu streiten. Viele Forderungen nach gesellschaftlichen Veränderungen führen erst in Verbindung mit der Gesamtsicht einer sozialistischen Alternative und Vorstellungen ihrer schrittweisen und langfristigen Verwirklichung zu einem offensiven politischen Handeln. Klaus Steinitz vermittelt für die inhaltliche Ausarbeitung einer solchen sozialistischen Alternative wertvolle Anregungen. ◀



Lesen

Klaus Steinitz
**Zukunftsfähiger Sozialismus
im 21. Jahrhundert,**
Herausforderungen an eine
sozial-ökologisch nachhaltige
gesellschaftliche Produktions-
weise,
VSA Hamburg, 95 Seiten,
9,80 Euro



Foto: DIE LINKE

■ ■ **Bayern:** Ende Juli haben die Initiatoren von »Stoppt den Pflegenotstand« in München ihr geplantes Volksbegehren vorgestellt. Ziel ist es, eine Mindestpersonalbemessung in den bayerischen Krankenhäusern einzuführen. Gebraucht werden mindestens 25.000 Unterschriften, damit sich das Innenministerium mit dem Volksbegehren auseinandersetzen muss. Harald Weinberg, einer der fünf Initiatoren und gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, erklärte: »Gesundheitseinrichtungen dürfen nicht den Profiten dienen, sondern müssen eine zuverlässige medizinische Versorgung garantieren. Zum Wohle der Patienten und der Beschäftigten brauchen wir endlich mehr Pflegerinnen und Pfleger.« Besonders erfreut zeigte er sich über die breite gesellschaftliche Unterstützung bereits zu Beginn des Volksbegehrens: »Schon jetzt haben wir etliche Organisationen

und Privatpersonen, die das Volksbegehren unterstützen. Ganz besonders freue ich mich darüber, dass DIE LINKE Bayern von Anfang an hinter mir und meinem Wunsch nach diesem Volksbegehren stand. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir alleine bis zur Landtagswahl 50.000 Unterschriften sammeln werden. Wir wollen damit die CSU zum Handeln zwingen und mehr Personal in der Pflege durchsetzen.«

■ ■ **Thüringen:** Mit einer Reihe von öffentlichen Veranstaltungen hat DIE LINKE in Thüringen in diesem Jahr einen Diskussionsprozess »Pro und Contra bedingungsloses Grundeinkommen« angeschoben. Ina Leukefeld, Sprecherin der Thüringer Linksfraktion für Arbeitspolitik, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass für das Jahr 2018 ein Grundeinkommen in Deutschland, das sich an der Armutsrisikogrenze orientiert, bei circa 1.170 Euro netto liegen

müsste: »Nur diese Höhe des Grundeinkommens deckt die über einen Warenkorb ermittelte Höhe des Existenz- und Teilhabeminimums ab und wäre somit armutsfest. Da gibt es keinen Verhandlungsspielraum, denn sonst bestünde die reale Gefahr, dass sich Unternehmen und Staat der sozialen Verantwortung entziehen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ohne Mindestlohn, ohne tarifliche Bindung, ohne Bürgerversicherung, ohne Ausbau der Infrastruktur, ohne gute Bildung und Kultur ist nicht erstrebenswert. So viel hat die bisherige Debatte schon gezeigt.«

■ ■ **Brandenburg:** Zur aktuell im Raum stehenden Debatte über die Novelle des Brandenburgischen Polizeigesetzes, zu der sich die rot-rote Landesregierung nach der Sommerpause verständigen will, stellte Anja Mayer, Landesvorsitzende der LINKEN in Brandenburg, fest: »Für DIE LINKE gilt bereits zu Beginn der Debatte: Für uns ist es undenkbar, dass die Ausweitung polizeilicher Befugnisse dazu führt, dass anlasslos die Überwachung der »informationstechnischen Systeme«, wie WhatsApp bis hin zum privaten Kalender der Brandenburgerinnen und Brandenburger, angeordnet werden kann. Gleiches gilt für die Anordnung von ohnehin unwirksamen Fußfesseln oder einer landesweiten Schleierfahndung, deren Nutzen in der wis-

senschaftlichen Debatte höchst umstritten ist. Ganz und gar nicht für möglich halte ich Sprengstoffeinsätze gegen Menschen durch die Polizei. DIE LINKE will ein Polizeigesetz, das nicht auf Kosten der Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger geht, sondern eine Stärkung dieser Freiheitsrechte.«

■ ■ **Hamburg:** In Hamburg werden mehr Kinder geboren – aber es gibt weniger Hebammen. Nicht einmal mehr jede zweite Mutter wird nach der Geburt zu Hause betreut. »Nur ein Drittel der Frauen, die ALG II beziehen, wird von Hebammen begleitet, bei berufstätigen Frauen sind es doppelt so viel: Eine gute Versorgung von Schwangeren und Säuglingen ist leider auch eine soziale Frage«, erklärte dazu der gesundheitspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft, Deniz Celik. »Immer mehr Hebammen geben ihren Beruf auf, weil die Kosten für die Haftpflichtversicherung zu hoch und die Löhne zu gering sind. Das ist seit Jahren bekannt, trotzdem kümmert sich insbesondere die Bundespolitik zu wenig darum.« Erst vor kurzem hat ein Gutachten verdeutlicht, dass Geburtsfehler unter anderem durch zu wenig Personal in der Geburtshilfe – Ärztinnen und Ärzte wie Hebammen – verursacht werden. Celik fordert daher die Hamburger Gesundheits-

Asyl- tourismus

senatorin auf, endlich ihren Einfluss geltend zu machen, damit der Hebammenberuf wieder attraktiver wird: »Die Vorschläge unter anderem unserer Fraktion, der Hebammenverbände und von ver.di dazu liegen auf dem Tisch: Helfen würden zum Beispiel Hebammenzentren, eine angemessene Bezahlung und eine staatlich gesicherte Absicherung der zu hohen Versicherungsbeträge für Hebammen sowie eine gesetzliche Mindestpersonalbemessung in Krankenhäusern.«

■ ■ **Nordrhein-Westfalen:** DIE LINKE in Nordrhein-Westfalen fordert einen radikalen Kurswechsel in der Drogenpolitik: »Anstatt weiterhin auf Repression zu setzen, ist es endlich an der Zeit, Hilfsangebote für Konsumenten und Konsumenten sogenannter harter Drogen auszubauen«, erklärte Landesgeschäftsführer Sascha H. Wagner. »Seit 2000 gibt es eine gesetzliche Grundlage im Betäubungsmittelgesetz für den Betrieb von Drogenkonsumräumen. Trotzdem bleibt eben diese Möglichkeit in vielen Städten ungenutzt. Das Kernproblem der aktuellen Drogenpolitik besteht darin, dass sich diese nicht an Forschungsergebnissen orientiert, sondern an parteipolitischen und ideologischen Glaubenssätzen. Es muss jedoch darum gehen, den »Krieg gegen die Drogen« endlich zu beenden, flächendeckend Drogen-Kon-

Kennen sie schon das Reisebüro »Bavaria« in Kabul? In der afghanischen Hauptstadt muss es so einen Reiseveranstalter geben, der urlaubsreife Bürger als Asyltouristen nach Bayern schickt. Sonst hätte der frischgebackene bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) ja wohl kaum so medienwirksam gefordert, diesen »Asyltourismus« zu beenden. Schlechter Scherz beiseite: Natürlich gibt es Asyltourismus nicht. Was Söder meint, ist die sogenannte Sekundärmigration von Geflüchteten, die bereits in Italien oder Griechenland gemeldet sind und dann weiterreisen nach Deutschland. Diese Menschen kommen aber nicht nach Deutschland, um das Hofbräuhaus oder Schloss Neuschwanstein zu besuchen, sondern sie wollen hier einen Antrag auf Asyl stellen, weil die Bedingungen in Italien oder Griechenland oft menschenunwürdig sind. Diese Verzweifelten will Söder an der Grenze aufhalten und zurückschicken. Sein Gerede vom Asyltourismus markierte dabei den traurigen Tiefpunkt des Streits um die Zurückweisung von Flüchtlingen, der beinahe die Schwesterparteien CDU und CSU zerrissen hätte. Als die Empörung ob seiner Wortwahl selbst die eigene Wählerschaft erfasste, machte Söder einen Rückzieher und gelobte: »Ich werde das Wort Asyltourismus nicht wieder verwenden«. Doch das Mem vom Asyltouristen, das Assoziationen weckt, von Afghanen, die Cocktails schlürfend in der sozialen Hängematte liegen und dem deutschen Steuerzahler zur Last fallen, ist damit nicht aus der Welt geschafft. Es hat sich in den Köpfen vieler festgesetzt und bestärkt diejenigen in ihrer Überzeugung, die meinen, Asylbewerber würden hauptsächlich kommen, um Sozialleistungen zu beziehen und es sich hier gutgehen zu lassen.

Fabian Lambeck

sumräume einzuführen und die Prüfung von Drogen auf ihre Reinheit, das sogenannte »drug checking«, zuzulassen.«

■ ■ **Berlin:** Martin Schirdewan, Abgeordneter im Europäischen Parlament für DIE LINKE, traf sich auf der griechischen Insel Lesbos für zwei Tage mit Nichtregierungsorganisationen, die sowohl in der Seenotrettung als auch in der Flüchtlingshilfe aktiv sind und besuchte die Flüchtlingslager auf der Insel. Im Gespräch mit der in Berlin erscheinenden überregionalen Tageszeitung »neues deutschland« bezeichnet er die Situation der Geflüchteten auf Lesbos als »äußerst dramatisch«. Schirdewan berichtet zudem, dass trotz des EU-Türkei-Deals monatlich 300 Flüchtlinge auf Lesbos ankämen. In diesem Jahr seien in der Region offiziellen Zahlen zufolge bereits 89 Menschen ertrunken. »Das macht die Arbeit der Seenotretter und -retterinnen noch immer dringend notwendig«, so der EU-Abgeordnete. Die Kriminalisierung der Seenotrettung und der Flüchtlingshilfe stelle gerade vor diesem Hintergrund »einen unglaublichen Skandal« dar. Es gehe um Menschenleben und um grundlegende Menschenrechte – »und diejenigen, die sich darum bemühen und darum kämpfen, dass diese Menschenrechte garantiert werden, werden dafür noch bestraft«.

DISPUT stellt sich allmonatlich den Sprechblasenfragen unserer Zeit. Dafür die kleine Sprachglosse.

Linken Journalismus stärken!

Das nd braucht neue Leserinnen und Leser

Die Zeitungsbranche ist in der Krise: Immer weniger Menschen greifen noch zu den raschelnden, bedruckten Blättern, um sich über das Weltgeschehen zu informieren. Der Strukturwandel in den Medien kostet Arbeitsplätze und setzt die Demokratie unter Druck: Wenn immer weniger Konzerne sich die verbleibenden Zeitungstitel untereinander aufteilen, bleibt die Meinungsvielfalt auf der Strecke. In Deutschland teilen sich die zehn größten Verlagshäuser mehr als 60 Prozent der Gesamtauflage! So schloss die Berliner Redaktion des Dumont Verlages vor wenigen Tagen endgültig ihre Türen. Der Verlag geht eine so genannte strategische Partnerschaft mit der Verlagsgruppe Madsack ein. Das heißt: Berliner Zeitung, Frankfurter Rundschau, Hamburger Morgenpost, Kölner Stadt-Anzeiger, Leipziger Volkszeitung und die Ostsee-Zeitung veröffentlichen allesamt identische Artikel zur Bundespolitik, da sie von denselben Redakteuren beliefert werden.

Auch die linke Tageszeitung »neues deutschland« hat mit sinkenden Auflagen kämpfen. Im Mai riefen die Parteivorsitzenden, der neue Bundesgeschäftsführer und der Bundesschatzmeister zu Solidarität mit dem »nd« auf. Im Juni machte sich

Der Reporter hat keine Tendenz, hat nichts zu rechtfertigen und hat keinen Standpunkt. Er hat unbefangene Zeuge zu sein und unbefangene Zeugenschaft zu liefern.

Egon Erwin Kisch

der Parteivorstand einen Antrag zu eigen, der die bereits ergriffenen Maßnahmen zur Unterstützung der Zeitung nochmals benannte. Neben einer Sicherung der Finanzierung für die kommenden Jahre will die Parteiführung auch gemeinsam mit der Redaktion Konzepte entwickeln,

um den unabhängigen, linken Journalismus des nd zukunftssicher zu machen.

Das »nd« ist Teil der Geschichte der Partei DIE LINKE, aber auch längst darüber hinaus – unabhängig, parteilich, kritisch und angriffslustig. Das nd ist eine wichtige sozialistische Stimme in der zunehmend neoliberalen Einheitsmeinung der großen Medienkonzerne. Ob Wirtschaft, Soziales, Außenpolitik, die Krise der herrschenden Klasse, Antifaschismus, Kulturpolitik, Frauenrechte, Europa, Donald Trump, Fußball, Solidarität mit Geflüchteten, Russland, Ostdeutschland, Klimagerechtigkeit, Ökologie, linke Theorie, Geschichte und Praxis der Politik der LINKEN – das »nd« ist immer mehr ein Ort einer streitbaren linken Debatte geworden, die mehr Leserinnen und Leser verdient. Deswegen möchten wir allen Kreisverbänden und allen Genossinnen und Genossen ein »nd«-Abo ans linke Herz legen – gern auch online. ◀

Anzeige

Näher dran an linken Lösungen

Was Karl Marx und andere linke Vordenker*innen hier und heute an Relevanz haben, loten wir täglich mit kritischer Sympathie neu aus. Lesen Sie mit!



**Das »nd«-
Mini-Abo
2 Monate für
49 Euro**

**Am besten
gleich heute
bestellen:**

(030) 29 78 18 00
www.dasND.de/disput

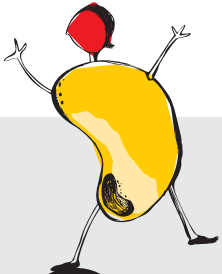
**inklusive
»nd«-App**

**plus
Buchprämie**



neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd



Sommerzeit ist Urlaubszeit. Die Freude kann getrübt sein von Hitze oder Regen, von Baustellen und Staus, auch von Schlangen im Zoo. Die Kinder lieben Elefanten und Brüllaffen. Die Jumbos wegen der Stärke, die Brüller wegen des Impo-
niergehabes ...

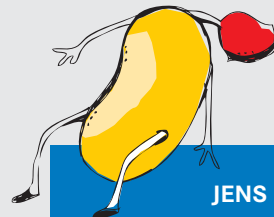
Unter den Mächtigen dieser Erde geht es ähnlich zu. Man vergleiche das Treffen von Trump und Putin in Helsinki und das Echo. Dort wurde vor 43 Jahren die Schlussakte der KSZE signiert. Damals bestand die Welt aus zwei Machtblöcken. Die litten noch unter dem Muskelkrampf des Kalten Krieges. Doch dann unterzeichneten 33 europäische Staaten, plus USA und Kanada, die Prinzipien der Koexistenz und Zusammenarbeit. Das erwies sich als Beruhigungstee – aber mit K.o.-Tropfen. In Bonn hieß es: »Unverletzlichkeit der Grenzen« bedeute ja nicht »Unveränderlichkeit«. »Wandel durch Handel« wirke wie »Opium«, wo Mangel herrscht. »Kooperation« erleichtert auch »Infiltration« ... Zehn Jahre später war der Ostblock »aufgeweicht« und »sturmreif«. Die NATO hatte eine neue Runde des Wettrüstens ausgelöst, um den Osten »totzurüsten«. Unter Ausnutzung von Schwächen der östlichen Innenpolitik und Intrigen der westlichen Außenpolitik wurde Osteuropa allmählich zerstückelt

und als verhasste Alternative an die Wand gedrückt.

Seither steht der Frieden auf einem Bein und deutsche Mütter wieder vor Soldatengräbern.

Aber Russland wurde kein Zwerg. China wurde ein Riese. Die USA setzten Donald Trump als Freistilringer ins Weiße Haus. Und der versucht nun die multipolare Welt durch sein »Catch-as-catch-can!« neu zu ordnen. Er hat jedoch in seinem ersten Lehrjahr als Politiker lernen müssen: Russland und die USA verfügen über 90 Prozent aller Kernwaffen. Sie tummeln sich im Weltraum. Sie haben Zugang zu 70 Prozent der globalen Rohstoffe. Da kann keiner den Anderen erwürgen, ohne die Erde zur Wüste zu machen! Doch kaum einer ahnte, dass Trump mit vollen Hosen nach Helsinki kam. Seine Strafzölle und Liefersperren wurden zum Bumerang für seine Farmer und Metallarbeiter. Er hat die Ermittlungsbehörden am Hintern, weil sein Geheimdienst mit »Beweisen zur Wahlhilfe aus Moskau« prahlt. Da wackelte sein Thron. Einige Damen vom »Escort-Service« spielten wohl auch mit. Drum sprach er mit Putin zwei Stunden unter vier Augen. Vor der Presse in Helsinki bestritt Putin jegliche Einmischung in den Wahlkampf der USA. Trump schien ihm zu vertrauen. Doch die Brüllaffen in seinem Blätterwald riefen: »Das ist Landesverrat! Der Präsident vertraut seinem Geheimdienst nicht!« Worauf Trump beteuerte: Nein, nein, er habe sich nur bei der Wortwahl verhaspelt.

Preisfrage: Wer lügt nun wirklich? Klar kann es in Moskau IT-Studenten geben, die »Hacker-News« verkaufen. Und alle Geheimdienste der Welt graben auch in »Grauzonen«, wo jeder jedem alles vorhalten kann. Gerade der CIA hat einige profitable Schlachten ausgelöst, deren Zünder eine dürftige Legende war. Man muss also prüfen, welche Klüngel des Großkapitals den stärksten Einfluss gewinnen! Indessen schickte Europa den EU-Primus Junker zu Trump. Der sollte den Handelskrieg schlichten. Ergebnis: Wenn Europa mehr Sojabohnen futtert, darf es weiter teure Autos in den USA verkaufen. Details klärt man später. Im deutschen Kanzleramt ahnt man, dass Europa zur »Knautschzone« der Großmächte werden kann. London und Berlin haben schon heftige Nackenschläge von Herrn Trump verkraften müssen. Umso mehr wird der Handelspakt mit Japan gefeiert. Da bündelt sich ein Drittel des Welthandels. Mit Russland und China wären es aber zwei Drittel! Das hat Berlin jedoch versauert mit der zweifelhaften Bündnistreue zur NATO-Osterweiterung, samt Blutspende zum sinnlosen Embargo. Gott schütze unser Vaterland vor Elefanten, Brüllaffen und kurzsichtigen Ministern!



JENS JANSEN

**Elefanten
und
Brüllaffen**

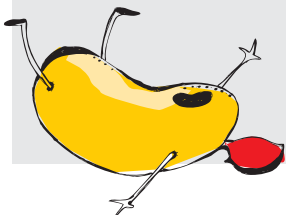


Illustration: Ale Sund

Panzerkreuzer A

Vor neunzig Jahren führte die SPD Wahlkampf gegen den Panzerkreuzerbau, um ihn dann als Regierungspartei zu forcieren **VON RONALD FRIEDMANN**

Gerade einmal zehn Jahre nach dem Ende des bis dahin blutigsten Krieges der Weltgeschichte wollten die Herrschenden und die Regierenden in Deutschland mit dem Bau von Panzerkreuzern die verlorengegangene militärische Stärke zumindest auf einem Teilgebiet der Rüstung wiedererlangen. Zwar waren sich die Fachleute einig, dass das Konzept des Panzerkreuzers von der Zeit überholt war und dass der Kampfwert eines solchen Kriegsschiffes eher als gering einzuschätzen war. Doch da der Versailler Vertrag vom Frühsommer 1919 Deutschland rigorose Beschränkungen in der Rüstung auferlegte und Panzerkreuzer die größte noch erlaubte Klasse von Kriegsschiffen waren, wurde der Bau eines deutschen Panzerkreuzers zum Prestigeobjekt, das von der Reichsregierung und der bürgerlichen Reichstagsmehrheit nach Kräften unterstützt und gefördert wurde, obwohl in der Öffentlichkeit immer wieder Zweifel auftauchten, ob sich das krisengeschüttelte Deutschland solche Rüstungsausgaben überhaupt leisten konnte.

Im Reichstagswahlkampf 1928 trat die oppositionelle SPD daher mit der populären Losung »Kinderspeisung statt Panzerkreuzer« auf und verurteilte wiederholt und nachdrücklich die Entscheidung der bürgerlichen Reichstagsmehrheit Zuschüsse für das tägliche Mittagessen in der Schule zu streichen, den Bau des kostspieligen und militärisch sinnlosen Panzerkreuzers hingegen zu finanzieren.

Die Reichstagswahlen wurden zu einem großen Erfolg für die SPD, die mit knapp 30 Prozent der Stimmen er-

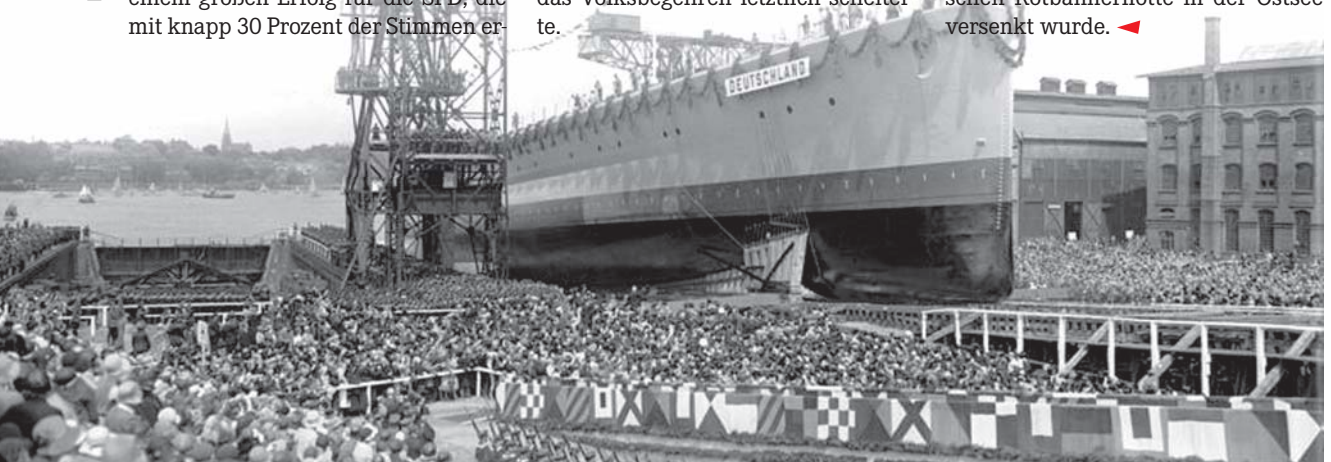
neut stärkste Partei wurde und nach mehrwöchigen Verhandlungen eine Regierung der Großen Koalition unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Müller bilden konnte, der neben der SPD auch die Deutsche Demokratische Partei, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und Deutsche Volkspartei angehörten. Um die Bildung der Koalitionsregierung nicht zu gefährden, war die Frage des Panzerkreuzerbaus aus den Verhandlungen herausgehalten worden. Doch bereits im August 1928 stand das Thema auf der Tagesordnung der Regierung: Reichswehrminister Groener, ein enger Vertrauter von Reichspräsident von Hindenburg und erklärter Interessenvertreter des Militärs in der Reichsregierung, hatte offiziell die Bewilligung der ersten Rate für den Bau des Panzerkreuzers beantragt. Um eine Regierungskrise bereits in den ersten Wochen seiner Amtszeit zu verhindern, setzte Müller die Zustimmung des gesamten Kabinetts, einschließlich der drei sozialdemokratischen Minister, durch.

Die KPD, die im Reichstagswahlkampf ebenfalls gegen den Panzerkreuzerbau aufgetreten war, versuchte umgehend, die Gunst der Stunde zu nutzen und wie 1926, als ein Volksbegehren gegen die Fürstentschädigung zu einem großen politischen und organisatorischen Erfolg geworden war, eine Volksinitiative gegen den Panzerkreuzerbau auf den Weg zu bringen. Allerdings beteiligten sich bei diesem Vorhaben, anders als 1926, weder die SPD noch die Gewerkschaften, so dass das Volksbegehren letztlich scheiterte.

Doch die SPD war alarmiert und reagierte im Reichstag umgehend mit einem Antrag, den Panzerkreuzerbau grundsätzlich zu verbieten. Doch dieser Schritt wurde für die SPD zu einem parlamentarischen Debakel: Als am 15. November 1928 die Abstimmung im Reichstag stattfand, waren angesichts des geltenden Fraktionszwangs der Reichskanzler und die drei sozialdemokratischen Minister gezwungen, gegen einen Regierungsbeschluss zu stimmen, den sie wenige Wochen zuvor selbst gefasst hatten. Die bürgerliche Presse attestierte der SPD umgehend prinzipielle »Regierungsunfähigkeit«, zumal das Abstimmungsverhalten der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder nichts am Ausgang der Entscheidung änderte: Der sozialdemokratische Antrag wurde von der bürgerlichen Reichstagsmehrheit abgelehnt, der Panzerkreuzerbau ging weiter.

Am 19. Mai 1931 wurde der erste Panzerkreuzer vom Stapel gelassen und auf den Namen »Deutschland« getauft. Am 1. April 1933 erfolgte die Indienststellung. Während des Spanischen Bürgerkriegs vom 1936 bis 1939 wurde die »Deutschland« nach Spanien entsandt und spielte eine unrühmliche Rolle im Kampf gegen die Republik. Am 4. Mai 1945, unmittelbar vor Ende des Zweiten Weltkriegs, wurde das Schiff, das inzwischen »Lützow« hieß, beim Versuch der Selbstversenkung schwer beschädigt, aber nicht wirklich zerstört. Sein endgültiges Ende fand es am 22. Juli 1947, als es von Angehörigen der sowjetischen Baltischen Rotbannerflotte in der Ostsee versenkt wurde. ◀

Foto: Archiv





Die Elektro-
schrotthalde
von Accra:
Hier endet
wahrschein-
lich auch
ihr alter
Computer.

■ Welcome to Sodom

Europas größte Elektroschrott-Müllhalde befindet sich, wen wundert's, auf dem afrikanischen Kontinent: »Sodom« oder auch »Toxic City« heißt der Stadtteil Agbogbloshie in Ghanas Hauptstadt Accra im Volksmund, wo jährlich um die 250.000 Tonnen ausranierte Computer und Smartphones, Drucker, Klimaanlage und Kabel landen. Wenn man wissen will, wie Ressourcenverbrauch aussieht: Hereinspaziert! Inmitten dieser Hölle der digitalen Wohlstandsgesellschaft arbeiten und leben rund 6.000 Menschen. Mediziner warnen: Länger als zwei Stunden sollte man in Sodom nicht verbringen. Die Schadstoffkonzentration ist extrem hoch: Denn überall brennen Feuer, um die Metalle aus den Geräten herauszukochen. Es dürfte einer der dreckigsten und giftigsten Orte der Welt sein. Und dennoch gibt es mittendrin Viehzucht,

Fußballspiele und Handel aller Art. Christian Krönes und Florian Weigen-samer setzen diesem Ort und seinen Menschen in ihrem Dokumentarfilm ein Denkmal: Hier sprechen und kicken die, die im Qualm Metalle sammeln und Computerbildschirme demontieren.

Dieses Meisterwerk zur Weltwirtschaft bietet reichlich bizarre Szenen: Etwa wenn zwei Sammler auf ein Mobiltelefon stoßen, auf dem noch die Urlaubsbilder einer weißen Familie gespeichert sind. Spektakuläre Bilder, Wahnsinnsgeschichten, kurz: das ganz große Kino.

→ Kinostart: 2. August 2018

■ In the Middle of the River

Hat der gewalttätige Großvater die Schwester auf dem Gewissen? Gabriel, der an posttraumatischer Belastungsstörung leidende und Psychopharmaka-mampfende Irak-Veteran, ist von dieser Idee besessen. In der

kleinen Ansammlung von Holzhäusern, die seinen bescheidenen Heimatort im ländlichen New Mexico darstellt, hat er genug Zeit, seine Trauer über den Tod der Zwillingsschwester mittels Hass nicht verarbeiten zu können. Er ist sich sicher: Opa muss sterben. Auch wenn der selbst im Vietnam-Krieg war und später Menschenrechtsaktivist wurde.

Als Gabriel seinen Plan in die Tat umsetzen will, ergibt es sich, dass er per Zufall den alten Schwätzer einen ganzen Tag erdulden muss. Großvater und Enkel, fremd wie irgendwas, kommen ins Gespräch und stellen fest, dass sie gleichermaßen Schreckliches erlebt haben. Und der instabile Waffennarr Gabriel kommt endlich ins Nachdenken ...

Ein Generationendrama der besonderen Art erzählt der neue Meister des halbdokumentarischen Kinos, Damian John Harper, in diesem Film. Mit wackeliger Kameraführung und Laiendarstellern, deren Schauspielschule ihr eigenes Leben zu sein scheint, führt er ein rasantes Stück auf der Leinwand auf: über Täterschaft gleichermaßen wie über die US-Unterschicht. Wie unter den Bedingungen real existierender Gewaltstrukturen dennoch ein besseres Leben gelingen kann, das ist der rote Faden dieses Kinos der Intensität.

→ Kinostart: 16. August 2018



AUS DEM
SPINNENNETZ
AKTUELLER
ZEITEREIGNISSE

GELESEN VON
INGRID FEIX

UNTERFINANZIERT

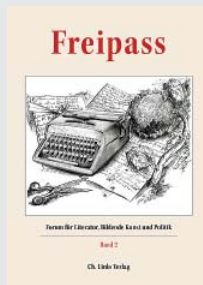
Wissenschaftspolitikerinnen und -politiker der LINKEN haben in einem Appell an Bund und Länder gefordert, die Hochschulfinanzierung auf eine neue Grundlage zu stellen. Die Mittel des Hochschulpaktes müssten auf dem Niveau von 2017 verstetigt und pro Jahr um mindestens 3 Prozent dynamisch angehoben werden. Es dürfe keine Fortsetzung der aktuellen Mangelverwaltung geben. Bund und die Länder müssten durch eine Dynamisierung der Finanzmittel eine verlässliche und dauerhafte Grundfinanzierung sichern. Nur so könnten die Hochschulen langfristig ihren Aufgaben gerecht und offener und sozialer werden. DIE LINKE fordert seit langem, dass der Bund dauerhaft in die Grundfinanzierung der Hochschulen einsteigt. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müsse das aktuelle Zeitfenster bis zum Abschluss der laufenden Verhandlungen über die Neugestaltung des Hochschulpaktes genutzt werden.

ZENTRAL-BIBLIOTHEK

Der Berliner rot-rot-grüne Senat hat sich für einen Neubau der Zentral- und Landesbibliothek am Standort der Amerika-Gedenkbibliothek am Kreuzberger Blücherplatz entschieden. Damit lösen die Regierungsparteien ein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag

Die hierzulande höchstdotierte Literaturauszeichnung, der Georg-Büchner-Preis, geht dieses Jahr an Terézia Mora. Die 1971 in dem ungarischen Dorf Sopron geborene und in Berlin lebende Übersetzerin und Autorin hat schon so ziemlich alles an Literaturpreisen bekommen, was es gibt. Ihre drei Romane sind zuerst im Luchterhand Literaturverlag erschienen. Entdecken kann man sie aber auch im Ch. Links Verlag, der seit 2015 mit Anthologien unter dem Titel »Freipass« ein Forum für Literatur, Bildende Kunst und Politik schafft. In dem im Herbst 2016 erschienenen Band 2 ist auch ein kurzer Text von Terézia Mora enthalten, der einen Eindruck von der Kraft ihrer Wortgewalt und Gefühlsstärke vermittelt, mit denen sie über tagesaktuelle Ereignisse hinaus literarisch ein sehr genaues und erschütterndes Zeitbild schafft. In der Geschichte beschreibt sie staccatoartig einen Augusttag 2015, an dem sie mit ihrer Tochter ein Thermalbad in der Nähe der ungarisch-serbischen Grenze besucht, während in unmittelbarer Nähe 71 Flüchtlinge in einem Kühlwagen sterben. Wie in einem Spinnennetz aus Banalitäten und Ungeheuerlichkeiten ist man in Terézia Moras Geschichte gefangen und kann sich nicht mit dem Argument, das ist ja nur Literatur, daraus retten. Die Sammlung »Freipass«, in der es inzwischen drei Bände gibt, ist ein Projekt des Verlages in Zusammenarbeit mit der Günter-und-Ute-Grass-Stiftung und bürgt somit dafür, dass die literarischen und künstlerischen Fragen, die hier behandelt werden, immer auch von politischer und gesellschaftlicher Relevanz sind. So widmet sich dieser Band den zeitkritischen Gedanken Heinrich Bölls, diskutiert Beiträge zur Grass-Rezeption und widmet sich dem Thema Flucht und Vertreibung.

Freipass
Forum für Literatur,
Bildende Kunst und Politik
Band 2
Ch. Links Verlag
328 Seiten, 25 Euro



ein und machen den Weg frei für einen Bibliothekssstandort, der allen Ansprüchen an eine moderne, zukunfts offene und lebendige Bibliothek des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Carola Bluhm, begrüßte, dass in diese Entscheidung auch die Ergebnisse des Dialogs mit den Bürgerinnen und Bürgern maßgeblich mit eingeflossen sind. »Einen solchen partizipativen Prozess wollen wir nun auch bei den weiteren Planungen am Standort Blücherplatz gewährleisten.«

GELD FÜR BÜHNEN

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt begrüßt die Ankündigung der Landesregierung, grundsätzlich mehr Geld für die kommende Vertragslaufzeit der Theater- und Orchesterförderung zur Verfügung zu stellen. Vorrangig bestehe die Aufgabe, die Qualität aller Häuser im Land zu erhalten. Die Bedarfe der unterschiedlichen Standorte müssten angemessen berücksichtigt werden, denn es gäbe Spielstätten, wo von Landesseite 2014 überproportional gekürzt worden sein. Diese Kürzungen müssten zurückgenommen werden. Allerdings sei die Forderung des Kulturministers nach einem stärkeren Engagement der Kommunen irritierend, denn die Kommunen mussten längst ihre Zuschüsse erhöhen, um die Fehlbedarfe zu kompensieren.

Jahrzehnte der neoliberalen Politik haben unübersehbare Spuren in unserer Gesellschaft hinterlassen. Das große Projekt der herrschenden Politik, die Profite der Milliarden zu sichern und dafür die Mehrheit zahlen zu lassen, hat Wunden in das soziale Leben gerissen. Jahrelang wurde ein Angriff nach dem anderen auf die Lohnstruktur gefahren, wurde ein Niedriglohnsektor aufgebaut und unsichere Arbeit gefördert. Wer nicht parieren wollte, wurde zur Not mit Hartz IV in eine miese, schlecht bezahlte Arbeit gezwungen. Der Wohlfahrtsstaat wurde als angeblicher Standortnachteil bekämpft und damit auch die sozialen Rechte von all denjenigen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Kitas, Schulen, Pflege, Nahverkehr: Was allen nutzt, wurde systematisch auf Verschleiß gefahren, während für die Rettung von Banken astronomische Summen mobilisiert wurden. Der Mehrheit wurde erzählt, »Reformen« zu ihren Lasten seien unvermeidlich, fast die Hälfte der Erwerbstätigen verdient heute weniger als vor zwanzig Jahren. Und gleichzeitig wuchs der Reichtum an der Spitze der Gesellschaft Jahr für Jahr. Die soziale Ungleichheit ist inzwischen so groß wie zuletzt im deutschen Kaiserreich, und auch die Arroganz der Besitzenden und der politischen Klasse erinnert bisweilen an jene Zeiten. Immer mehr Menschen fühlen, dass sie der herrschenden Politik herzlich egal sind: Die alleinerziehende Mutter, die sich nach fünf Jahren im Job das erste Mal krank meldet und dafür mit der Kündigung bedroht wird; der Facharbeiter, der jeden Tag hart arbeitet und trotzdem Angst vor der Rente haben muss; die Reinigungskraft im Krankenhaus, die für einen Hungerlohn in vier Minuten ein Zimmer putzen muss. Weil ihre Interessen nicht mehr in der herrschenden Politik vorkommen, sind auch sie und ihre Geschichten aus dem Radar der politischen Wahrnehmung verschwunden. Die Menschen haben in den letzten zwanzig Jahren gelernt, dass Politik gegen sie gemacht wird – unabhängig davon, welche Parteien gerade die Bundesregierung stellen. Es

braucht sich dann niemand zu wundern, wenn sich immer mehr Menschen enttäuscht und verbittert von der etablierten Politik abwenden. Zwischen einem Viertel und einem Drittel der Wahlberechtigten gibt seine Stimme erst gar nicht mehr ab, insbesondere die ärmeren Teile der Bevölkerung verweigern die Teilnahme an Wahlen. Die Krise der ehemaligen Volksparteien wird von Monat zu Monat deutlicher, es profitiert vor allem der Rechtspopulismus: Er gibt der Wut eine Stimme, indem er die verheerende Logik der letzten Jahre radikalisiert und hemmungslos nach Unten tritt.

Was in dieser Situation fehlt, ist ein Aufbruch, der die gesellschaftliche Debatte nach links verschiebt und denjenigen Hoffnung zurückgibt, die keine mehr haben. Dafür gibt es durchaus Chancen. Der Wunsch nach Veränderung in der Bevölkerung ist groß, viele wollen oder können nicht mehr weitermachen wie bisher. Eine Mehrheit in der Bevölkerung wünscht sich höhere Renten, bessere Löhne, sichere Arbeit, einen Sozialstaat, der sie absichert und eine friedliche Außenpolitik. Und: Der beste Schutz vor rechten Demagogen ist eine sozial gerechte, linke Politik, die den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit mit Druck auf die politische Tagesordnung setzt. Dafür müssen wir mehr werden und auch die Menschen erreichen, die noch nicht organisiert sind. Eine aktuelle Umfrage des Paritätischen Gesamtverbandes zeigt, dass sich fast 90 Prozent der Bevölkerung um den sozialen Zusammenhalt sorgt. Nur spiegelt sich dies weder in der Regierungspolitik noch in den politischen Debatten wider. Diese Arroganz der herrschenden Politik gegenüber den Alltagssorgen in einer gespaltenen Gesellschaft müssen wir von links beantworten.

Sahra Wagenknecht ist
Co-Vorsitzende der Linksfraktion
im Bundestag



SAHRA WAGENKNECHT

**Mut
machen!**

Foto: DIE LINKE

aus dem allgemein verbreiteten Himmel der Ideen die falsche Vorstellung über die Wirklichkeit an ihrer statt für richtig gehalten wird. Die Vorführung der Praxis der Menschen ist also selber schon ein Stück Aufklärung.

Nach der einen Seite läuft dann der Vorschlag darauf hinaus, im Vorhinein konzipierte Theaterstücke spielen zu lassen. Dabei bleibt der im Rollenspiel als »Eigenaktivität« gerühmten und von uns kritisch als zielloser Aktionismus bezeichneten Handlungsweise der Schüler kein Raum. Aber es kann gerade auf eine wirkliche Eigenaktivität keineswegs verzichtet werden, geht es einer fortschrittlichen Pädagogik doch darum, dass die Schüler sich als Handelnde in einer veränderbaren Welt begreifen und sich entsprechend verhalten.

Auf der anderen Seite sollte es in diesen »Stücken«, die in dieser Weise als wissenschaftliches Schülertheater geplant werden können, weniger darum gehen, ein Programm für andere zu erstellen, wiewohl das auch keineswegs ausgeschlossen zu werden braucht. Der eigentliche Lerneffekt aber wird gerade in der Herstellung der Vorführung bestehen. Die Schüler sollen die Anleitung als Vorschlag begreifen, den sie diskutieren können und verändern bzw. korrigieren. Aber zuvor müssen sie ihn begreifen und ihre Änderungsvorschläge müssen in der Auseinandersetzung begründet werden, so wie verdeutlicht werden muss, was sie zeigen wollen. Indem sie so lernen, wie sie die Dinge vorführen müssen, damit sichtbar wird, wie sie sind, begreifen sie selber die Zusammenhänge. In keinem Fall aber kann auf die Anleitung der Erzieher in Gestalt des wissenschaftlich erarbeiteten Vorschlags verzichtet werden, da beim Lernen alles darauf ankommt, dass die wesentlichen Beziehungen der Menschen überhaupt ins Spiel kommen, dass an Momenten der menschlichen Praxis angeknüpft wird, die in Bewegung sind oder in Bewegung kommen müssen. Die Behauptung, die Auswahl der Themen müsse deswegen den Schülern überlassen bleiben, weil sie nur so betroffen seien, nur so ihre Bedürfnisse und ihre Personen ins Spiel kämen, unterschlägt, dass in eine solche, angeblich spontane Auswahl schon eine Prägung durch die Gesellschaft eingegangen ist, die, etwa durch die Medien, auch da noch einmal vorgibt, was als Konflikt, »Bedürfnis« etc. gesehen werden soll und was nicht.

Bisher wurde hauptsächlich davon ausgegangen, dass Einsicht in die Zusammenhänge der Gesellschaft zu vermitteln sei und dass man dafür ohne wissenschaftliche Analyse nicht auskomme. Dies sei unbestritten. Jedoch geht es den Erziehern in der Schule um viele kleinere Bewegungen. Sie haben es mit dem Verhalten von Einzelnen zu tun und mit dessen Veränderung. Sollte hier nicht das Rollenspiel beibehalten werden, da es doch zugestandenermaßen bewirken kann, dass der Leidensdruck geringer wird, dem die Einzelnen in der Gruppe ausgesetzt sein können, indem der Umgangston toleranter und freundlicher wird?

Frigga Haug

Selbstveränderung und
Veränderung der UmständeArgument Verlag 2018
349 Seiten, 24 Euro
ISBN: 978-3-86754-508-2